

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg

Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus
und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2020

Günter Bressau/Wolfgang Antes (Hg)

Inhalt

5 Einleitung: Das Virus und die Demokratie

9 Fachstellen informieren

10 Rassistische Tatmotive klar benennen

15 Wenn Fakten nicht mehr zählen. „Querdenken“ – Verschwörungsmythen – Antisemitismus

20 „Querdenken 711“ – (K)Ein Anschluss unter dieser Nummer?

28 Fake News, Verschwörungserzählungen und antisemitische Hetze im Zeichen der Pandemie

36 Die Vierte Welle: Islamismus in Deutschland als Soziale Bewegung?

41 Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2020

42 Schutzsuchende und Minderheiten betroffen

50 Januar

55 Februar

64 März

71 April

76 Mai

86 Juni

93 Juli

100 August

106 September

112 Oktober

117 November

121 Dezember

Impressum

Demokratiezentrum Baden-Württemberg
Landeskoordinierungsstelle
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstr. 23
74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42 / 83 17 47
Fax: 0 70 42 / 83 17 40
E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de

Konzeption: Wolfgang Antes
Redaktion: Günter Bressau, Andreas Hässler, Lina Patzwahl, Julia Schnitter
Lektorat: Marcus Fuchs
Design: Oliver Müller – Visuelle Kommunikation
Druck: Druckerei Sautter GmbH, Reutlingen

Redaktionsschluss: 15. März 2021

Bildnachweis: Demokratiezentrum Baden-Württemberg; ydontu (S. 1, 5, 9 und 41), privat (S. 11, 15 und 34 links), Fachstelle mobirex / LAGO e. V. (S. 22), Allgäu rechtsaußen (S. 25), Meldestelle respect! im Demokratiezentrum Baden-Württemberg (S. 29 und 30), Screenshots Facebook (S. 31 links, 32, und 33), Screenshot Twitter (S. 31 rechts), Screenshot Telegram (S. 34 rechts), Instagram-Kanal „musliminteraktiv“ (S. 38), Demokratiezentrum Baden-Württemberg (S. 45 und 46).



Die Redaktion und die Herausgeber bedanken sich bei allen Rechercheur*innen für ihre zuverlässige Unterstützung.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autor*innen die Verantwortung.

Landeskoordinierungsstelle



Gefördert durch



und

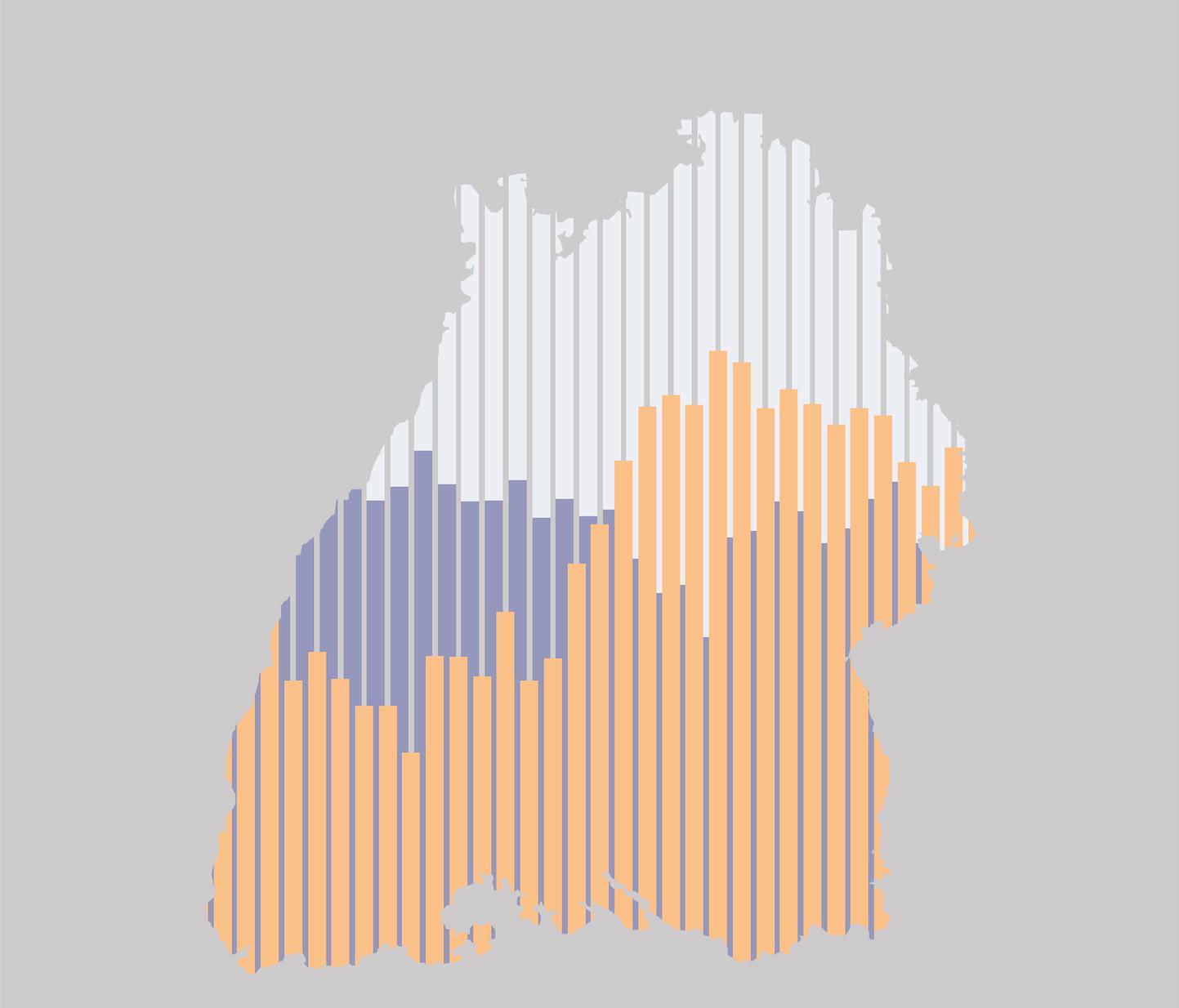


im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg wird gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Einleitung



Das Virus und die Demokratie

Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen und Radikalisierung im Pandemie-Jahr 2020



Günter Bressau

Landeskoordinierungsstelle
des Demokratiezentrum
Baden-Württemberg

Jährlich veröffentlicht das Demokratiezentrum Baden-Württemberg den Bericht „Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg“, um den Blick für rassistische, antisemitische und andere demokratiegefährdende Entwicklungen zu schärfen. Der vorliegende Bericht rückt, neben der gewohnten Medienschau, die Sicht der Expert*innen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg auf Entwicklungen im Land in den Blickpunkt.

Die Auflistung von Vorfällen allein aus Medienberichten eines Jahres zeigt auf, dass rechtsextreme Delikte in Deutschland häufig und überall vorkommen. Fast jedes Dorf ist davon betroffen: rassistische Aufkleber auf Mülleimern, Schmierereien an Kirchen und Moscheen, antisemitische Äußerungen als Teil des öffentlichen Straßenbilds. Reaktionen auf diese Auflistungen lauten häufig: „Dass man sowas macht, in dieser Menge und Deutlichkeit, das hat mich jetzt verblüfft“ und „Ja, aber doch nicht hier bei uns“ oder auch „Habe ich sowas schon überhaupt irgendwo gesehen?“ Dabei sind die Vorfälle gravierend und ernst zu nehmen. So wurde im Jahr 2020 ein jüdischer Friedhof mehrfach Ziel antisemitischer Schmierereien.¹ Ein Mann wurde aufgrund seiner Hautfarbe in einem Bus beleidigt und angegriffen. Dass es nicht zu noch schwereren Verletzungen kam, war dem Einschreiten mehrerer couragierter Frauen zu verdanken.² Die große Mehrheit der dokumentierten Vorfälle ist dem Bereich Rechtsextremismus zuzuordnen – nur wenige Vorfälle dem Bereich der sogenannten linken Militanz oder dem Islamismus.

Neben Vorfällen in Baden-Württemberg muss als Schwerpunkt des letzten Jahres das rechtsradikale und rassistische Attentat von Hanau genannt werden. Dabei erschoss der Täter neun Menschen mit ausländischen Wurzeln sowie seine Mutter. Darüber hinaus hat das Gerichtsverfahren um den Anschlag auf die Synagoge in Halle, den Versuch eines Massenmordes an Jüd*innen an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, ebenso einen wichtigen Platz in diesem Jahresrückblick wie das Gerichtsverfahren um den rechtsextrem motivierten Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Die rechtsextreme Szene bzw. rassistische und antisemitische Einstellungen machen nicht an Ländergrenzen halt. Bundes- und landesweite Razzien bei Rechtsextremen aufgrund angedrohter

1 Vgl. S. 103 *Antisemitische Schmierereien in Stuttgart*

2 Vgl. S. 64 *Gambier in Bus attackiert*

Straftaten, bis hin zu konkreten Anschlagplänen gegen Politiker*innen, Asylbewerber*innen und Muslim*innen, sowie damit verbundene umfangreiche Waffenfunde an verschiedenen Orten auch in Baden-Württemberg prägen das Bild – ebenso wie Disziplinarverfahren gegen Polizist*innen, aufgrund der Verbreitung von rechtsextremen Kennzeichen in Whatsapp-Gruppen, oder zahlreiche rechtsextreme Verdachtsfälle in der KSK-Sondereinheit in Calw. In diesem Zusammenhang spielen auch die „NSU 2.0“-Drohmails u. a. an prominente Frauen, Anwält*innen und Politiker*innen eine Rolle – auch hier führt die Spur zu rechtsextremen Strukturen innerhalb der Polizei.

Diese rechtsextremen Bedrohungen machen deutlich, dass Betroffene und Opfer rechter Gewalt mehr denn je gestärkt werden müssen.

Werner Schulz von der Fachstelle „LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt“ geht daher in seinem Beitrag **„Rassistische Tatmotive klar benennen“** auf die Urteilsverkündung in drei Prozessen in Baden-Württemberg ein (in Ulm, Erbach-Dellmensingen und in Wiesloch), die von der Fachstelle 2020 begleitet wurden. Bei allen drei Prozessen ging es um Vorfälle rechter und rassistischer Gewalt. Für die Betroffenen spielt insbesondere die Würdigung der rassistischen Tatmotivation eine wichtige Rolle. Was in diesen drei Prozessen gelang, stellt in der Strafverfolgung im Gesamten weiterhin ein Entwicklungsfeld dar.

Was hat ein Virus mit Demokratie zu tun?

Die COVID-19-Pandemie und die teilweise sehr radikale Auseinandersetzung mit der Politik zur Eindämmung des Virus haben auch die Arbeit im Demokratiezentrum 2020 geprägt. An Demonstrationen der „Querdenken“-Bewegung, deren Stuttgarter Organisationsebene seit Ende 2020 vom Verfassungsschutz Baden-Württemberg beobachtet wird, haben zahlreiche Rechtsextreme und Personen aus der sogenannten „Reichsbürger“-Szene teilgenommen. „Corona-Leugner“ als verbindendes Schlagwort für diese Gruppierung zu verwenden ist eine Verharmlosung. Begleitet und teilweise angetrieben wird diese Bewegung durch Verschwörungserzählungen, die sich mit gefährlichen Falschnachrichten – neudeutsch Fake News – in den sogenannten Sozialen Medien im Internet schnell verbreiten.

Diesen Phänomenen widmen sich drei Fachartikel in dieser Publikation:

Angelika Vogt, Leiterin der Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“, dokumentiert in **„Wenn Fakten nicht mehr zählen“** anhand eines Einsatzes von Berater*innen des Beratungsnetzwerks „kompetent vor Ort“ bei der „Querdenken“-Demonstration in Konstanz am 4. Oktober 2020 die weite Verbreitung von Verschwörungsmuthe bei diesen Veranstaltungen. Im Gespräch vor Ort zeigten sich immer wieder antisemitische Narrative, die eine lange Vorgeschichte haben. Angelika Vogt geht auf diese historischen Parallelen ein und macht darauf aufmerksam, dass das Beratungsnetzwerk in den letzten Jahren vermehrt mit antisemitischen Vorfällen konfrontiert ist. Die Herausforderung bestehe darin, die Menschen aus dem Verschwörungsgedanken zu lösen und das verloren gegangene Vertrauen in die freiheitlich liberale Demokratie wiederherzustellen.

Andreas Hässler, Mitarbeiter der Fachstelle „mobirex – Monitoring | Bildung | Information zur extremen Rechten und GMF“ beschäftigt sich in seinem Beitrag **„Querdenken‘ 711 – (K)Ein Anschluss unter dieser Nummer?“** mit der Frage, warum die Demonstrationen von Pandemie-leugner*innen trotz ihrer vielfältigen Zusammensetzung attraktiv für das populistische und das extrem rechte Spektrum sind. Dabei werden einerseits inhaltliche Anknüpfungspunkte bei „Querdenken“ und Co. in den Blick genommen, andererseits auch strategische Betrachtungen analysiert.

Jürgen Hofäcker, Leiter der Meldestelle „respect! Gegen Hetze im Internet“ und der „Meldestelle #Antisemitismus“ greift in seinem Artikel **„FakeNews, Verschwörungserzählungen und antisemitische Hetze im Zeichen der Pandemie“** die Trends der in den Meldestellen eingehenden Meldungen auf und stellt insbesondere „Querdenken“ und Verschwörungserzählungen heraus – mit Antisemitismus als oftmals verbindender Konstante.

Im Bereich des religiös begründeten Extremismus gab es den Medienberichten 2020 zufolge im Vergleich zum Phänomenbereich Rechtsextremismus wenige Vorfälle in Baden-Württemberg. Allerdings nimmt im internationalen

Kontext der radikal-salafistisch motivierte Mordanschlag bei Paris auf den Lehrer Samuel Paty, aufgrund seines Unterrichts zum Recht auf Meinungsfreiheit mit Bezug auf Mohammed-Karikaturen, eine besonders negative Rolle ein. Dieser hat für Verunsicherung auch in Baden-Württemberg gesorgt und zu einer Debatte um Extremismusprävention an Schulen geführt – und zur Frage, welchen Einfluss radikal-salafistische Kräfte in unserem Land derzeit haben.

Jens Ostwaldt, Professor für Soziale Arbeit an der IUBH Internationale Hochschule in Stuttgart und bis Oktober 2020 Leiter der Fachstelle „PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus“, fragt vor diesem Hintergrund im Beitrag **„Die vierte Welle: Islamismus in Deutschland als soziale Bewegung?“**, ob sich Islamismus in Deutschland als soziale Bewegung etablieren konnte. Er beschreibt den Wandel der islamistischen Szene in Deutschland und geht der Frage nach, ob es eine vierte Welle im Wandlungsprozess gibt. Mit dem zunehmenden Rückzug der salafistischen Szene ins Private gewinnen neue islamistische Akteur*innen wie die „Generation Islam“ an Strahlkraft. Es findet eine subtile Ideologisierung über soziale Netzwerke statt, die nicht Gewalt in den Vordergrund stellt, sondern Identitätsfragen in den Fokus rückt. Daraus ergeben sich nach Ostwaldt neue Aufgaben für die Präventionsarbeit und für gesellschaftliche Debatten, deren Ziel es sein muss, Polarisierung und vor allem Radikalisierung durch diese neuen Akteur*innen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

Günter Bressau

Landeskoordinierungsstelle des Demokratiezentrum
Baden-Württemberg

Schloßstraße 23

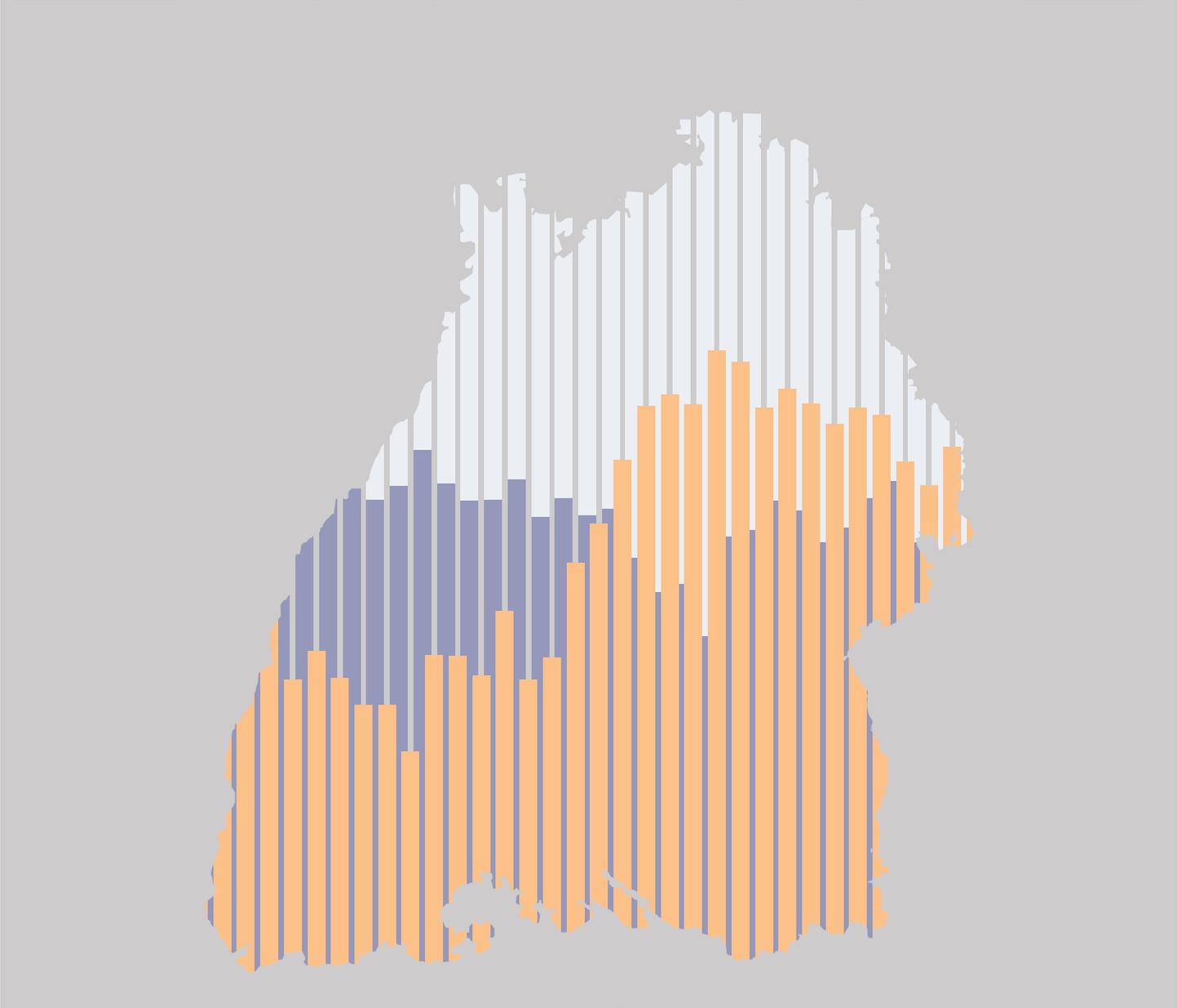
74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42 / 83 17 47

E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de

www.demokratiezentrum-bw.de

Fachstellen informieren



Rassistische Tatmotive klar benennen

In Urteilen gegen rechte Gewalttäter stecken wichtige Signale aus dem Gerichtssaal für die Betroffenen und für die Gesellschaft



Werner Schulz

Fachstelle LEUCHTLINIE

Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.

LEUCHTLINIE

Das Team der Fachstelle LEUCHTLINIE steht allen Menschen in Baden-Württemberg als direkte Hilfs- und Anlaufstelle zur Seite, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen sind oder Zeug*innen einer solchen Tat wurden. LEUCHTLINIE hilft, wenn Menschen bedroht, beleidigt und verleumdet wurden, wenn sie wirtschaftliche Schädigung erfahren oder gewalttätige Übergriffe auf die eigene Person erleben mussten. Dabei richtet sich die Beratung von LEUCHTLINIE ganz nach den Bedürfnissen der Betroffenen. Die Mitarbeiter*innen können Auskunft und Informationen bieten, etwa hinsichtlich einer polizeilichen Anzeige. Sie können juristische Unterstützung und Begleitung vermitteln oder psychotherapeutische Hilfe organisieren.

„... eindeutig rassistische Tat ...“, „... gefestigte rechtsradikale Gesinnung ...“, „... antiziganistischer Hass ...“ – drei Zitate aus Urteilsverkündungen vor Gerichten in Baden-Württemberg aus dem vergangenen Jahr. Drei Hinweise auf die gefährliche Kontinuität rechter Gewalt in unserem Bundesland. Und nicht zuletzt drei wichtige Bestätigungen und Anerkennungen für die betroffenen Menschen.

Es waren gleich drei große und überregional beachtete Gerichtsverfahren, die 2020 in Baden-Württemberg stattfanden und von der Beratungsstelle LEUCHTLINIE begleitet wurden. Und in allen drei Prozessen konnte die Anklage erreichen, was in vielen anderen Fällen, trotz eindeutiger Hinweise, oft nicht geschah und nicht geschieht: nämlich die Bewertung der Verbrechen durch das Gericht als Taten aus eindeutig rassistischen Motiven.

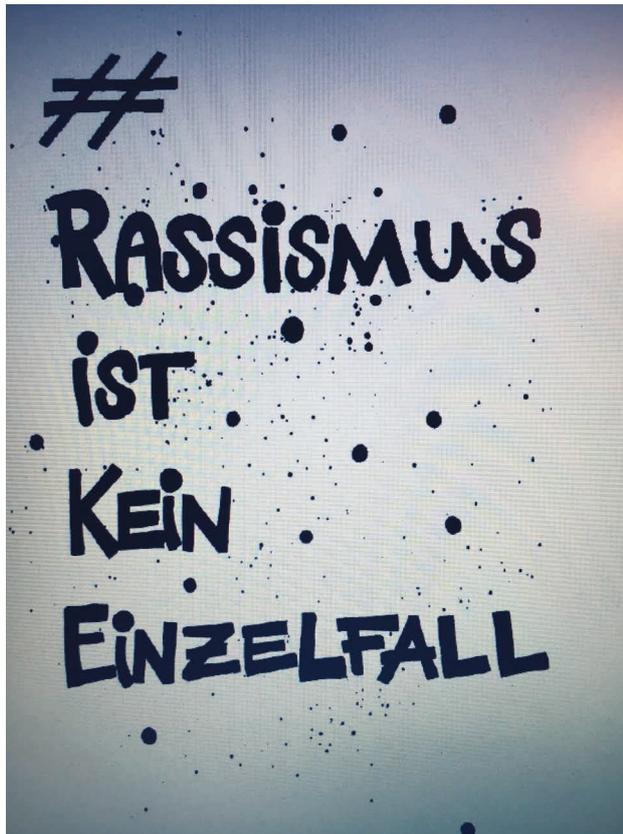
In Ulm hatte ein Mann einen gewalttätigen, bewaffneten Angriff auf eine Gruppe Schwarzer Männer¹ verübt, in Erbach bei Ulm hatten fünf junge Männer eine brennende Fackel in Richtung eines Wohnwagens einer Familie von Roma-Angehörigen geworfen, in Wiesloch hatte eine Gruppe junger Männer, unter ihnen auch in der Region bekannte Rechtsextreme und ein damaliger Angestellter bei der Polizei, die Gäste eines Eiscafés angegriffen – und immer war Rassismus der Auslöser für die Taten. Dass die Gerichte die Tatmotivationen für Hassverbrechen nicht nur erforschen, sondern sie auch benennen und in die Urteilsbemessung mit einbeziehen, ist für die betroffenen Gewaltopfer, aber auch für die Gesamtgesellschaft von großer, vielfach unterschätzter Bedeutung.

„Als er schoss, zwei Mal, dachte ich: Es ist vorbei!“

Das erste Urteil der drei Prozesse wurde am 15. Mai 2020 vom Ulmer Amtsgericht verkündet.

Der angeklagte 51-Jährige – zum Tatzeitpunkt Mitarbeiter der Stadt Ulm, inzwischen entlassen – hatte am 3. August 2019 eine Menschengruppe, Mitglieder der Vereine *Goezu Ulm* und *Yoruba Community Union*, vor dem Bürgerhaus in Ulm

¹ „Schwarz wird großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt und keine reelle ‚Eigenschaft‘, die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist.“ (Amnesty International 2017)



Unter dem Hashtag #RassismusIstKeinEinzelfall dokumentiert die Fachstelle Leuchtlinie Prozesse zu rassistischen Angriffen in Baden-Württemberg. Foto: privat

angegriffen, bewaffnet mit Schlagring, Messer und einer Druckluftpistole. Mit der Pistole hatte er auf einen Deutschen mit nigerianischen Wurzeln geschossen und ihn verletzt. „Als er die Pistole auf mich richtete und schoss, zwei Mal, dachte ich: Es ist vorbei!“, so der Betroffene, der bis heute unter den Folgen der Tat leidet und sich in therapeutischer Behandlung befindet. Er wurde im Halsbereich leicht verletzt und konnte dem Täter die Waffe entreißen und ihn zu Boden bringen, bis die Polizei eintraf.

Schon mehrere Wochen vor der Tat war der Angeklagte laut Aussagen mehrerer Zeug*innen im Bürgerhaus Mitte in der Schaffnerstraße mit rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen aufgefallen. Die Anklage vor dem Amtsgericht lautete auf gefährliche Körperverletzung. Bereits vor dem Verhandlungstermin wurde der Betroffene der rassistisch motivierten Gewalttat unterstützt durch die Beratungsstelle LEUCHTLINIE.

Der damalige Leiter der Beratungsstelle, Heval Demirdögen, erklärte zum Prozessbeginn: „Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt ist für viele Menschen in unserem Land eine sehr konkrete Bedrohung. Wir müssen daher die Öffentlichkeit und genauso auch die Behörden für diese spezifischen Formen von Diskriminierung und Gewalt sensibilisieren und mit konkreten Maßnahmen die Unterstützungsstrukturen für Betroffene ausbauen.“

Marie-Ann Schmid von der Bürgerinitiative Schaffnerstraße betonte: „Die Schaffnerstraße und das Bürgerhaus sind ein Treffpunkt für Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen. Eine Stadtgesellschaft der Vielen ist uns wichtig. Wir verurteilen diesen rassistischen Angriff auf das schärfste. Gerade in Zeiten, wo Rassismus national und global wieder gewaltvoller wird, erwarten wir von den Verantwortlichen der Stadt Ulm und von dem Gericht eine klare Verurteilung dieser Tat.“

Tatsächlich ging das Gericht nach einer ganztägigen Verhandlung in seinem Urteil über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus und verhängte eine Haftstrafe von 15 Monaten auf Bewährung – die Staatsanwaltschaft hatte ein Jahr Haft auf Bewährung gefordert. Richter Oliver Chama machte in seiner Urteilsbegründung deutlich, dass es sich nach Überzeugung des Gerichts bei dem Angriff auf die Gruppe von Männern mit afrikanischen Wurzeln um eine „rassistische Tat“ handelte und der Täter „rassistisches Gedankengut“ pflanze.

Der Betroffene, der als Nebenkläger im Gericht auftrat, und seine Anwältin erklärten nach der Verkündung, dass das Urteil für sie annehmbar sei – und zwar vor allem deshalb, weil das Gericht keinen Zweifel an der rassistischen Motivation hatte und Verharmlosungs- und Entschuldigungsversuche des Täters nicht zuließ.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antiziganismus als Motivation für versuchten Mord, Brandanschlag und Vertreibung

Auch beim zweiten großen Prozess 2020 wegen verübter rechter Gewalt in Baden-Württemberg, diesmal vor dem Landgericht Ulm, betonte das Gericht sehr deutlich, dass die Motivation der Tat Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antiziganismus gewesen seien.

Am 24. Mai 2019 fuhr eine Gruppe junger Männer gezielt an einem Wiesengelände in Erbach-Dellmensingen bei Ulm vorbei, wo mehrere Wohnwagen von Roma-Angehörigen standen. Die Männer brüllten antiziganistische Parolen und warfen eine brennende Fackel in Richtung des Wohnwagens einer Familie. Die Fackel verfehlte das Fahrzeug nur knapp.

Am 11. Mai 2020 begann der Prozess gegen die fünf jungen Männer, der am Ende 16 Verhandlungstage in Anspruch nehmen sollte, bis am 23. September das Urteil verkündet wurde.

Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg (VDSR-BW) begleitete die Verhandlung und berichtete über den Fall in einer Pressemitteilung: „Die Ulmer Polizei nahm fünf Tatverdächtige vorläufig fest. Gegen zwei der Beschuldigten bestand bereits ein Haftbefehl. Ab Juli 2019 saßen vier der fünf Angeklagten für zehn Monate in Untersuchungshaft. Der fünfte Angeklagte war zum Tatzeitpunkt minderjährig und saß für viereinhalb Wochen in Untersuchungshaft. Bei den Tätern handelt es sich um eine gewaltbereite Gruppierung, die der Fußball-Szene angehört. Alle fünf Angeklagten gaben vor Gericht an, dass sie die 31 Personen aus Erbach-Dellmensingen am 24.5.2019 vertreiben wollten, was ihnen auch gelang. Der Staatsanwalt forderte Haftstrafen für vier der fünf Angeklagten wegen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung nach dem Jugendstrafrecht.“ (VDSR-BW 2020a)

Antiziganismus als Grundlage für Hasskriminalität

Der als Opferanwalt aus dem NSU-Prozess bekannte Rechtsanwalt Mehmet Daimagüler wirkte als Vertreter der Nebenklage. Er vertrat die Interessen der Mutter und ihres zum Zeitpunkt der Tat neun Monate alten Babys, die in dem Wohnwagen lebten, vor den die brennende Wachsfackel geworfen wurde. Die Mutter ließ vor Gericht durch den Anwalt verkünden, dass sie nicht wolle, dass die Angeklagten ins Gefängnis gehen müssten. „Anders als die Angeklagten selbst hat sie die Fähigkeit zu Liebe, Nachsicht und zum Verzeihen“, sagte Rechtsanwalt Daimagüler, als er den Wunsch seiner Mandantin vorbrachte (zit. n. Schick 2020). Der Landesverband der Sinti und Roma Baden-Württemberg

war an allen Verhandlungstagen anwesend. Er vertrat die Interessen der Familien, die vertrieben wurden.

Am 23. September 2020 wurde schließlich das Urteil über die fünf Angeklagten verkündet. In einer Pressemitteilung des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma heißt es: „Alle fünf wurden wegen Vertreibung bzw. gemeinschaftlicher Nötigung in 45 Fällen nach Jugendstrafrecht verurteilt. Alle Strafen wurden auf Bewährung ausgesetzt. Die Kammer betonte, dass die Motivation der Tat Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antiziganismus gewesen sei. Auch zum jetzigen Zeitpunkt wiesen die Angeklagten diese Neigungen auf. Für eine Verurteilung wegen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung hätten objektive Indizien gefehlt. Alle Angeklagten wurden verpflichtet, die KZ Gedenkstätte Dachau zu besuchen und danach einen zehneitigen, handschriftlichen Bericht anzufertigen über ihre Erfahrungen, Gefühle und Eindrücke. Zwei der Angeklagten wurden dazu verurteilt, Geldstrafen in Höhe von 1.200 Euro an die Hildegard Lagrenne Stiftung zu zahlen. Die Stiftung wurde 2012 von Angehörigen der nationalen Minderheit der Sinti und Roma gegründet und setzt sich für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland ein.“ (VDSR-BW 2020b)

Der Vertreter der Nebenklage Rechtsanwalt Daimagüler erklärte: „Die Nebenklage kann mit dem Urteil leben, weil das Gericht die antiziganistische Hassmotivation klar benannt hat.“ (Ebd.)

Daniel Strauß, Vorstandsvorsitzender des VDSR-BW: „Das ist nach meiner Kenntnis die erste Verurteilung wegen gemeinschaftlicher Vertreibung aus rassistischen Motiven auf deutschem Boden nach 1945.“ (Ebd.)

Nachdem die antiziganistischen Haltungen und Motive der Täter durch den Prozess ermittelt und durch das Gericht bestätigt wurden, sah Rechtsanwalt Daimagüler in dem Verfahren gegen die Täter von Erbach ein sehr wichtiges Zeichen für unsere Gesellschaft. Seiner Mandantin sei es nicht um die Höhe der Bestrafung gegangen, sondern um die Tatsache, dass das Tatmotiv klar benannt werde. So könne das Urteil aus dem Gerichtssaal heraus ein wichtiges Signal senden, da Antiziganismus als Grundlage von Hasskriminalität häufig unter den Tisch falle.

Auch die Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg, LEUCHTLINIE, sah in der Urteilsverkündung „ein sehr wichtiges und positives Signal für die Opfer“. LEUCHTLINIE-Mitarbeiterin Kerstin Müller: „Für die Betroffenen, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt, ist es von großer Bedeutung, dass nicht allein die verbrecherische Tat als solche zur Anklage kommt und verurteilt wird, sondern auch die dahinterstehende rassistische Tatmotivation berücksichtigt wird.“ Viele Betroffene, so die Beraterin, hätten Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen hinter sich, bei denen die rassistischen Motivationen dieser Vorfälle unbeachtet blieben oder geleugnet wurden.

Im Fall Erbach war für Kerstin Müller die rassistische Motivation schon deshalb mit in die Bewertung der Tat einzubeziehen, weil die Täter laut Aussage der Staatsanwaltschaft angegeben hatten, sich durch die bloße Anwesenheit der Gruppe gestört gefühlt zu haben. „Es ist eine rassistische Haltung, die wir in unserer Gesellschaft nicht akzeptieren dürfen, dass die bloße Anwesenheit einer Minderheitengruppe als Störung und Legitimation für eine Gewaltanwendung dient“, so Müller.

Gefährliche Körperverletzung, Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Im dritten großen Prozess um rechte Gewalt in Baden-Württemberg, im Fall Wiesloch, stehen Urteile noch aus bzw. sind die Urteile noch nicht rechtskräftig.

Am 8. September 2018 griff eine Gruppe junger Männer Besucher*innen eines Eiscafé in Wiesloch an. Sie brüllten rechte und rassistische Parolen und attackierten die Gäste, türkisch- und portugiesischstämmige Familien mit ihren Kindern, auf brutale Weise – teils mit den Stühlen und Tischen des Cafés. Mehrfach wurde aus der Gruppe heraus der Hitlergruß gezeigt. Bei dem Angriff wurden Gäste verletzt und Mobiliar zerstört. „Als ich hinter mich geschaut hab, war das alles wie ein Schlachtfeld, das war wie im Traum“, sagte eine der Geschädigten. Die psychischen Folgen für die von der Gewalt betroffenen Menschen wirken bei einigen bis heute nach. LEUCHTLINIE begleitete einen Teil der Betroffenen, unter anderem im Rahmen des Gerichtsprozesses.

Das Verfahren gegen die Täter, unter denen sich ein zum Tatzeitpunkt Angestellter der Polizei (inzwischen entlassen) und bekannte Neonazis aus der Region befinden, wurde aufgrund von Corona aufgesplittet. Zunächst mussten sich ab dem 5. Mai 2020 vor dem Amtsgericht Wiesloch drei Brüder verantworten. Sie wurden Ende Juli wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu 2 Jahren auf Bewährung, 18 Monaten auf Bewährung und 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Bewährungszeit liegt bei allen dreien bei 3 Jahren. Alle drei müssen zusätzlich jeweils 2.000 Euro Geldauflage an die Staatskasse zahlen. Für das Gericht stand fest, dass zumindest zwei der drei Angeklagten eine gefestigte rechtsradikale Gesinnung haben. Dass die körperlichen Verletzungen bei den Geschädigten nicht allzu schwerwiegend gewesen seien, sei nur dem Zufall geschuldet, so der Richter. Er hob bei der Strafzumessung noch einmal die seelischen Folgen bei den betroffenen Personen hervor. Er merkte an, dass er eine solche Tat in seinen 30 Berufsjahren noch nicht erlebt habe. Mit dem Urteil solle auch ein Zeichen gesetzt werden, so der Richter.

Da sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung Berufung eingelegt haben, muss das Landgericht Heidelberg die Urteile überprüfen. Ein Termin dazu steht noch nicht fest. Gegen die drei weiteren Angeklagten, zwischen 26 und 32 Jahre alt, wurde am 4. Februar 2021 vor dem Wieslocher Schöffengericht das Verfahren eröffnet. Sie wurden am 11. März 2021 zu Freiheitsstrafen verurteilt. Der laut Aussage des Richters „brutalste“ Angreifer, Timo F., wurde zu 2 Jahren und 4 Monaten Haft verurteilt. Die beiden weiteren Tatbeteiligten erhielten eine Bewährungsstrafe von 9 Monaten und müssen eine Geldbuße zahlen. Bis Redaktionsschluss waren die Urteile noch nicht rechtskräftig.

Schlussbemerkung:

Eine Gesellschaft, die Rassismus entschieden bekämpfen möchte, muss rassistische Taten auch entschieden strafrechtlich bewerten. Dazu braucht sie eine Polizei, eine Staatsanwaltschaft und eine Richterschaft, die rassistisch motivierte Straftaten konsequent verfolgen und ahnden. Bedingung dafür wiederum ist, dass diese Institutionen in der Lage und auch willens sind, rassistische Haltungen

und Motivationen zu erkennen und zu benennen. Wie bedeutsam diese Grundvoraussetzung für die Praxis ist, wird zwar inzwischen auch von der Politik besser wahrgenommen. So hat das Bundesjustizministerium diesbezüglich 2018 ein Projekt des Deutschen Instituts für Menschenrechte gefördert, das unter dem Titel „Rassismus und Menschenrechte: Stärkung der Strafjustiz“ Fortbildungen zum Umgang mit rassistisch motivierten Straftaten vermittelte. Richter*innen und Staatsanwält*innen wurden geschult, rassistisch motivierte Straftaten zu erkennen und die rassistische Gesinnung der Täter*innen im Rahmen der Strafzumessung zu berücksichtigen (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2018). Noch aber sind solche Schulungen auf Projekte begrenzt und noch bleibt für die Betroffenen leider allzu oft die bittere Konsequenz, dass Gerichte sich weigern, Rassismus als Tatmotiv anzuerkennen und – wie es mit der Reform von § 46 Absatz 2 Satz 2 Strafgesetzbuch seit 2015 explizit klargestellt ist (vgl. Jura online 2020) – auch strafverschärfend zu würdigen. Die bundesweiten Beratungsstellen für die Betroffenen von rechter Gewalt beklagen diesen Zustand seit Langem. Die Fachstelle LEUCHTLINIE begrüßt daher umso mehr den am 2. Dezember 2020 von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, in dem ausdrücklich zur Reform von § 46 Abs. 2 S.2 StGB eine Studie zur „Überprüfung und Erleichterung ihrer Anwendung in der Praxis“ angekündigt wird (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020).

Literatur

Amnesty International: Glossar für diskriminierungssensible Sprache. Amnesty International online, 28.02.2017. Online verfügbar unter <https://www.amnesty.de/2017/3/1/glossar-fuer-diskriminierungssensible-sprache>, zuletzt geprüft am 10.05.2021.

Deutsches Institut für Menschenrechte (2018): Rassistische Straftaten erkennen und verhandeln. Ein Reader für die Strafjustiz. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/rassistische-straftaten-erkennen-und-verhandeln>, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Jura Online (2020): BGH stellt Grundsätze der Strafzumessung klar. Jura online, 26.08.2020. Online verfügbar unter <https://jura-online.de/blog/2020/08/26/bgh-stellt-grundsätze-der-strafzumessung-klar/>, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg (VDSR-BW 2020a): Pressekonferenz: Gerichtsurteil wegen antiziganistisch motiviertem Mordversuch und versuchter Brandstiftung wird erwartet. Pressemitteilung vom 18.09.2020. Online verfügbar unter https://www.sintiroma.org/images/sinti-roma/20200918_rk_pk_zum_prozess__urteil.pdf, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg (VDSR-BW 2020b): Gerichtsurteil wegen Vertreibung in 45 Fällen. VDSR-BW online, 23.09.2020. Online verfügbar unter <https://www.sinti-roma.com/gerichtsurteil-wegen-vertreibung-in-45-faellen/>, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2020): Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. 25.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1>, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Schick, Reiner (2020): Anwälte beantrage Bewährungsstrafen für Fackelwerfer. Schwäbische Zeitung, 22.09.2020.

Werner Schulz

Fachstelle LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.

Reinsburgstraße 82
70178 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 88 89 99 33 (Beratung und Auskunft)
E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de

Wenn Fakten nicht mehr zählen

„Querdenken“ – Verschwörungsmmythen – Antisemitismus

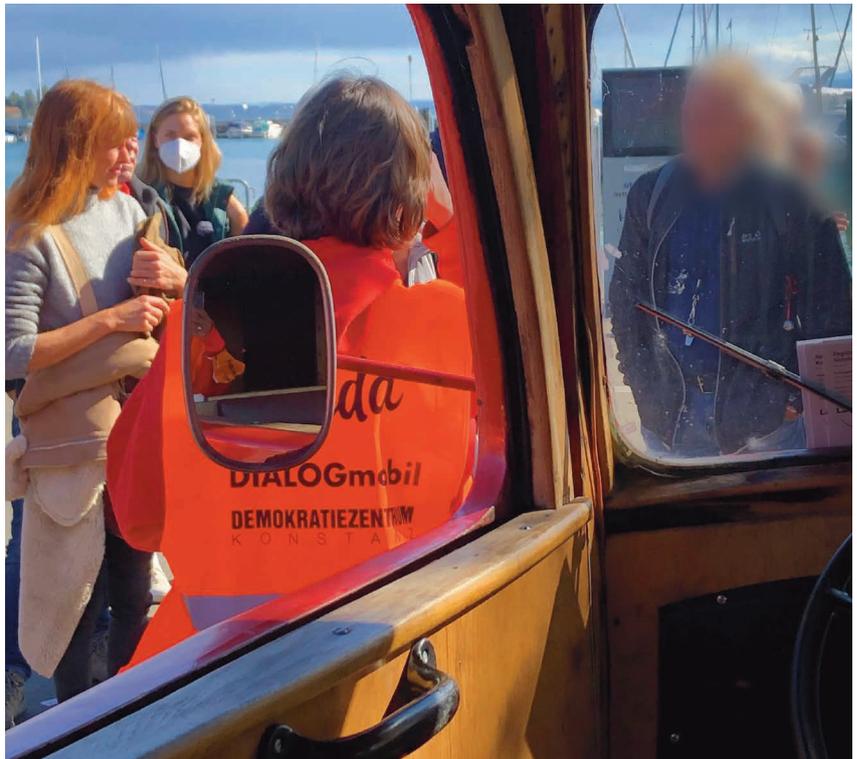


Angelika Vogt

Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Die Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg bietet Beratung, Unterstützung und Entlastung für Menschen, Gruppen und Institutionen, die von extrem rechten und auf Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit basierenden Äußerungen oder Handlungen betroffen sind oder sich aktiv dagegen einsetzen möchten.



Aktive des Beratungsnetzwerks im Gespräch mit Anhänger*innen und Kritiker*innen der „Querdenken“-Kundgebung am 4. Oktober 2020 in Konstanz. Foto: privat

Konstanz, 4. Oktober 2020: Acht Aktive des Beratungsnetzwerks *kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus* treffen in Konstanz ein. Mit dem Dialogmobil des Kreisjugendrings Konstanz werden sie Demonstrant*innen der „Querdenken“-Demo ein Gesprächsangebot machen. Es werden Gespräche geführt mit Menschen, die zum Versammlungsplatz strömen. Die Demonstrierenden umringen rasch die Aktiven des Beratungsnetzwerks. Sie sagen, sie wollen „nicht alles mit sich machen lassen“, pochen auf ihre demokratischen Rechte. Sie lehnen es ab, sich mit Maske und Abstandsregeln in ihrer Freiheit einschränken zu lassen. Einige behaupten, dass mit dem „Zwangsimpfen“ ein Chip eingepflanzt würde und mächtige Personen, Leute wie Bill Gates oder George Soros, sie damit kontrollieren wollen.

Alle geführten Gespräche an diesem Tag zeigten eine hohe Emotionalität, teilweise Aggressivität, und ein Bedürfnis, es „denen da oben“ mal endlich zu sagen – und das Beratungsteam stellvertretend dafür zu nutzen. Viele Demonstrierende

erhoben den Vorwurf, dass die sogenannten seriösen Medien gleichgeschaltet seien, eine „Lügenpresse“, und einige waren überzeugt, dass „die da oben, die Regierenden“ ihnen die Freiheit rauben wollten. Feindbilder wurden benannt und Nachfragen zu Informationsquellen beantwortet: YouTube und Soziale Medien, namentlich Kanäle wie KenFM bzw. Personen wie Ken Jebsen¹ und Attila Hildmann². Diese Begegnungen zeigen einen Ausschnitt aus der durchaus bunten Menge der Demonstrierenden und erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität. Eine Studie der Universität Basel (November 2020) zeigt folgendes Bild von den Querdenker*innen auf:

„Insgesamt gehen wir von einer grossen [sic!] Heterogenität innerhalb der Bewegung der Corona-Kritiker:innen und Querdenker:innen aus. Es handelt sich nicht um eine, sondern um mehrere, häufig disparate soziale Gruppen, die über geteilte Mentalitäten verbunden sind. Gemeinsam ist ihnen, dass es sich mehrheitlich um gebildete Angehörige der Mittelschicht handelt. Unsere Analysen können deshalb nur als vorläufige Befunde einer Forschung betrachtet werden [...]. Das Durchschnittsalter der Umfrageteilnehmer:innen beträgt 47 Jahre, 31% haben Abitur, 34% einen Studienabschluss. Letzteres ist höher als der Schweizerische Durchschnitt von 29.6% und fast doppelt so hoch wie in Deutschland, wo 18.5% über einen Hochschulabschluss verfügen. Überraschend ist der hohe Anteil Selbständiger, mit 25% ist er deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung.“ (vgl. Nachtwey et. al. 2020, S. 51)

Das in den letzten Jahren von Rechtspopulist*innen propagierte Feindbild der „korrupten Elite“ ist etabliert und zeigt Wirkung. Von diesem bis zum Denken in Verschwörungsbildern ist es für manche der Demonstrierenden kein großer Schritt mehr. Seit den ersten Maßnahmen zur Einschränkung des COVID-19-Virus fanden – ausgehend von Stuttgart unter dem Namen „Querdenken 711“ – im gan-

zen Land von Freiburg bis Ulm, von Ravensburg bis Karlsruhe vergleichbare Demonstrationen statt. Von der ersten Demonstration an fiel auf, dass – erkennbar an Kleidung, Stickern oder Fahnen – extreme Rechte mit dabei waren. Eine Distanzierung zu dieser Personengruppe und deren Inhalten fand nicht statt.³ Seit dem 9. Dezember 2020 wird die „Querdenken“-Bewegung vom Landesverfassungsschutz Baden-Württemberg beobachtet (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg 2021). Die Vernetzung von verantwortlichen Initiatoren mit bekannten extremen Rechten und Reichsbürger*innen bietet dafür Anlass genug. Insbesondere wird die Verbindung zu Reichsbürger*innen beobachtet, die das Grundgesetz nicht anerkennen und das staatliche Gewaltmonopol ignorieren.

Mit der fehlenden Abgrenzung nach „rechts“ gehen weitere Entwicklungen einher: Auf „Querdenker“-Demos tauchen T-Shirts und Flaggen mit „Q“ auf, dem Symbol der QAnon-Bewegung (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2020a). Die 2016/17 entstandene Bewegung findet nicht nur in den USA viele Anhänger*innen, dort häufig in den evangelikalen Kreisen. Seit 2020 hat die Bewegung auch in Deutschland zunehmend bei Querdenker*innen und konservativen Christ*innen Zulauf. Ausgehend vom Internet tragen die Follower ihren „Glauben“ auf die Straße. Viele Inhalte dieses Verschwörungsmythos finden sich bei den Querdenker*innen wieder: Der Glaube an einen „deep state“, eine böse Macht, die alles lenken möchte, die Abwehr der „gleichgeschalteten Medien“ und die klare Schuldzuweisung an „korrupte Politiker“. Die Studie der Universität Basel zeigt, dass 50 Prozent der Aussage „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“ zustimmen (21,88 % „stimme zu“, 28,47 % „stimme voll und ganz zu“). Weitere 54,5 Prozent stimmen der Aussage zu „Politiker und

1 Ken Jebsen ist ein ehemaliger RBB-Journalist, der über seinen Kanal KenFM seit Jahren Halbwahrheiten und Verschwörungsmithen verbreitet. Jebsen sorgte mit einem Video über die „Bill und Melinda Gates-Stiftung“ für Aufsehen. Das Video wurde mehr als fünf Millionen Mal auf verschiedenen Plattformen aufgerufen (vgl. Metzger 2020). Da Jebsen im Zusammenhang mit COVID-19 mehrfach gegen die Community-Richtlinien von YouTube verstieß, wurde sein Kanal von den Plattform-Betreiber*innen dauerhaft gesperrt (vgl. Deutschlandfunk Kultur 2021).

2 Attila Hildmann zählt seit Beginn der COVID-19-Pandemie zu den lautstärksten Vertretern von Verschwörungsideologien rund um das Virus. Viele seiner Aussagen, die er vor allem über den Messaging-Dienst Telegram verbreitet, werden als rechtsextrem und antisemitisch eingestuft. Die Staatsanwaltschaft Berlin führt mehrere Ermittlungsverfahren gegen Hildmann wegen Volksverhetzung, Androhung von Straftaten, Bedrohung und Beleidigung (vgl. Wikipedia 2021).

3 Siehe hierzu den Artikel „Querdenken 711“ – (K)Ein Anschluss unter dieser Nummer? in diesem Band.

andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ (22,48 % „stimme zu“, 32,12 % „stimme voll und ganz zu“; vgl. Nachtwey et. al., S. 21). Ausgewertet wurden dabei 1.152 gültige Fragebogen von Personen, die über coronakritische Telegram-Gruppen erreicht worden waren.

Bei den „Querdenken“-Demonstrationen werden im Herbst 2020 zunehmend antisemitische Positionen sichtbar: Der Glaube an eine Verschwörung, eine geheime Macht sowie geschichtsrelativierende Vergleiche. „Anne Frank, Sophie Scholl oder der Judenstern: Immer wieder gibt es seitens der ‚Querdenken‘-Bewegung Verweise auf Opfer aus der NS-Zeit. [...] Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung [Felix Klein] zeigte sich fassungslos. ‚Solche Verharmlosungen des Nationalsozialismus und seiner tatsächlichen Opfer erodieren nicht nur unsere hart erkämpfte Erinnerungskultur und verhöhnern die tatsächlichen Opfer. Sie zeugen entweder auch von einer perfiden, bewussten Strategie oder einem Mangel von Empathie und Bildung auf vielen Ebenen.‘

Klein beobachtet mit Sorge, wer sich bei den Corona-Demonstrationen alles versammelt. Esoteriker, Friedensbewegte, sogenannte Reichsbürger und Rechtsextreme. Der Antisemitismus verbinde sie: Die Mitte mit den gesellschaftlichen Rändern. Das macht es laut Klein so gefährlich. Worten folgten schnell Taten – wie in Hanau, Halle und Dresden.“ (Tagesschau 2020)

Auch Hakenkreuzschmierereien, die Schändung von jüdischen Gräbern und „Du Jude“, als Beleidigung auf Schulhöfen gerufen, sprechen für wachsenden Antisemitismus. Die hohe Bereitschaft, Verschwörungsdenken, das insbesondere über das Internet und sogenannte Soziale Netzwerke verbreitet wird, aufzugreifen und weiterzubreiten, verstärkt eine sich ausbreitende antisemitische Atmosphäre. Das spiegeln die Aussagen von Jüd*innen aus den baden-württembergischen jüdischen Gemeinden wider, die sich heute weniger sicher fühlen als in der Vergangenheit, Beleidigungen erfahren und sogar körperliche Angriffe erleben.

Letztere sind die Ausnahme, jedoch gehören sie bereits zu den Beratungsfällen im Beratungsnetzwerk *kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus*. Häufiger kommen Unter-

stützungsanfragen von Schulsozialarbeit, Lehrkräften oder Schulleitungen, die sich auf Hakenkreuzschmierereien und extrem rechte Memes in WhatsApp-Gruppen, dort geteilte Naziparolen oder einen gezeigten Hitlergruß in der Klasse beziehen. Insgesamt steigt die Zahl der Vorfälle. Durch die zunehmende Verbreitung des Antisemitismus wird auch das wachsende Unsicherheitsgefühl von Jüd*innen in ihren Alltagserfahrungen gefördert. Die sich verdichtende antisemitische Atmosphäre steht in direktem Verhältnis zu einem forcierten Denken in Verschwörungsmethoden. Denn über diese werden antisemitische Narrative, die bis ins Mittelalter zurückreichen, wiederbelebt. QAnon verbreitet den Glauben an verschleppte Kinder, deren Blut dazu dienen soll, dass sich die reichen Mächtigen mit dem gewonnenen Stoffwechselprodukt Adrenochrom verjüngen können (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2020a). Die Parallele zum gegen Jüd*innen erhobenen Ritualmordvorwurf im Mittelalter, mit dem behauptet wurde, Jüd*innen würden christliche Kinder ermorden, um mit deren Blut die Mazzen zu Pessach zu backen, lässt sich nicht übersehen. Was damals schon absurd war und jüdischem Leben widersprach, ist heute nicht weniger abwegig.

Der Glaube an den „deep state“, eine Gruppe von Menschen, die im Dunkeln die Fäden zieht und alles bestimmt, findet sich in dieser Form zuerst in den „Protokollen der Weisen von Zion“. Diese Schrift (bzw. Schriften, denn sie stammen von mehreren, teilweise unbekanntem Autoren) ist ein konstruierter Text, dessen Falschheit bereits direkt nach seinem Erscheinen und Anfang der 1930er-Jahre in einem Prozess in der Schweiz zweifelsfrei festgestellt wurde. Doch schon damals vermochten gerichtliche Urteile nicht, erfundene Narrative aus der Welt zu schaffen.

Auch das Bild des „reichen und mächtigen Juden“ stellt ein solches antisemitisches Narrativ dar, das ins frühe Mittelalter zurückreicht und auf die Laterankonzile (II-IV) im 12. und 13. Jahrhundert verweist. Christ*innen wurde verboten, Zinsen zu erheben. Ein Verbot, das nie komplett durchgesetzt wurde. Es gab immer auch Christ*innen, die Geld gegen Zinsen verliehen. In der Regel konnten Jüd*innen, denen der Zugang zu handwerklichen Berufen durch die Zünfte versperrt war, nur für weniger Zinsen und mit höherem Risiko Geld verleihen und vom Handel

leben. Mit der Benennung von Personen wie George Soros oder „den Rothschilds“ wird dieses antisemitische Bild bedient.

In den Beratungskontexten der Fachstelle *kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus* geht es darum, Zivilgesellschaft zu stärken und die demokratischen Möglichkeiten zu nutzen, mit dem Ziel, sich gemeinsam für eine Gesellschaft einzusetzen, die ein auf den Menschenrechten basierendes Wertesystem pflegt und die ein demokratischer Grundkonsens verbindet. Verschwörungsmethoden gedeihen in Zeiten der Unsicherheit und Angst. Die Herausforderung der nächsten Jahre liegt darin, Menschen aus dem Verschwörungsdenken zu lösen und das ihnen verloren gegangene Vertrauen in die freiheitlich liberale Demokratie und ihre gewählten Vertreter*innen wieder aufzubauen, die Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft zu überwinden und das hohe Gut der Demokratie in Deutschland und in Europa wertzuschätzen. Die Bildungsarbeit mit Jugendlichen erhält vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung und stellt eine besondere Herausforderung dar. Jungen Menschen, die es gewohnt sind, argumentativ und begründet ihre Anliegen zu vertreten, die Teilhabe und Mitwirkung erfahren haben, sind besser gewappnet gegen die Verlockungen falscher Welterklärungen.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2020a): QAnon in Deutschland. de:hate report #01. Berlin.

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2020b): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus. Deutschland. Berlin.

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2020c): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus. Baden-Württemberg. Berlin.

Benz, Wolfgang (2007): Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München.

Brumlik, Micha (2020): Antisemitismus. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Geiger, Wolfgang (2019): „Geldjuden“. Die Grundlagen eines universellen Vorurteils vom Mittelalter bis heute. In: Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (Hg.): Widerspruchtoleranz. Bd. 3. Ein Methodenhandbuch zu antisemitismuskritischer Bildungsarbeit. Berlin. S. 16–24.

Deutschlandfunk Kultur (2021): Verschwörungserzähler Ken Jepsen. YouTube sperrt KenFM. Patrick Stegemann im Gespräch mit Julius Stucke. Deutschlandfunk Kultur online, 22.01.2021. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/verschwörungserzaehler-ken-jepsen-youtube-sperrt-kenfm.1008.de.html?dram:article_id=491338, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2021): „Die Querdenken-Bewegung – zwischen Verschwörungsmethoden und Bürgerprotest“. Vortrag von Frank Dittrich, stellvertretender Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz, bei der Tagung „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ von Landesarchiv Baden-Württemberg und Generallandesarchiv Karlsruhe am 27. und 28. Januar 2021. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Vortrag+_Die+Querdenken-Bewegung+_zwischen+Verschwörungsmethoden+und+Bürgerprotest_, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Lühmann, Michael (2016): Meinungskampf von rechts. Über Ideologie, Programmatik und Netzwerke konservativer Christen, neurechter Medien und der AfD. In der Reihe „Weiterdenken“. Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hg.). Dresden.

Metzger, Nils (2020): Video über Corona-Maßnahmen. Warum Sie Ken Jepsen nicht vertrauen sollten. ZDF online, 08.05.2020. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/coronavirus-kenfm-jepsen-faktencheck-100.html>, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauswertung. 17.12.2020. Basel. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Tagesschau (2020): Antisemitismus bei „Querdenken“:
„Perfide Strategie oder mangelnde Bildung“. Tagesschau
online, 24.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-querdenken-101.html>, zuletzt geprüft am 15.02.2021.

Wikipedia (2021): Attila Hildmann. Wikipedia, letzte
Bearbeitung 24.02.2021. Online verfügbar unter https://de.wikipedia.org/wiki/Attila_Hildmann, zuletzt geprüft am 24.02.2021.

Angelika Vogt

Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“
Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 11 62

74370 Sersheim

Tel.: 0 70 42 / 83 17 30

Fax: 0 70 42 / 83 17 40

E-Mail: vogt@jugendstiftung.de

www.jugendstiftung.de

„Querdenken 711“ – (K)Ein Anschluss unter dieser Nummer?



Andreas Hässler

Fachstelle mobirex –
Monitoring | Bildung | Information
zur extremen Rechten und GMF

Landesarbeitsgemeinschaft Offene
Jugendbildung Baden-Württemberg
e. V. (LAGO)

mobirex bietet für ehren- und haupt-
amtlich Engagierte Vorträge, Infor-
mationen, Materialien und Analysen
zur extremen Rechten und daran an-
grenzenden Facetten der Gruppen-
bezogenen Menschenfeindlichkeit.

Baden-Württemberg und insbesondere Stuttgart haben sich seit April 2020 zu einem regionalen Epizentrum für die Bewegung von Pandemielegner*innen¹ entwickelt. Waren zu Beginn Begriffe wie „Grundrechte“ und „persönliche Freiheit“ zentrale Themen der Bewegung, wurden schließlich bei zahlreichen Protestveranstaltungen² und in Onlinekanälen vor allem das Vorhandensein einer Pandemie oder die von ihr ausgehende Gefahr in Abrede gestellt. Die Bewegung ist untereinander gut vernetzt und verfügt über eine professionelle Infrastruktur. Wichtigster Akteur in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit, ist die Stuttgarter Gruppe „Querdenken 711“³. Trotz ihrer sehr verschiedenartigen Zusammensetzung stießen diese Proteste im rechten Spektrum seit Beginn auf Anklang. Dieser Beitrag widmet sich den Fragen, welche Anknüpfungspunkte diese Proteste den politischen Rechtsaußen bieten und wie die extreme und populistische Rechte in Baden-Württemberg versucht, Einfluss auf die Bewegung zu nehmen.

Nach rechts offen

Mitglieder der Neonazi-Partei „Die Rechte“ zeigten sich erstaunt, als sie von ihrer Teilnahme an einer Demonstration für Grundrechte am 1. Mai 2020 in Karlsruhe⁴ berichteten: „Wann folgt schon mal sowohl links als auch rechts dem Aufruf eines FPDlers?“, fragten sie in ihrer Rückschau (Die Rechte BW 2020a). Mehr als die vielfältige Schar an Demonstrant*innen überraschte die Rechten, dass ihre Anwesenheit ohne größere Probleme toleriert wurde.

Statt einer Abgrenzung wird gegenüber Rechtsaußen bei vielen Veranstaltungen eine prinzipielle Offenheit kommuniziert. Es wird zwar bei Querdenken-Kundgebungen erklärt, dass „rechtes, faschistisches und menschenverachtendes Gedankengut“ in der Bewegung „keinen Platz“ habe. Doch nur kurz

1 In Anlehnung an die Studie zu „Pandemielegnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen“ unter Leitung von Prof. Fabian Virchow und Alexander Häusler wird hier als verbindendes Charakteristikum dieser Veranstaltungen von „Pandemielegnung“ gesprochen. Damit sollen sie von Protestkundgebungen von z. B. Berufsgruppen oder Flüchtlingsinitiativen abgegrenzt werden, die eine legitime Kritik an den Corona-Maßnahmen formulieren, ohne die Gefährlichkeit des Virus SARS-CoV-2 zu verharmlosen (vgl. Virchow/Häusler 2020, S. 3).

2 Die Zählungen reichen von mindestens 727 politischen Versammlungen dieses Spektrums (Stichtag: 21.12.2020, vgl. Landtag von Baden-Württemberg 2020) bis hin zu einer Anzahl von mindestens 891 Veranstaltungen (Stichtag: 01.12.2020, vgl. Teidelbaum 2020).

3 Es gibt neben den „Querdenken“-Gruppen noch andere Labels für diese Bewegung. Der Begriff „Querdenken“ wird hier jedoch stellvertretend für das gesamte Spektrum der Pandemielegner*innen verwendet.

4 Auch wenn der Veranstalter selbst nicht dem Spektrum der Pandemielegner*innen zuzurechnen ist, wurde die Kundgebung von diesem Spektrum dominiert.

darauf wird diese Distanzierung relativiert. Man wolle „das Schubladendenken Links-Mitte-Rechts ignorier[en]“ und keine Meinung ausschließen, solange diese friedlich geäußert werde (vgl. Querdenken 711 2020a). Die in diesen Aussagen enthaltene Widersprüchlichkeit öffnet letztendlich extrem rechten Akteur*innen die Tür. Jürgen Elsässer, Verleger des rechtspopulistischen Magazins „Compact“, lobt „Querdenken“ und deren Initiator Michael Ballweg ausdrücklich für die ausbleibende Distanzierung (vgl. Opel 2020). Für Elsässer eröffnen sich somit neue Absatzmärkte für sein Magazin, das für seine rechte Widerstandsrhetorik bekannt ist und für Querdenken Sonderausgaben produziert.

Dabei zeigt eine erste Auswertung von Forscher*innen der Universität Basel, dass „die Querdenker:innen [...] in ihrer Grunddisposition nicht unbedingt dem Bild einer rechten Bewegung [entsprechen], wie sie gerade in vielen Diskussionen eingeordnet werden“ (Nachtwey et. al. 2020, S. 54). Auch wenn die Grundausswertung der quantitativen Daten keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt, lassen sich daraus Tendenzen bei der Verortung der „Querdenker*innen“ ablesen. Viele von ihnen seien „neu-politisiert“ und verfügten bisher über keine Protesterfahrung (vgl. ebd.). In ihrer Zusammenfassung halten die Forscher*innen fest, dass es sich bei „Querdenken“ um „eine Bewegung handelt, die eher von links kommt, aber stärker nach rechts geht“ (vgl. ebd., S. 51 f.). Zugleich stellen sie heraus, dass die Bewegung „nach rechts offen ist und über ein beträchtliches immanentes Radikalisierungspotenzial verfügt“ (ebd., S. 54).

Diese Offenheit zeigt sich exemplarisch am Umgang mit extrem rechter Symbolik. Laut den Ergebnissen der Baseler Erhebung sehen nur 12 Prozent unzweifelhaft ein Problem darin, dass schwarz-weiß-rote Fahnen bei den Veranstaltungen gezeigt werden (vgl. ebd., S. 30). Dabei handelt es sich bei den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot um eine in der extremen Rechten beliebte Farbkombination, die historisch für die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie steht.

Gemeinsame Nenner

Es gibt darüber hinaus Berührungspunkte von „Querdenken“ zum Gedankengut und zu Aktiven der rechten Szene. Stand zu Beginn noch der Einsatz für Grundrechte im Vordergrund der Kundgebungen, entwickelte sich mit der Zeit zunehmend ein Widerstandsmotiv zur inhaltlichen Klammer dieses Protests. Man wähnt sich im Widerstand gegen eine „Corona-Diktatur“, in der Politik, Wissenschaft und als „Staatspropaganda“ diffamierte Medien sich „gegen das Volk“ verbündet hätten. Hinzu kommt das Lamento über eine angeblich fehlende Meinungsfreiheit im Land. Solche Äußerungen gehören seit jeher zum Kanon populistischer und radikaler Rechter, nicht zuletzt bei den PEGIDA-Demonstrationen (vgl. Geiges et. al. 2015, S. 89 ff.). Diese Parallelen führen gepaart mit dem pandemiebedingt eher geringen antifaschistischen Protest zur Erweiterung des Spielraums von extrem Rechten in der Bewegung. Zudem werden Themen bei „Querdenken“ weitgehend ausgespart, bei denen es vom rechten Spektrum keinerlei Kompromissbereitschaft gibt, etwa bei der Situation von Geflüchteten.

Anknüpfungsfähig sind auch sozialdarwinistische Aussagen, die die vermeintliche Stärke des eigenen Immunsystems betonen und gleichzeitig den Schutz von Alten und Schwachen in Frage stellen. Ebenfalls weit verbreitet sind antisemitische Erzählungen. Einerseits werden die NS-Zeit und die Shoa verharmlost, indem „Querdenker*innen“ sich mit den damals verfolgten, entrechteten und ermordeten Jüd*innen auf eine Stufe stellen. Andererseits tragen zahlreiche Verschwörungsmythen in der Bewegung dazu bei.⁵ In der Leipziger Autoritarismus-Studie wird eine „große Bedeutung von Verschwörungsmentalität und Aberglauben für das Zustandekommen der rechts-extremen Einstellung“ festgestellt (Schließler et. al. 2020, S. 297).

Der Sinsheimer HNO-Arzt Bodo Schiffmann, einer der führenden „Querdenken“-Influencer, bewirbt auf seinem Telegram-Kanal derartige verschwörungsideologische

5 Siehe dazu auch den Beitrag *Wenn Fakten nicht mehr zählen* in diesem Band.



Vorder- und Rückseite eines Schildes bei der „Querdenken 711“-Kundgebung am 08.08.2020 im Stuttgarter Schlossgarten. Foto: Fachstelle mobirex / LAGO e. V.



Inhalte, darunter den Mythos um QAnon (vgl. Michael Mayr 2020). Dort ist er wie viele andere „Querdenken“-Influencer*innen in ein „Netzwerk aus langjährig aktiven Verschwörungsideolog:innen, Rechtspopulist:innen und Rechtsextremen eingebunden“ (Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt 2020, S. 3f.).

Auch auf persönlicher Ebene gibt es wenig Berührungspunkte von „Querdenken“-Protagonist*innen gegenüber radikalen Rechten. So gab der ehemalige Pressesprecher von „Querdenken 711“, Stephan Bergmann, sowohl dem verurteilten Holocaustleugner Nikolai Nerling als auch dem Schweizer Rechtsextremisten Ignaz Bearth ausführliche Interviews (vgl. Bearth 2020). Ferner zeigte Michael Ballweg mehrmals seine Nähe zum Weltbild von Reichsbürger*innen. So rief er ganz in deren Sinne bei der großen Berliner „Querdenken“-Demonstration am 29. August 2020 eine „verfassungsgebende Versammlung“ aus (vgl. Querdenken 711 2020b) und vollzog im November

2020 den Schulterschluss mit diesem Milieu, als er zahlreiche „Querdenken“-Organisator*innen zu einem Treffen ins thüringische Saalfeld einlud, wo sie von Peter Fitzek, einem selbsternannten „König von Deutschland“, empfangen wurden (vgl. Rohwedder 2020). Es wundert also nicht, dass bei Veranstaltungen der Pandemieleugner*innen und in ihren Chatgruppen regelmäßig Reichsbürger*innen aktiv sind.

Angesichts dieser Entwicklung zeigt sich der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur besorgt: „Es ist keine Frage, in diesem Klima fühlen sich Juden zunehmend unsicher, trauen sich nicht mehr auf die Straße und isolieren sich. Das ist absolut inakzeptabel“ (zit. n. Krafczyk 2021). Während auf dieser Seite Sorge um das gesellschaftliche Klima herrscht, äußert man sich bei „Die Rechte“ dagegen hoffnungsvoll. Man begriff die „Querdenken“-Proteste als „eine riesen Chance. [...] So nah waren sich viele Menschen wie derzeit noch nie. Gemeinsam für eine

neues Deutschland. Wir sind bereit“ (Die Rechte BW 2020b, Schreibweise im Original).

Erschließung neuer Zielgruppen

Dabei musste das populistische und extrem rechte Lager erst mal seinen Kurs in der neuen Pandemie-Situation finden. Mit Blick auf die für sie günstigen Rahmenbedingungen und auf die eher erfolglosen Versuche, eine eigene Protestdynamik zu entfalten, dockte die extreme Rechte bei den Pandemielegner*innen an.

Die Politikwissenschaftlerin Laura Hammel skizziert die parlamentarische Arbeit der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg mit einem Kurs, der zu Beginn der Pandemie auf härtere Maßnahmen beim Infektionsschutz drang, sich aber, mit dem Aufkommen der Proteste gegen diese Maßnahmen, später auf die Seite der Pandemielegner*innen stellte. Dieser Kurswechsel der AfD zeige, dass sie „verschwörungstheoretische Rhetorik strategisch einsetzt, um neue Zielgruppen zu erschließen und ihre selbstgewählte Rolle als Anti-Establishment-Partei zu festigen.“ (Hammel 2020)

Seither besteht ein Austausch zwischen Teilen der AfD und der Protestbewegung. So lud die Fraktion im Dezember 2020 den Ulmer „Querdenken“-Anwalt Markus Haintz und einen weiteren Vertreter zu einem „Runden Tisch Corona“ ein. AfD-Politiker*innen treten bei Veranstaltungen der Pandemielegner*innen als Teilnehmende oder Redner*innen auf. Die Landtagsabgeordnete Christina Baum sprach im Oktober auf Einladung der Bühler Initiative „Querdenken 722“. In ihrer Rede warb sie zunächst mit ihrer persönlichen Lebensgeschichte um die Sympathien der Zuhörenden. Über das Narrativ einer stigmatisierten Opposition sowie durch das Aufgreifen zentraler Querdenken-Narrative bemühte sie sich, Gemeinsamkeiten zwischen „Querdenken“ und ihrer Partei herauszustellen, ohne dabei die AfD-typischen Positionen zu vergessen. Man müsse „gemein-

sam gegen die da oben was unternehmen“, so Baum (vgl. Markus Huck 2020).

Ihr damaliger Parteikollege und Landtagsmitglied Stefan Räßle äußerte sich noch deutlich radikaler. Bei einer Demonstration Ende September in Mainz rief er zum „Systemwechsel“ auf. Man müsse die Regierung „zunächst stürzen, und zwar mit Gewalt“. Jeder müsse bereit sein, „sein Leben dafür zu geben, dass wir in Freiheit leben“ (Jörg Wirtz 2020).

Insgesamt bleibt der Kurs der AfD im Umgang mit den Pandemielegner*innen uneinheitlich. Während Meinungsumfragen des ZDF-Politbarometers eine breite Zustimmung der AfD-Anhängerschaft zu den Protesten ermittelten⁶, distanzierte sich Parteichef Jörg Meuthen auf dem Bundesparteitag in Kalkar von „Querdenken“ und forderte mehr „kritische Distanz“ ein (vgl. Phoenix 2020).

Ein „temporäres Zweckbündnis“

Auch bei der sogenannten „Neuen Rechten“ macht man sich Gedanken darüber, wie man „Querdenken“ für sich nutzen kann. Ihr Ziel besteht vor allem darin, das politische Meinungsklima abseits von Parlamenten nach rechts zu verschieben.

Gegenüber den „Querdenken“-Protesten zeigte sich das neurechte Spektrum anfangs interessiert, aber auch distanziert. Kritik übte der „Identitären“-Führungskader Martin Sellner Anfang Mai 2020 an flüchtlingsfreundlichen Aussagen Bodo Schiffmanns. Mit dem kurz darauf offensichtlichen Anwachsen der „Querdenken“-Proteste in Stuttgart und Berlin zu Großveranstaltungen und der Zusage Schiffmanns zu einem öffentlichen Gespräch rief Sellner das neurechte Lager zur Teilnahme an den „Querdenken“-Kundgebungen auf. Man solle sich quasi unter dem Radar „als Personen und nicht als Bewegung“ an den Protesten beteiligen. Sellner sieht darin ein „notwendiges, temporäres Zweckbündnis, bei dem wir

6 Bei repräsentativen Meinungsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen befürworteten 61 % (Mai 2020) bzw. 54 % (November 2020) der AfD-Anhänger*innen die Proteste, während sie von 81 % (Mai) bzw. 86 % (November) aller Befragten abgelehnt wurden. (Vgl. ZDF 2020a und ZDF 2020b)

die breite Masse erreichen müssen“, ohne dabei „weltanschauliche und inhaltliche Kompromisse“ einzugehen (vgl. Aktivist Mann 2020). In einem Artikel auf der Webseite der neurechten Zeitschrift „Sezession“ rät er seinen Leser*innen, nicht mit dem großen ideologischen Besteck an die Proteste heranzutreten, sondern alltagsnahe, politisch nicht allzu stark aufgeladene Themen wie die Ablehnung des Mund-Nasen-Schutzes aufzugreifen, um diesen dann im neurechten Sinne „eine Struktur, eine Strategie und ein Ziel“ zu geben. Dies sei die Basis, auf der dann ihre völkisch-rassistische Politik gedeihen könne (vgl. Sellner 2020).

Inwiefern diese Strategie auch in der eigenen Szene verfängt, gilt es abzuwarten. Zwar beteiligten sich verschiedene Personen aus dem Umfeld der „Identitären“, des „Zentrum Automobil“ und des Kampagnennetzwerks „Ein Prozent“ an Protesten etwa in Stuttgart oder in Ulm, ohne sich allzu sehr in den Vordergrund zu drängen. In den Onlineformaten werden COVID-19 und die Veranstaltungen der Pandemiegegner*innen eher als Aufhänger für altbekannte Themen genutzt. Im Vordergrund stehen weiterhin die Ablehnung von Globalisierung („Eine-Welt-Virus“) bzw. von Migration und der Vorwurf an politische Entscheidungsträger*innen, das Land in den Abgrund zu führen.

Neonazis: Dem Protest eine Richtung geben

Zu Beginn der Pandemie bildeten sich deutschlandweit Netzwerke solidarischer Nachbarschaften und wurden Einkaufsdienste organisiert. Mit einiger Verspätung sprang auch das neonazistische Lager auf diesen Zug auf. So appellierte der Bundesvorsitzende von „Die Rechte“, Sven Skoda, dass man sich „aufopferungsvoll um seine Volksgenossen kümmert“, um so Vertrauen in der Bevölkerung aufzubauen (vgl. Skoda 2020). In Baden-Württemberg versuchten vereinzelt Mitglieder des Neonazi-Spektrums in der Bodensee-region, im Raum Reutlingen und im Rhein-Neckar-Kreis, sich als „soziale Kümmerer“ in Szene zu setzen.

Auch in diesem Milieu bemüht man sich um ein eher unauffälliges Mitwirken, um Kontakte zu „Querdenker*innen“ zu knüpfen. Die NPD initiierte eine Tarnkampagne unter dem

Motto „Deutschland gegen den Corona-Wahnsinn“. In Aalen und Mannheim beteiligte sie sich mit entsprechenden Transparenten an Kundgebungen der Pandemiegegner*innen. Ein solches Transparent fand sich am 18. Juli 2020 auch in Waldshut an der Spitze eines Demonstrationzugs von „Querdenken 775“, welcher auf diese Weise wissentlich oder nicht eine NPD-Kampagne bewarb.

Mit dem Anwachsen der Pandemiegegner*innen-Bewegung erhofft sich das neonazistische Spektrum Anschlussmöglichkeiten. Matthias Fischer, stellvertretender Parteivorsitzender von „Der III. Weg“, rief in einem Video seine Parteimitglieder dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen. Dort seien viele politisch ungefestigte Menschen unterwegs. Die Aufgabe seiner Partei sieht er darin „die Sache mit Inhalten zu füllen“ und auf diese Weise dem Protest eine Richtung zu geben (vgl. Der III. Weg 2020). Dabei unterstreicht er seinen antidemokratischen und von einer völkischen Kapitalismuskritik geprägten Standpunkt, indem er nicht das Virus, sondern vielmehr „das System“ zum Problem erklärt. Im Neonazi-Spektrum spekuliert man auf eine Zuspitzung der Krise, die „das Potential [habe,] alles bisherige ins Wanken zu bringen“ (Skoda 2020).

Trotz der Bemühungen um eine zielgruppengerechte Ansprache, zeigt sich hin und wieder die demokratiefeindliche Grundhaltung ganz offen. In Heidelberg erhielt der Mannheimer NPD-Kandidat Jonathan Stumpf am 2. Mai 2020 bei einer Demonstration von „Corona Rebellen“ das Mikrofon. Unter dem Applaus der Anwesenden forderte er in Anlehnung an Thomas Jefferson, dass „von Zeit zu Zeit der Baum der Freiheit mit dem Blute von Patrioten und Tyrannen gestärkt werden“ müsse (JohannesScharf 2020). Auch wenn diese offen zur Gewalt aufrufende Tonlage untypisch für „Querdenken“-Veranstaltungen ist, zeigt der Applaus von Pandemiegegner*innen eine mangelnde Distanz zu diesem Gedankengut.

Rote Linien ziehen

Eine Kritik der „Querdenken“-Demonstrationen in Baden-Württemberg, die diese pauschal als „rechtsradikal“ einordnet, ginge an der Sache vorbei. Auch wenn der Einfluss der



Protestplakat bei einer Kundgebung gegen Pandemieeugner*innen am 9. Mai 2020 in Memmingen. Foto: Allgäu rechtsaußen

extremen und populistischen Rechten in Baden-Württemberg bislang nicht dominant war⁷, so offenbarten die Aktivitäten der Pandemieeugner*innen selbst genügend Kritikpunkte hinsichtlich der dort verbreiteten antisemitischen Narrative, ihrer massiven Ablehnung von Politik und Medien sowie ihrer Offenheit für extrem rechte Akteur*innen. Letztere finden zahlreiche Anschlusspunkte, erhalten eine Bühne und versuchen strategisch ihren Resonanzraum zu erweitern. Dies geht einher mit dem Bestreben, die gesellschaftliche Krise zu verschärfen. Der im gemeinsamen Widerstandsmotiv angelegte Handlungsdruck lässt eine Radikalisierung von Teilen dieser Mischszene befürchten.

So rief der Abgeordnete Heinrich Fiechtner, Unterstützer der Querdenken-Proteste seit ihrem Beginn, zwei Tage nach dem Sturm auf das Kapitol in Washington aus dem Landtag heraus dazu auf, „ernst zu machen“. Die Vorgänge im Kapitol seien nur eine „Showveranstaltung“ gewesen (vgl. Uhrensöhnchen 2021). In seiner Telegram-Gruppe mit mehreren Zehntausend Mitgliedern kommt es zu Morddrohungen gegen einen Journalisten (vgl. Schwarz 2021). Dies ist kein Einzelfall. Der Deutsche Journalistenverband (DJV) beklagt eine Zunahme von Übergriffen, die sich auch im Zusammenhang mit „Querdenken“-Demonstrationen ereignen (vgl. Flade/Steinke 2021).

Dagegen braucht es den Schutz von Menschen, die von Pandemieeugner*innen bedroht werden. Zudem sind

klare rote Linien gegenüber denjenigen zu ziehen, die antisemitische Verschwörungserzählungen bedienen, sozialdarwinistische Positionen vertreten und aggressiv auftreten. Auf der anderen Seite braucht es aber auch Debattenangebote für diejenigen, die sich innerhalb demokratischer Spielregeln kritisch mit den Infektionsschutzmaßnahmen und den Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise auseinandersetzen, um einer zunehmenden Entfremdung vom demokratischen Zusammenleben entgegenzuwirken.

Lesetipp: Bundesverband Mobile Beratung (2020): Auseinandersetzung unterstützen. Policy Paper zu Corona-Protesten. 17.12.2020. Online verfügbar unter <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020/12/17/bmb-policy-paper-zum-umgang-mit-den-corona-protesten/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Literatur

Primärquellen

Aktivist Mann (2020): Martin Sellner: Was sollten wir Patrioten jetzt tun? (über mein Gespräch mit Schiffmann). Video, 05.05.2020. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=PTxaxnmLrxU>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Bearth, Ignaz (2020). Direkt-Übertragung Ignaz Bearth. 15.12.2020. Da Liveübertragungen automatisch nach drei Tagen gelöscht werden, ist das Interview unter <https://dlive.tv/p/ignazbearth+SlaA5PJGg> nicht mehr abrufbar, zuletzt geprüft am 18.12.2020.

Der III. Weg (2020): Video: Matthias Fischer zu den aktuellen Protesten. Der III. Weg, 27.05.2020. Online verfügbar unter <https://der-dritte-weg.info/2020/05/video-matthias-fischer-zu-den-aktuellen-protesten/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

⁷ Hierzu ist anzumerken, dass der Einfluss lokal variiert und auf Bundesebene insbesondere die Querdenken-Veranstaltungen am 29. August in Berlin und am 7. November in Leipzig gezeigt haben, dass extrem Rechte diesen Demonstrationen durchaus ihren Stempel aufdrücken können.

Die Rechte/LV Baden-Württemberg (2020a): Außer-gewöhnliche Erster-Mai-Kundgebung in Karlsruhe – Grundrechte auch in Zeiten von Corona. Die Rechte, 04.05.2020. Online verfügbar unter <https://die-rechte.net/lv-baden-wuerttemberg/aussergewoehnliche-1-mai-kundgebung-in-karlsruhe-grundrechte-auch-in-zeiten-von-corona/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Die Rechte/LV Baden-Württemberg (2020b): Querdenken 711 in Stuttgart – gelungene Veranstaltung trotz linkem Terror. Die Rechte BW, 22.05.2020. Online verfügbar unter <http://rechte-bw.com/querdenken-711-in-stuttgart-gelungene-veranstaltung-trotz-linkem-terror/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

JohannesScharf (2020): Niemals nimmt man uns unsere Freiheit! Video, 02.05.2020. Online verfügbar unter <https://www.bitchute.com/video/7OvIPucmuTek/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Jörg Wirtz (2020): Stefan Räßle am 26.09.2020 in Mainz. Video, 27.09.2020. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=E8UpE1nh57Y>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Markus Huck B.P. in spe (2020): Dr. Christina Baum MdL. Rede bei Querdenken 722 – Bühl/Baden. Video, 11.10.2020. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=WZ-PRLxehh8>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Michael Mayr (2020): Twitter Posting. 03.12.2020. Online verfügbar unter https://twitter.com/Nightmare_Keks/status/1334575465969889284, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Phoenix (2020): AfD-Parteitag: Grundsatzrede von Bundessprecher Jörg Meuthen. Video, 28.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=NVQp8ZrRjH4>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Querdenken 711 – Wir für das Grundgesetz (2020a): Demo 7. Mahnwache Grundgesetz / 09.05.2020 / Querdenken711. Video, 09.05.2020. Online verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=B7I_4HelUrl, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Querdenken 711 – Wir für das Grundgesetz (2020b): Michael Ballweg | Eröffnungsrede | Demo 29.08.20 | #Berlin. Video, 01.09.2020. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=lvsvdDvIIPLM>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Sellner, Martin (2020): Wer war schuld am „Reichstagssturm“? Sezession online, 01.09.2020. Online verfügbar unter <https://sezession.de/63298/wer-war-schuld-am-reichstagssturm>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Skoda, Sven (2020): „Nehmt doch mal den Aluhut ab“ – Kommentar von Sven Skoda zur Corona-Krise. Die Rechte, 31.03.2020. Online verfügbar unter <https://die-rechte.net/allgemein/nehmt-doch-mal-den-aluhut-ab-kommentar-vom-sven-skoda-zur-corona-krise/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Uhrensohnchen (2021): Twitter Posting. 08.01.2021. Online verfügbar unter <https://twitter.com/uhrensohn14/status/1347517390310039558>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Sekundärliteratur

Flade, Florian; Steinke, Ronen: Pressefreiheit in Deutschland. Mehr als doppelt so viele Angriffe auf Journalisten. Süddeutsche Zeitung online, 20.01.2021. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/medien/pressefreiheit-deutschland-angriffe-demonstrationen-1.5180187>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (2020 – Hg.): Proteste in der Corona-Pandemie: Gefahr für unsere Demokratie? Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Factsheets/Factsheet_Proteste_Corona_Gefahr_Demokratie_Institut_f%C3%BCr_Demokratie_und_Zivilgesellschaft_Forschungsinstitut_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt.pdf, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Geiges, Lars; Marg, Stine; Walter, Franz (2015): Von „Asylanten“ und „dem schönen Sachsen“, „Staatsmedien“ und „Propaganda-Welten“. Kollektive Wahrnehmungen der Pegidisten. In: Dies.: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bonn: S. 89–130.

Hammel, Laura (2020): Wie passen (Rechts-)Populismus und der Glaube an Verschwörungstheorien zusammen? Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg online, 11.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.boell-bw.de/de/2020/11/11/wie-passen-rechts-populismus-und-der-glaube-verschwörungstheorien-zusammen>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Krafczyk, Eva (2021): Antisemitismus. „Corona hat alles verschlimmert“. Jüdische Allgemeine Online, 26.01.2021. Online verfügbar unter <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/corona-hat-alles-verschlimmert/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Landtag von Baden-Württemberg (2020): Drucksache 16/9568. 17.12.2020.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Protteste. Grundauswertung. 17.12.2020. Basel. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Opel, Hannes (2020): Im Stream mit Rechtsaußen. Wie nah sich Querdenker und Rechtsextreme sind. Stuttgarter Zeitung online, 02.09.2020. Online verfügbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.im-stream-mit-rechtsausen-wie-nah-sich-querdenker-und-rechtsextreme-sind.769c93ef-8d0f-4721-a14e-032125599306.html>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Rohwedder, Wulf (2020): Treffen mit „Reichsbürgern“. „Querdenker“ im „Königreich“. Tagesschau online, 19.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/querdenken-reichsbuerger-101.html>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Schließler, Clara; Hellweg, Nele; Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Gießen: S. 283-308.

Schwarz, Peter (2021): Corona-Protteste mit Mordfantasien: Die enthemmte Telegram-Gruppe des Landtagsabgeordneten Heinrich Fiechtner. Zeitungsverlag

Waiblingen, 13.01.2021. Online verfügbar unter https://www.zvw.de/meinung/corona-protest-mit-mordfantasien-die-enthemmte-telegram-gruppe-des-landtagsabgeordneten-heinrich-fi_arid-303725?fbclid=IwAR0gL4vKWm5YyxW3m2667Tu1b_yuf_aXCNHi4UOF_fHjg1QUObKTY4-m_vA, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Teidelbaum, Lucius (2020). Jahresrückblick 2020. Baden-Württemberg. Belltower News, 10.12.2020. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/jahresueckblick-2020-baden-wuerttemberg-108297/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Virchow, Fabian; Häusler, Alexander (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. CoRE-NRW (Hg.). Bonn. Online verfügbar unter https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE_Kurzgutachten3_2020.pdf, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

ZDF (2020a): ZDF-Politbarometer Mai I 2020. Presseportal ZDF, 15.05.2020. Online verfügbar unter <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-mai-i-2020/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

ZDF (2020b): ZDF-Politbarometer November I 2020. Presseportal ZDF, 13.11.2020. Online verfügbar unter <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-november-i-2020/>, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Andreas Hässler

Fachstelle mobirex – Monitoring | Bildung | Information zur extremen Rechten und GMF
Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung
Baden-Württemberg e. V.

Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 89 69 15 23
E-Mail: mobirex@lago-bw.de
www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html

Fake News, Verschwörungserzählungen und antisemitische Hetze im Zeichen der Pandemie

Die Meldestellen „respect! Gegen Hetze im Internet“ und „Meldestelle #Antisemitismus“ als Brennglas antidemokratischer Trends



Jürgen Hofäcker

Projektleitung Meldestelle respect!

Bei der Meldestelle respect! können Hasskommentare aus den sozialen Netzwerken gemeldet werden.

respect! definiert sich als Clearingstelle, die Meldungen filtert und damit vor allem den Meldenden und der Polizei Anzeigen erspart, die keine oder wenig Aussicht auf Erfolg haben. Dies gilt auch für Löscheinträge bei den jeweiligen Plattformbetreibern, die respect! dann ebenfalls übernimmt. Dadurch, dass ausschließlich Fälle mit eingeschätzter strafrechtlicher Relevanz angezeigt werden, steigt außerdem die Chance auf eine tatsächliche Ermittlung der Verantwortlichen.

Meldende erhalten immer eine Rückmeldung mit der Einschätzung der jeweiligen Straftatbestände. Bei jedem weiteren Arbeitsschritt (Anzeige, Löschung etc.) erfolgt eine weitere Information per E-Mail. Die Meldenden haben immer die Möglichkeit, über das System Kontakt mit der Meldestelle aufzunehmen und weitere Fragen zu stellen.

Für die steigende Anzahl grob demokratiefeindlicher Postings in Sozialen Medien, oftmals hasserfüllt und drohend, verwenden Twitter, Facebook und Instagram den Begriff „Trend“. Die beiden Meldestellen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg nehmen in Echtzeit wahr, wie sich dieser „Trend“ auswirkt und wie sich in den Sozialen Medien politisch konnotierte Hassbotschaften und antisemitische Stereotype, legiert mit Popartsymbolen, verbreiten. Besonders angegriffen werden Bevölkerungsgruppen, die sich öffentlich und politisch positionieren oder relativ schutz- und wehrlos sind und eine jeweilige Minderheit darstellen.

„Trends“ 2020: #Querdenken, #Antisemitismus, #Verschwörungen

2017 und 2018 war ein Großteil der gemeldeten Fälle von „Hate Speech“¹ gegen Geflüchtete gerichtet, verbunden mit Verschwörungserzählungen, die unter anderem von der sogenannten „Identitären Bewegung“ unter dem Schlagwort „Der große Austausch“ befeuert wurden. 2019 geriet als „Trend“ die Fridays For Future-Bewegung in den Fokus der Hetzgemeinde, mit teilweise gewaltverherrlichenden Kommentaren in einschlägigen Foren wie der Facebook-Seite „Fridays for Hubraum“. Stets als Konstante zu beobachten sind dabei verschiedenste Formen des Antisemitismus.

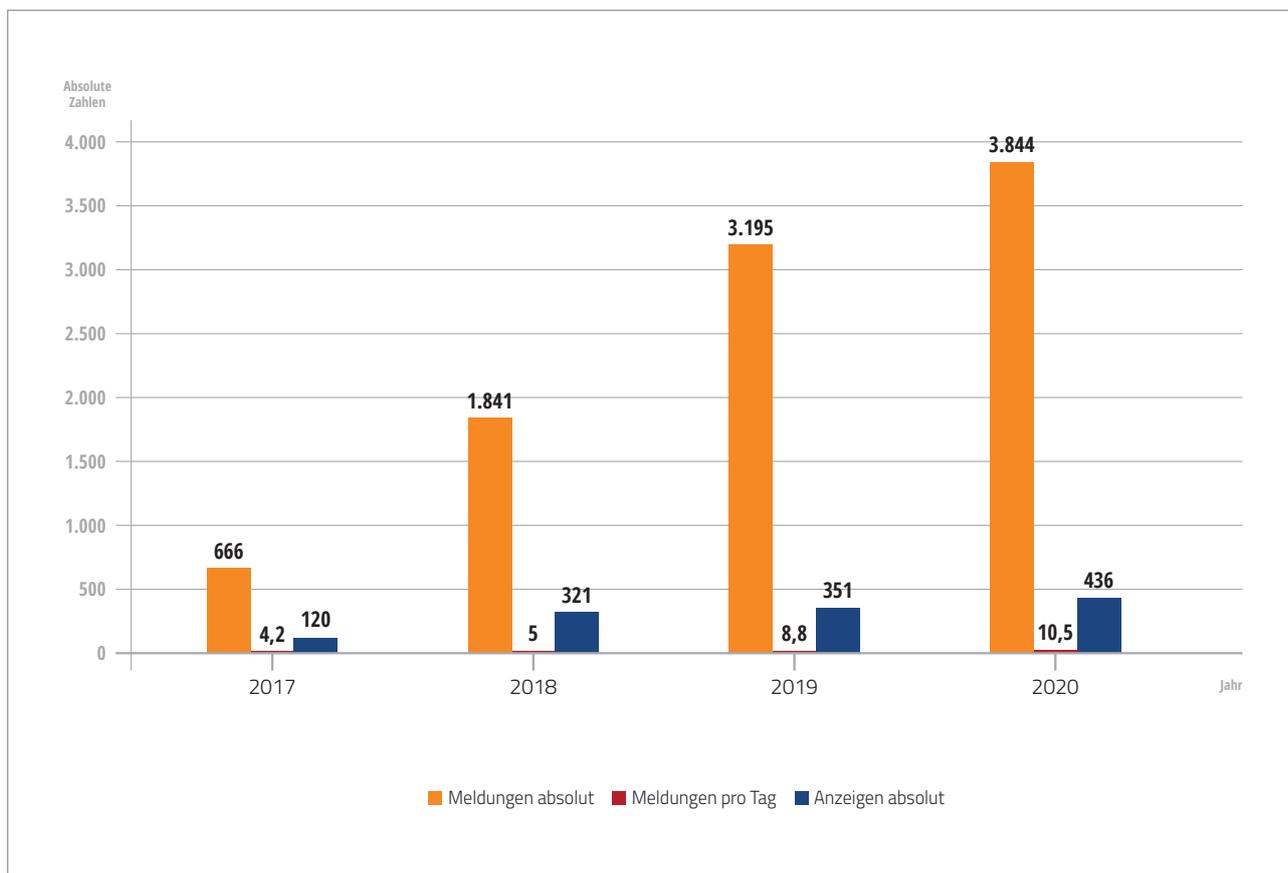
Die Trends in 2020 mögen nicht überraschend sein, stand das Jahr doch spätestens seit dem Frühjahr unter dem alles dominierenden Eindruck der Corona-Pandemie:

- Die Meldestellen erreichte eine Vielzahl an hetzerischen Meldungen bezüglich der Einhaltung von Hygienebestimmungen.
- Ein zunehmender Hass auf „die Politik“ und Politiker*innen als Personen wurde in den Meldungen genannt und sichtbar gemacht.
- Meldungen im Zusammenhang mit Verschwörungsmuthe nahmen deutlich zu.
- Zudem stach hervor, dass eine Vielzahl von Meldungen direkt mit Antisemitismus einherging.

1 Zum Begriff Hate Speech siehe den Eintrag „Was ist Hate Speech?“ auf der Seite der Amadeu Antonio Stiftung (Amadeu Antonio Stiftung o. J.).

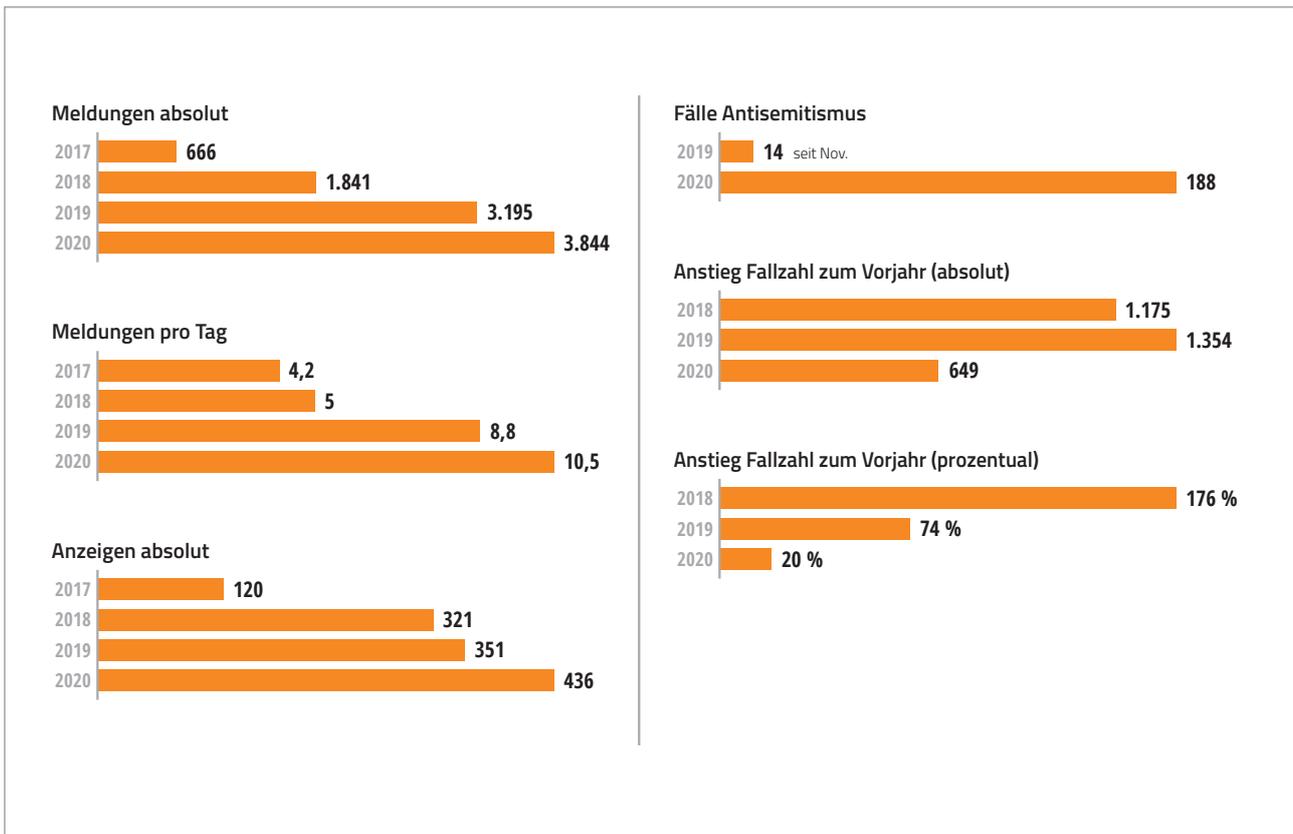
Die Meldestellen respect! sowie #Antisemitismus erreichten 2020 insgesamt 228 Meldungen im Zusammenhang mit dem Themenfeld Antisemitismus. Dies war laut dem Antisemitismusbeauftragten von Baden-Württemberg, Michael Blume, nicht verwunderlich, da nach seinen Erkenntnissen nahezu alle Verschwörungsmymen schlussendlich im Antisemitismus münden.² Diese verbreiteten sich im Rahmen der Corona-Pandemie rasant, insbesondere über die Messenger-Plattform Telegram.³

Im Jahr 2020 sind in der Meldestelle respect! 3.844 Meldungen eingegangen. Das entspricht etwa 10 bis 11 Meldungen pro Tag und stellt im Vergleich zum Vorjahr einen weiteren Anstieg von 20 Prozent dar. Alle Meldungen wurden zeitnah bearbeitet, beantwortet und mit einer Verweisberatung versehen. Besonders schwerwiegende Vorfälle wurden priorisiert und an das Landeskriminalamt weitergeleitet. 436 Fälle konnten 2020 zur Anzeige gebracht werden. Das sind 80 Fälle mehr als im Vorjahr und über dreimal so viel wie im Jahr 2017.



Quelle: Darstellung der Meldestelle respect! im Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2020.

2 Dr. Michael Blume hat aus diesem Grund schon zu Beginn der Corona-Pandemie einen Podcast gestartet, der sich ausschließlich dem Thema Antisemitismus und Verschwörungsmymen widmet (vgl. Blume 2020).
 3 Weitere Informationen zum Messenger Telegram siehe bei Roodsari 2020.



Quelle: Darstellung der Meldestelle respect! im Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2020.

Die rasante Zunahme der Verbreitung von Verschwörungsmythen stellt eine neue, weitere Herausforderung dar. Menschen, die durch die ungewohnten und teilweise als bedrohlich empfundenen Lebensumstände in Zeiten der Pandemie verunsichert sind, werden offensichtlich anfälliger für Verschwörungsmythen⁴, die, verstärkt durch digitale Kommunikation, vereinfachte Erklärungen und ver-

meintlich „geheim gehaltene“ Informationen anbieten (vgl. Taylor 2020, S. 95-100). In der 2020 erschienenen Studie „Digitaler Faschismus“ sprechen Maik Fielitz und Holger Marcks vom „rechten Panikorchester“, das diese Verunsicherung gekonnt verstärkt und zu nutzen weiß (vgl. Fielitz/Marcks 2020).

4 Die psychologischen Gründe dafür stellt Steven Taylor in seinem im englischen Original im Herbst 2019, also vor dem Ausbruch der aktuellen COVID-19-Pandemie, erschienenen Buch mit dem Titel „Die Pandemie als psychologische Herausforderung“ ausführlich dar (vgl. Taylor 2020).

Eine Auswahl von Meldungen aus dem Jahr 2020

Diese Darstellung ist „prototypisch“ und vermittelt einen Querschnitt der eingegangenen Meldungen. Zudem wird deutlich, wie tagesaktuelle Geschehnisse sich in Hassbotschaften spiegeln oder diese in bereits vorhandene Kommunikationsschablonen in Echtzeit „eingebaut“ werden. Zu Jahresbeginn stand bei den eingehenden Meldungen die Herabwürdigung von Geflüchteten im Vordergrund.

Der muslimische Marokkaner Maurice P (29) rast in Tötungsabsicht seinen PKW in Rosenmontagszug. Es gibt Berichte über Verhaftungen von Zeugen, die mit ihrem Handy Aufnahmen machen. Vertuschung läuft wohl auf Hochtouren. Warum schweigt das Merkelregime so kollektiv und beharrlich? Ist es der falsche Täter? Sind es die falschen Opfer?

Abbildung 1 Quelle: Screenshot, Facebook, 27.01.2021

Zu Abbildung 1:

Diese Art von Fake News, in denen einem Täter ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, erhält die Meldestelle regelmäßig. In diesem Beitrag geht es um einen Anschlag am 24. Februar 2020 (vgl. Tagesschau 2020). Die Identität des Fahrers wurde dabei seitens der Behörden und der Medien nicht öffentlich gemacht. Trotz alledem wurden in den Sozialen Netzwerken ein Name und ein vermeintlicher Hintergrund des Täters verbreitet. Diese Informationen sind jedoch laut Mimikama, einer Plattform, die sich professionell der Aufklärung von Fake News widmet, ein Ergebnis einer falschen Übersetzung aus dem Niederländischen durch eine italienische Quelle. Diesen Fehler haben sich rassistisch motivierte User*innen zunutze gemacht (vgl. Nowotny 2020).

Nachdem das Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos gebrannt hatte, erreichte die Meldestelle unter anderem diese Meldung:



Abbildung 2 Quelle: Screenshot, Twitter, 27.01.2021

Zu Abbildung 2:

Rassistisch motivierte Verschwörungsmymen werden gegen journalistische Berichterstattung in die Welt gesetzt. Geflüchtete werden zu „junge[n] Chaoten“ gemacht, die „Europa in Brand setzen wollen“.

Die Meldestelle erreichten fast täglich Meldungen, deren Verfasser*innen Hass auf Politiker*innen angesichts der erlassenen Verordnungen zur Einschränkung der Ausbreitung des COVID-19-Virus ausdrückten.

Alle Verantwortlichen an die Wand stellen. Irgendwann ist das Maß voll. Immer mehr Experten und sogar das RKI sagen, dass es keine Daten darüber gibt, dass die Infektionen hauptsächlich aus der Gastronomie und ähnlichem kommen. Und trotzdem schließen wir die Läden, die sich brav an alles gehalten haben. Die Zeit der Worte wird immer weiter schwinden, bis irgendwann der erste erschossen wird, weil er sich gegen die Staatsmacht wehrt und frei atmen will. Abgeführt wird man dafür ja heute schon. Jeden Suizid durch verlorene Existenzen ist Ihre Schuld Frau Merkel, deren Blut klebt an Ihren Händen! Unsere Politiker sind ein Verbrecherpack sondergleichen. Alle an die Wand stellen wegen Verrat am eigenen Volk!

Abbildung 3 Quelle: Screenshot, Facebook, 27.01.2021

zu Abbildung 3:

Dieser Beitrag knüpft mit seinem Hass gegenüber Politiker*innen an die Schließung der Gastronomie im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie an. Er fordert: *Alle Verantwortlichen an die Wand stellen.*

Im Verlauf der Pandemie verschärfte sich der Ton gegenüber Politiker*innen zunehmend.

Klar. Schäuble, Merkel, Söder, Roth, Harbeck, Kahrs, Pöbel-Ralle, etc., all diese Polit-Verbrecher sind so gut wie tot, BRD befindet sich im Faschismus und WIR MÜSSEN diese Polit-Verbrecher wie Söder, etc. aufhalten und auch ggf. töten.

Ich bind ein Freund der Stauffenberg Methode und im Merkel-Faschismus dürfen WIR nicht zimperlich sein. Es klebt tonnenweise Blut an den Ploten des Merkel-Regimes. Tausende Menschen sind schon durch das Merkel-Regime ermordet worden.

An die Arbeit: Sturz des Merkel-Faschismus mit allen (!) Mitteln. Jetzt. [\[show less\]](#)

Abbildung 4 Quelle: Screenshot, Facebook, 27.01.2021

Zu Abbildung 4

Politiker*innen werden bei ihrem Namen genannt und es erfolgt ein Aufruf zu einem Attentat: „*Ich bind ein Freund der Stauffenberg Methode*“ (Schreibweise im Original). Die demokratisch gewählte Regierung wird dabei als „*Merkel-Regime*“ und als „*Merkel-Faschismus*“ verächtlich gemacht.

In den vergangenen Jahren waren die Meldungen mit antisemitischen Inhalten durch strafrechtlich relevante Äußerungen im Zusammenhang mit einer Holocaustleugnung und Holocaustrelativierung geprägt. Im Zusammenhang mit der Pandemie veränderte der Antisemitismus sein Gesicht.

Antisemitische Verschwörungsmythen verbreiten sich seit-her insbesondere über den Messenger-Dienst Telegram.

Die Zionisten wie Rothschild stecken hinter der Weltbank und UN, die Weltbank steckt hinter dem digitalen Identitätsprogramm ID4D/ID2020, und Corona ist ein trojanisches Pferd um ID4D weltweit zu etablieren! Wir sollen gechippt werden wie Schafe in der Massentierhaltung! Die einen bekommen nur Nano-Chips durch die Impfung, die anderen werden sterilisiert, wieder andere bekommen ne TODESSPRITZE! Für Zionisten sind wir wertlose Materie denn sie sind angeblich das "auserwählte Volk" deshalb ist es nach ihrer Logik auch alles völlig ok mit dem geplanten Völkermord!

Abbildung 5 Quelle: Screenshot, Facebook, 27.01.2021

Zu Abbildung 5:

Im Zentrum dieses Beitrags steht der alte antisemitische Mythos einer globalen Verschwörung. Dabei fungiert der Begriff des Zionisten als Chiffre für Jüd*innen (vgl. Anne Frank Haus o. J.). Die Corona-Pandemie wird als „*ein trojanisches Pferd*“ der Vereinten Nationen (UN) und der Weltbank dargestellt. Hierbei wird aus Einzelaspekten des UN-Entwicklungsprogramms „ID4D/ID2020“ (vgl. Kruchem 2020) und Gerüchten von Impfgegner*innen eine haltlose Geschichte konstruiert. Das Bild, welches auf diese Weise von Jüd*innen gezeichnet wird, ist nicht nur geeignet, ihrem Ansehen massiv zu schaden, sondern kann auch zu gewalttätigen Übergriffen führen.

Nur auf den ersten Blick paradox ist dabei die zunehmende Verbreitung von Stickern, Aufklebern und Plakaten, die das Thema der Impfung mit dem Davidstern verknüpfen. Solche Sticker wurden über bekannte Internetshops der rechten Szene gleich zu Beginn der Pandemie angeboten. Sie verbreiten sich auch rasch auf den sogenannten „Hygiene-demos“.



Abbildung 6 Quelle: Screenshot, 08.03.2021

Zu Abbildung 6:

Diese Sticker stellen aus Sicht der Meldestelle eindeutig eine Form des Antisemitismus dar, weil sie das imaginierte Leiden der Bürger*innen, die sich nicht impfen lassen wollen, mit dem Leiden der jüdischen Bevölkerung unter dem Nazi-Regime durch die Verwendung des Judensterns vergleichen. Eine strafrechtliche Relevanz im Sinne des Strafgesetzbuchs war nicht eindeutig feststellbar, jedoch verbot die Stadt München unter Androhung von Bußgeld das Tragen dieses Symbols (vgl. Kerler 2020).

Das folgende Meme wurde in den sozialen Netzwerken vielfach geteilt. Im Verlauf wurde es durch zusätzliche Aussagen ergänzt.



Abbildung 7 Quelle: Screenshot, Facebook, 26.01.2021

Zu Abbildung 7:

Der Judenstern mit der Aufschrift „Nicht geimpft“ allein wurde noch als strafrechtlich nicht relevant eingestuft. Dieser Beitrag wurde jedoch, wegen des zusätzlichen Textes „Die Jagd auf Menschen beginnt“, von der Meldestelle als strafrechtlich relevant im Sinne des § 130 StGB (Volksverhetzung) bewertet.

Im Sommer kam es zu einer Reihe von Schmierereien in Stuttgart mit dem Text: „Merkel ist Jüdin“ beziehungsweise „Merkel ist Jüdin“.



Abbildung 8 Foto: privat

Zu Abbildung 8:

Auf den ersten Blick verwundert es, wie die Person, die diese Schmierereien angebracht hat, auf die Idee kommt, dass Kanzlerin Angela Merkel, die hier wohl gemeint ist, jüdischer Herkunft sei.

Dies ist eine bekannte Form des Antisemitismus, der, wie Barbara Traub beschreibt, „Personen, die sich mit der jüdischen Bevölkerung solidarisieren und sich für diese einsetzen, zu Juden erklärt“⁵.

Die letzte Meldung des Jahres 2020 erreichte die Meldestelle am frühen Abend des 31. Dezember. Es war eine Meldung eines Posts in Form eines Memes aus dem Messenger-Dienst Telegram, mit dem Username „NSDAP International“. Die durch das Meme suggerierte Botschaft war eindeutig antisemitisch.



Abbildung 9 Quelle: Screenshot, Telegram, 27.01.2021

Zu Abbildung 9:

Durch die Darstellung von Adolf Hitler mit ausgestrecktem Hitlergruß und dem Zeigen des Hakenkreuzes in einem öffentlichen Kanal erfüllt dieser Post aus Sicht der Meldestelle die Tatbestände des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB). Dem Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg wurde eine Anzeige gegen unbekannt übermittelt.

5 Barbara Traub im Rahmen einer Online-Fortbildung mit dem Titel „Antisemitismus begegnen“. Veranstaltet von der Fachstelle „kompetent vor Ort. gegen Rechtsextremismus“ des Demokratiezentrum Baden-Württemberg am 26.01.2021.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (o. J.): Was ist Hate Speech? Amadeu Antonio Stiftung, ohne Datum. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/digitale-zivilgesellschaft/was-ist-hate-speech/>, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Anne Frank Haus (o. J.): Sind alle Juden Zionisten? Anne Frank Haus, ohne Datum. Online verfügbar unter <https://www.annefrank.org/de/themen/antisemitismus/sind-alle-juden-zionisten/>, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Blume, Michael (2020): Neuer Podcast Verschwörungsfragen: Was ist das Problem mit Verschwörungsglauben? Spektrum/SciLogs, 23.03.2020. Online verfügbar unter <https://scilogs.spektrum.de/natur-des-glaubens/neuer-podcast-verschwoerungsfragen-was-ist-das-problem-mit-verschwoerungsglauben/>, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus. Die Sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin.

Kerler, Christine (2020): NS-Vergleiche auf Corona-Demos: München verbietet gelben Stern. BR online, 30.05.2020. Online verfügbar unter <https://www.br.de/nachrichten/bayern/ns-vergleiche-auf-corona-demos-muenchen-verbietet-gelben-stern,SOTdKpG>, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Kruchem, Thomas (2020): Digitale Identität aller Menschen – Fortschritt oder globale Überwachung? SWR2 online, 03.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swr2/wissen/digitale-identitaet-aller-menschen-fortschritt-oder-globale-ueberwachung-swr2-wissen-2020-11-03-100.html>, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Nowotny, Ralf (2020): „Maurice P. Hij“ – War der Täter von Volkmarsen Marokkaner? (Faktencheck). Mimikama, 28.02.2020. Online verfügbar unter <https://www.mimikama.at/aktuelles/maurice-p-hij-war-der-taeter-von-volkmarsen-marokkaner-faktencheck/>, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Roodsari, Ali Vahid (2020): Hier will der Wendler künftig seine Botschaften verbreiten. T-Online, 09.10.2020. Online verfügbar unter https://www.t-online.de/digital/internet/id_87872760/telegram-was-steckt-hinter-dem-messenger-telegram-.html, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Tagesschau (2020): Auto rast in Rosenmontagszug. Tagesschau online, 24.02.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/vorfall-volkmarsen-101.html>, zuletzt geprüft am 12.02.2021.

Taylor, Steven (2020): Die Pandemie als psychologische Herausforderung. Ansätze für ein psychosoziales Krisenmanagement. Gießen.

Jürgen Hofäcker

Meldestelle „respect!“

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 11 62

74370 Sersheim

Tel.: 0 70 42 / 83 17 47

Fax: 0 70 42 / 83 17 40

E-Mail: respect@demokratiezentrum-bw.de

www.jugendstiftung.de

Die vierte Welle: Islamismus in Deutschland als soziale Bewegung?



Prof. Dr. Jens Ostwaldt

Prof. Dr. Jens Ostwaldt ist Professor für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Radikalisierung und Extremismus an der IU – Internationale Hochschule. Zuvor leitete er die Fachstelle PREvention zur Prävention von religiös begründetem Extremismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Die Fachstelle „PREvention – Prävention von religiös begründetem Extremismus“ entwickelt Maßnahmen und Strategien für die Präventionsarbeit im Bereich der Radikalisierung junger Menschen im Kontext des religiös begründeten Extremismus. Sie bietet Fach- und Beratungskompetenz und vernetzt relevante Akteur*innen im Themenfeld der Präventionsarbeit.

Die salafistische und islamistische Szene in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Wie bereits im Bericht „Antidemokratische Vorfälle“ für das Jahr 2018 dargestellt, lässt sich diese Entwicklung in bislang drei Wellen der Radikalisierung systematisieren (vgl. Ostwaldt 2018). Eine vierte Welle wurde zum damaligen Zeitpunkt vermutet. Haben sich die damaligen Annahmen bestätigt?

Drei Wellen neosalafistischer Radikalisierung

Der Vollständigkeit halber sollen im Folgenden kurz die drei Wellen neosalafistischer Radikalisierung nach Trusheim (2015) dargestellt werden. Bevor im Jahr 2003 die ersten neosalafistischen Prediger um Pierre Vogel und Ibrahim Abou-Nagie auf den Plan traten, war „Salafismus“ allenfalls islamwissenschaftlich gebildeten Menschen ein Begriff. Dies änderte sich mit großen Kundgebungen und öffentlichkeitswirksamen Auftritten charismatischer Prediger sehr schnell. Der Neosalafismus wurde mit Hilfe von Predigernetzwerken und Missionierungsaktivitäten, wie z. B. des 2005 gegründeten und mittlerweile verbotenen Vereins *Die wahre Religion*, der die Koranverteilung *LIES!* umsetzte, zu einer fundamentalistischen Bewegung mit jugendsubkulturellem Charakter. Diese Phase der Etablierung neosalafistischer Glaubensinhalte in Deutschland als deutschsprachiges Angebot einer vermeintlich islamischen Religionsausübung in jugendaffinem Gewand bezeichnet Volker Trusheim als die erste Welle des Neosalafismus in Deutschland (vgl. Trusheim 2015, S. 255-256). Die zweite Welle erstreckte sich bis ins Jahr 2012 hinein. Die neosalafistische Szene hat sich in einem Jahrzehnt strukturell und qualitativ gewandelt. Die bis dato primär auf Mission und gesellschaftliche Einflussnahme fokussierte Ausrichtung der Szene wich einer zunehmenden gewaltaffinen Radikalisierung, die zu vermehrten Ausreisebewegungen vor allem junger Menschen in Richtung Somalia und Afghanistan führte. Die sich daran anschließende dritte Welle speist sich aus den Entwicklungen der ersten beiden Wellen. Das Narrativ, in einen vermeintlich islamischen Staat, zur Terrororganisation IS auszuwandern, verbindet sich mit radikalierenden Strukturen in Deutschland zum sogenannten „homegrown terrorism“, also der Radikalisierung junger Menschen, die zu großen Teilen die deutsche Staatsbürgerschaft haben und auch in Deutschland geboren wurden. Mit dem territorialen Zusammenbruch des IS wurde eine hohe Anzahl an nach Deutschland zurückkehrenden IS-Kämpfer*innen erwartet. Das hat sich nur teilweise bestätigt, da deutsche IS-Kämpfer*innen weiterhin in Gefangenschaft sind, noch immer in den Reihen des IS kämpfen oder in

Kampfhandlungen ums Leben kamen. Bislang sind etwas mehr als 350 Personen nach Deutschland zurückgekehrt (vgl. Rheinische Post 2020).

Islamismus und Salafismus in Deutschland: Die vierte Welle

In den vergangenen Jahren hat sich vor allem die salafistische Szene ins Private zurückgezogen. Aufgrund des erhöhten Verfolgungsdrucks durch die Sicherheitsbehörden war eine „Radikalisierung von der Kanzel“ innerhalb radikaler Moscheen, wie sie in den 2000er-Jahren stattfand, nicht mehr möglich. Selbst einschlägige Moscheen dienen Neosalafist*innen nur noch als Ort, um mit Muslim*innen in Kontakt zu treten. Aufgrund der erhöhten Sensibilität islamischer Vereine und Verbände radikalen Einzelpersonen und Gruppen gegenüber gestaltet sich aber auch dies zusehends schwierig (vgl. Ostwaldt 2020b).

Auf dieser Grundlage können drei Trends identifiziert werden, die die Terminologie einer *vierten Welle der Radikalisierung* möglicherweise rechtfertigen:

1. Neue Akteur*innen gewinnen an Strahlkraft

Bis vor wenigen Jahren waren die zuvor genannten Gruppierungen, wie z. B. *Die wahre Religion* mit ihrer Kampagne *LIES!*, eine zentrale Größe in der salafistischen Szene. Dies hat sich mit dem Aufkommen neuer Gruppierungen geändert. Neue Akteur*innen füllen seit geraumer Zeit die Lücke, die das Verbot der *LIES!*-Kampagne hinterlassen hat. Diese Gruppierungen werden bisweilen als „Peripherie des Extremismus“ (Baaken et al. 2019) beschrieben. Gemeint ist damit, dass sie ihre Inhalte jenseits einer offen extremistischen Agenda positionieren. Im folgenden Punkt kommen wir darauf zurück. Diese neuen Gruppierungen, allen voran *Generation Islam* und *Realität Islam*, können dem Umfeld der *Hizb ut-Tahrir* zugerechnet werden, eine mit einem Betätigungsverbot belegte islamistischen Organi-

sation, deren Personenpotenzial bundesweit zwar nur 430 Personen beträgt (das Personenpotenzial salafistischer Bestrebungen wird bundesweit auf ca. 12.150 Personen beziffert, vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2019, S. 181), die jedoch durch ebensolche Umfeldorganisationen erheblich größere Reichweiten generieren kann. Die *Hizb ut-Tahrir* wurde 1952 in Jordanien gegründet und verfolgt das Ziel, einen islamischen Staat in Form eines Kalifats zu etablieren, der sukzessive expandiert. Als Grundlage dieses Staates fungiert eine Interpretation der islamischen *sharia* als islamisches Recht, die als „mittelalterlich“ (Ahmed/Stuart 2009, S. 13) bezeichnet werden kann. In diesem Zuge möchte die *Hizb ut-Tahrir* alle Muslim*innen weltweit bis zu dem Punkt vereinen, an dem das Kalifat weltumspannend ist. Ihre Methoden sind gewaltablehnend, die Ideologie steht jedoch in klarem Widerspruch zu demokratischen Prinzipien. Die *Hizb ut-Tahrir* kann dem islamistischen¹, nicht jedoch dem salafistischen Spektrum zugeordnet werden.

Auffällig ist, dass – nach Jahren der Stagnation aufgrund eines Betätigungsverbots in Deutschland – seit 2003 das Personenpotenzial der *Hizb ut-Tahrir* im Jahr 2019 signifikant um 80 Personen gestiegen ist und die Aktivitäten derjenigen Gruppierungen, die ihr zugerechnet werden, ebenfalls Hochkonjunktur haben. Zu diesen zählen insbesondere die Gruppierungen *Generation Islam* und *Realität Islam*.

„Mit ihrer Propaganda schüren diese Gruppierungen Ängste und Misstrauen gegenüber der Rechtsstaatlichkeit und erzeugen eine ablehnende Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Zudem spielen die von ihnen besetzten Themen im Rekrutierungsprozess der HuT [*Hizb ut-Tahrir*; Anm. d. Verf.] eine wesentliche Rolle.“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020)

Zu dieser Einschätzung kommt das Bundesamt für Verfassungsschutz, der an dieser Stelle vorbehaltlos zugestimmt werden kann. Allein über Facebook erreichen die beiden Gruppierungen gemeinsam mehr als 110.000 Personen

1 Der Autor bezieht sich hier auf die Definition nach Seidensticker 2014, S. 9, wonach Bestrebungen dann als islamistisch bezeichnet werden können, wenn sie als Ziel haben „Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden“ umzugestalten.

und auch auf YouTube haben fast 60.000 Personen (Stand: 25. Januar 2021) deren Kanäle abonniert. Darüber hinaus schaffen sie es auch realweltlich, also offline, viele Menschen zu erreichen; so z. B. über eine Petition mit dem Titel „Nicht ohne mein Kopftuch!“, die sich im Jahr 2018 gegen das diskutierte Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren richtete und mehr als 100.000 Unterschriften erhielt (ISD 2018).

Neben diesen beiden Gruppierungen ist im letzten Jahr eine weitere Gruppe entstanden, die sich *Muslim Interaktiv* nennt. Auch sie wird dem Umfeld der *Hizb ut-Tahrir* zugeordnet (vgl. Behörde für Inneres und Sport Hamburg 2020). Während die beiden zuvor genannten Gruppierungen ihre Tätigkeitsschwerpunkt im Rhein-Main Gebiet haben, wirkt *Muslim Interaktiv* vor allem im Raum Hamburg. Für Baden-Württemberg konnten in den letzten Jahren vereinzelt Aktivitäten beobachtet werden. Der Schwerpunkt der Aktionen liegt jedoch auf Online-Aktivitäten.

2. Fokusverschiebung auf Ideologisierung jenseits des Extremismus

Mit der Etablierung dieser Gruppierungen geht eine Fokusverschiebung einher. Während die Propaganda islamistischer und auch salafistischer Akteur*innen in den letzten Jahren vor allem durch jihadistische Motive geprägt war bzw. auf eine potenzielle Ausreise zum IS ausgerichtet war, fehlt dieses Fernziel nun. Diese Verschiebung kommt den zuvor genannten Vorfeldorganisationen der *Hizb ut-Tahrir* zugute, denn diese verfolgen das Ziel, die Gesellschaft im vorpolitischen Raum mit ihrer islamistischen Ideologie zu erreichen, um langfristig Einfluss auszuüben und die Gesellschaft umzugestalten. Die Methoden und Inhalte, die dieser Strategie zugrunde liegen, bewegen sich jenseits klar extremistischer Ausrichtungen und wirken subtiler – nicht in Bezug auf die Art und Weise ihrer Inszenierung, sondern vielmehr bezüglich der Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche Diskurse bzw. an Diskurse, die z. B. unter Muslim*innen in Deutschland geführt werden. Ein zentrales Narrativ ist dabei die Islamfeindschaft in Deutschland, die in verschiedenen Formaten, vor allem in Form von Videos und sog. Sharepics, polarisierend thematisiert wird. Es steht außer Frage, dass

islamfeindliche Positionen in Deutschland weit verbreitet sind (vgl. Decker et al. 2020, S. 64f.).

Einen aktionsorientierten Ansatz verfolgt hingegen die relativ neue Gruppierung *Muslim Interaktiv*. Auch ihre Akteur*innen sind mit Videos und Sharepics vor allem auf Instagram und YouTube vertreten. Diese Kanäle dienen jedoch primär dazu, ihre Aktionen darzustellen. So haben sie z. B. auf die Haltung des französischen Staatspräsidenten Macron in Bezug auf die Ermordung des Lehrers Samuel Paty im Oktober 2019 reagiert, indem sie ihm, unterstützt durch die Äußerungen des türkischen Präsidenten Erdoğan, Islamfeindlichkeit vorwarfen. Am 3. November 2020 demonstrierte *Muslim Interaktiv* vor der französischen



Screenshot des Instagram-Auftritts der Gruppierung „Muslim Interaktiv“. Quelle: Instagram-Kanal „musliminteraktiv“ vom 03.11.2020.

Botschaft in Berlin (Abb. 1). Diese Demonstration und auch weitere Aktionen – z. B. Autokorsos in der Hamburger Innenstadt – werden durch Videos begleitet und dokumentiert, die sowohl auf dem Instagram-Kanal als auch auf dem YouTube-Kanal verfügbar sind.

Die Strategien der genannten Gruppierungen zielen darauf ab, gesellschaftliche Diskurse mit polarisierenden Beiträgen weiter anzufachen. Dabei geben sie nach außen hin zwar vor, an einer Lösung interessiert zu sein, arbeiten jedoch nach innen an einer Spirale der Polarisierung. Eine solche Strategie lässt sich treffend als dysfunktional im Sinne eines konstruktiven gesellschaftlichen Diskurses beschreiben. Das Anbieten dysfunktionaler Lösungsstrategien ist eines

der Kernkonzepte radikalisierender Akteur*innen: In Form von auf den ersten Blick konstruktiv wirkenden Lösungsvorschlägen werden Gesprächsangebote an die Gesellschaft oder die Politik formuliert, die jedoch von vornherein das Ziel haben, abgelehnt zu werden, um auf diese Weise die eigenen Anhänger*innen und Sympathisant*innen von der Notwendigkeit einer polarisierenden Agenda zu überzeugen.

3. Identitätsangebote jenseits von Gewalt gewinnen an Attraktivität

Wie auch in den vorhergegangenen Wellen neosalafistischer und islamistischer Radikalisierung spielen Identitätsangebote in der vierten Welle eine zentrale Rolle. Die zuvor dargestellte Strategie der Beeinflussung des vorpolitischen Raums kann nur dann erfolgreich sein, wenn alternative Identitätsangebote formuliert werden. Das ist in dieser Form nichts Neues. Neu ist jedoch, dass diese Angebote als muslimische Alternativangebote vor allem bei jungen Menschen verfangen, weil sie sich den Anstrich einer sozialen Bewegung geben. Soziale Bewegungen können grundlegend folgendermaßen definiert werden:

„Eine soziale Bewegung ist ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen.“ (Rucht 1994, S. 76f.)

Inwiefern es sich bei den genannten Gruppierungen tatsächlich um soziale Bewegungen per definitionem handelt, müsste wissenschaftlich unterfüttert werden. Deshalb bewegen wir uns hier auf der hypothetischen Ebene. Es scheint jedoch so, als würde zumindest ein Teil dieser Definition zutreffen, denn die vorgestellten Gruppierungen können möglicherweise, im Gegensatz zu den Gruppierungen der ersten drei Wellen, eben jene auf Dauer ausgerichtete kollektive Identität offerieren. Was schlussendlich bedeutet, dass die Wirkung ihrer Methoden und Strategien sehr viel nachhaltiger sein könnte, als es islamistische und neosalafistische Propaganda bisher waren.

Was bedeuten diese Entwicklungen für die Präventionspraxis?

Anknüpfend an die vorhergehende Analyse stellt vor allem die möglicherweise nachhaltige Wirkung islamistischer Identitätsangebote eine zentrale Herausforderung dar. Möglicherweise deshalb, weil dazu bisher die empirische Grundlage fehlt. Sicher ist jedoch, dass die Strategien und Methoden der dargestellten Gruppierungen eine Anpassung der Präventionsstrategien notwendig erscheinen lassen. Das Erkennen salafistischer Radikalisierung anhand von Codes and Styles kann nicht zentraler Gegenstand von Fortbildungen bleiben. Es geht vielmehr darum, Fachkräfte jeglicher Richtung im Umgang mit Identitätsangeboten zu schulen. Dies ist zwar weit weniger konkret als das Vermitteln spezifischer Symbole und Kleidungsstile, führt jedoch letztlich zu einer adäquaten pädagogischen Antwort auf die dargestellten Herausforderungen. Die sog. Regelstrukturen Sozialer Arbeit, insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit in offenen und mobilen Ansätzen, können dabei entsprechende Wirkung entfalten. Wichtig ist hier jedoch: Kinder- und Jugendarbeit sind nicht als Präventionsmaßnahme konzipiert, sie können jedoch durchaus präventiv wirken.

Auch für die gesellschaftliche und politische Sphäre ergeben sich Schlussfolgerungen aus den dargestellten Entwicklungen. Die wichtigste bleibt weiterhin: Polarisierend geführte Diskussionen und Debatten nutzen immer nur radikalisierenden Akteur*innen, denn aus diesem Holz sind deren Narrative geschnitzt, der Islam und die Muslim*innen in Deutschland würden unterdrückt. Die Rolle islamischer Vereine und Verbände in Deutschland muss im Zuge dieser Entwicklung klarer definiert werden. Sie können eine wichtige Rolle im Umgang mit solchen alternativen Identitätsangeboten spielen (vgl. Ostwald 2020a), sofern sie selbst auf Identitätspolitik in über die Ausübung der Religion hinausgehenden Belangen verzichten. Aber es muss weiterhin gelten: Das Ernstnehmen von Ängsten und der berechtigten Kritik an islamfeindlichen Einstellungen in Deutschland bildet die Grundlage dafür, mit konstruktiver Kritik und Angeboten (junge) Menschen für die Demokratie zu gewinnen.

Literatur

Ahmed, Houriya; Stuart, Hannah (2009): Hizb ut-Tahrir. Ideology and Strategy. The Centre for Social Cohesion. Online verfügbar unter <http://henryjacksonsociety.org/wp-content/uploads/2013/01/HIZB.pdf>.

Baaken, Till; Hartwig, Friedhelm; Meyer, Matthias (2019): Die Peripherie des Extremismus auf YouTube. Online verfügbar unter https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2020/03/modus_insight_Die_Peripherie_Des_Extremismus_auf_YouTube2020.pdf.

Behörde für Inneres und Sport Hamburg (2020): „Muslim Interaktiv“: Neue Hamburger Gruppierung mit Nähe zur Hizb ut-Tahrir (HuT). Online verfügbar unter <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/14709388/islamismus-muslim-interaktiv-hut/>, zuletzt geprüft am 16.12.2020.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2019): Verfassungsschutzbericht 2019.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara; Pickel, Gert; Brähler, Elmar (2020): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psycho-sozial-Verlag, S. 27–88.

ISD (2018): OCCI DE Insight Report. Plattformwanderung als Folge der Entfernung rechtsextremer Profile, neonazistische Propaganda und die islamistische Gruppe „Generation Islam“. Online verfügbar unter http://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/06/IR-Juni-OCCI_DE.pdf, zuletzt geprüft am 04.10.2019.

Ostwaldt, Jens (2018): Neosalafistische Radikalisierung und deren Herausforderung. In: Sinja Wernz und Wolfgang Antes (Hg.): Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg. Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2017. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S. 27–29.

Ostwaldt, Jens (2020a): Islamische und migrantische Vereine in der Extremismusprävention. Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main.

Ostwaldt, Jens (2020b): Stigmatisierung durch Prävention. Herausforderung für die islamische und migrantische Zivilgesellschaft. In: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit* (4), S. 288–295.

Rheinische Post (2020): Rückkehrer aus Irak und Syrien. 90 IS-Kämpfer sind zurück in Nordrhein-Westfalen. RP-online, 15.08.2020. Online verfügbar unter https://rp-online.de/nrw/panorama/is-rueckkehrer-aus-syrien-und-irak-in-nrw-und-deutschland_aid-52765825, zuletzt geprüft am 05.02.2021.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/Main: Campus-Verl.

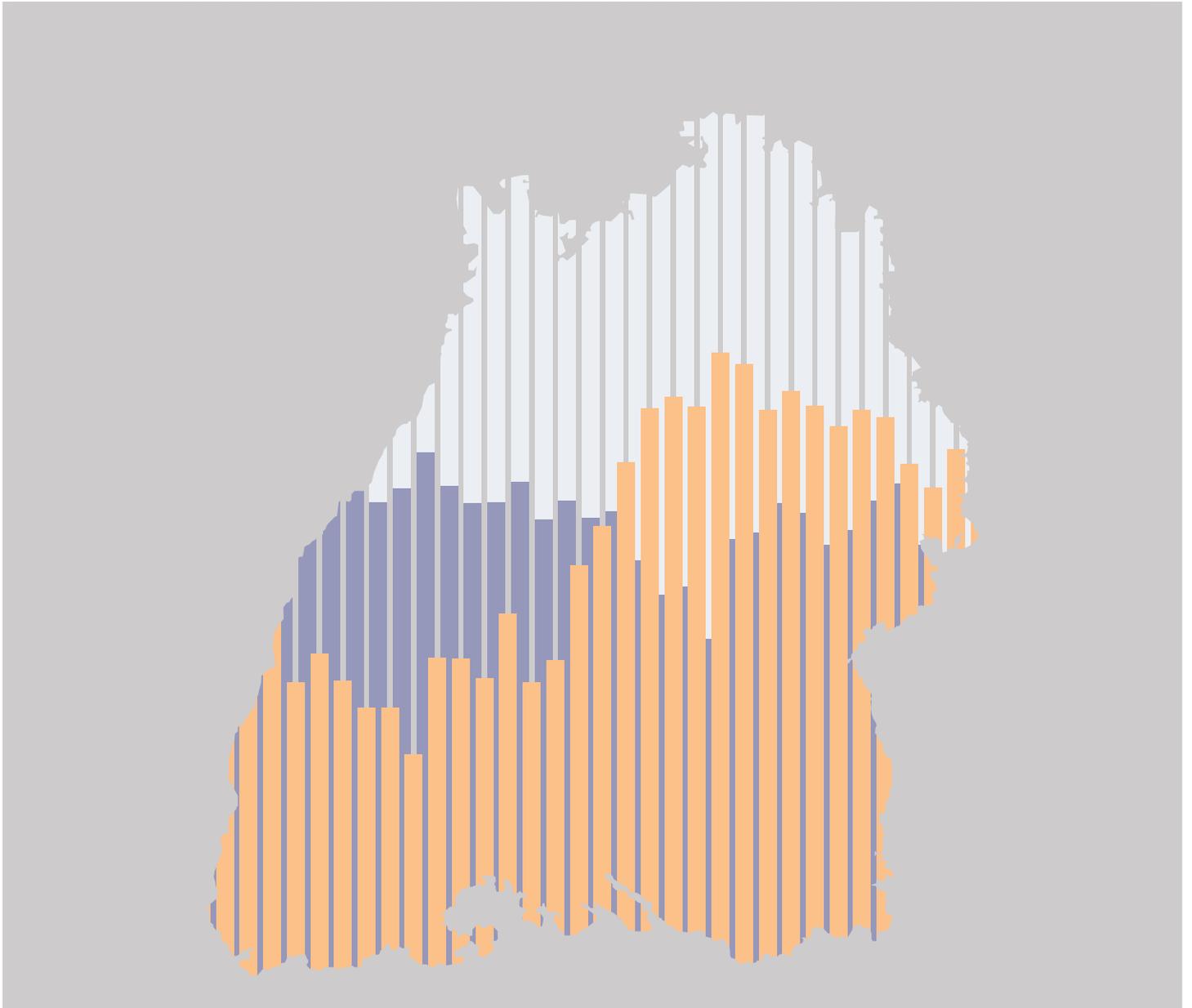
Seidensticker, Tilman (2014): Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen. München: C.H. Beck.

Trusheim, Volker (2015): Die „dritte Welle“? Die Bedrohung durch den extremistischen Salafismus in Deutschland. In: Dietmar Molthagen (Hg.): Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, S. 245–257.

Fachstelle „PREvention“
Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 11 62
74370 Sersheim
Tel.: 0 70 42 / 83 17 11
Fax: 0 70 42 / 83 17 40
E-Mail: prevention@demokratiezentrum-bw.de
www.jugendstiftung.de

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2020



Schutzsuchende und Minderheiten betroffen

Vorfälle im Bereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2020

Zum fünften Mal gibt das Demokratiezentrum Baden-Württemberg einen chronologischen Überblick über antidemokratische Vorfälle, die sich dem Phänomenbereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuordnen lassen.

Grundlage für die Darstellung bilden wie in den Vorjahren die Recherche von Medienberichten, deren anschließende Kategorisierung sowie die Auswertung von Drucksachen des Bundestags.

Mit *Übergriffen auf Geflüchtete, antimuslimische Straftaten und Islamfeindlichkeit* lassen sich auch im Jahr 2020 Schwerpunkte ausmachen, die nahelegen, dass gerade besonders Schutzbedürftige und Minderheiten grundsätzlich in einem besonders hohen Maße von solchen Vorfällen betroffen sind. Obwohl ein Rückgang bei diesen Kategorien festzustellen ist, bleiben die Zahlen trotz der Covid-19-Pandemie auf einem hohen Niveau. Spürbar zugenommen hat die Anzahl der hier erfassten Vorfälle von Antisemitismus.

Methodik und konzeptionelle Grundlagen

Der vorliegende Bericht gibt eine Übersicht zu antidemokratischen Vorfällen, die feindselige Einstellungen von Personen gegen andere Individuen oder Menschengruppen zum Ausdruck bringen. Dabei wurden Vorfälle aufgenommen, die sich in die Varianten des „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (im Folgenden: GMF) nach Heitmeyer in der Version der 2014 erschienenen sogenannten Mitte-Studie von Andreas Zick und Anna Klein (Zick und Klein 2014) einordnen lassen.

Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, das von dem Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heit-

meyer erforscht wurde (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 10, 2011), bildet die konzeptionelle Grundlage dieser Publikationsreihe. Der Begriff GMF bezeichnet „die Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen, die an Merkmalen wie Geschlecht, Nationalität, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft oder auch physischer oder psychischer Konstitution festgemacht wird“ (Zick, Küpper und Krause 2016).

Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Analyse von (problematischen) Entwicklungen in der Gesellschaft und der Berichterstattung über das Vorhandensein von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Da dieser Bericht real geschehene Ereignisse und Handlungen sammelt und beschreibt, können die Phänomenbereiche der GMF nicht immer zu 100 Prozent passgenau als Schablone über jeden einzelnen der beschriebenen Vorfälle gelegt werden. Dies liegt vor allem daran, dass die Merkmale in konkreten Fällen kumuliert auftreten können. Schon die Verwendung des Begriffs „Syndrom“ in der Benennung des Konzepts impliziert das gleichzeitige Vorliegen mehrerer unterschiedlicher Merkmale sowie eines gemeinsamen Kerns (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 10, 2011).

Diesen Kern bildet in allen Fällen das grundsätzliche Infragestellen der Gleichwertigkeit aller Menschen bzw. der Daseinsberechtigung anderer Personengruppen. Eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“, wie sie Heitmeyer bezeichnet (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 1, 2002), die einer nach demokratischen Grundwerten organisierten Gesellschaft diametral entgegensteht.

Gerade deshalb erweist sich das Konzept als hilfreich in der Kategorisierung von antidemokratischen Vorfällen, wie sie im vorliegenden Bericht vorgenommen wird. Wichtiger Vorteil des Konzepts von GMF ist dabei

die Möglichkeit der Darstellung eines Zusammenhangs von Handlung zur Einstellung.

Zu beachten ist, dass Merkmale der GMF nicht nur an sozialen Rändern des gesellschaftlichen Gefüges auftreten, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen können.

Die Phänomenbereiche

Der vorliegende Bericht setzt den Schwerpunkt in den Bereichen rassistischer, antisemitischer, fremdenfeindlicher, islamfeindlicher und religiös begründeter Vorfälle. Darüber hinaus wurden Vorfälle mit Bezug zu sogenannten „Reichsbürger*innen“ und der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ sowie politisch motivierte Abwertungen mit aufgenommen.

Die systematische Abwertung und Ausgrenzung Andersdenkender ist Merkmal aller politisch extremen oder religiös extremistischen Strömungen. Über die Abgrenzung zu „Anderen“ wird Identität gestiftet und die eigene Gruppierung überhöht. So sind Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit, wesentliche Merkmale des Rechtsextremismus.

Der Bericht stellt die zusammengetragenen Vorfälle chronologisch nach Monaten geordnet dar. Eine Sortierung der Fälle nach Regionen oder Landkreisen wird auch diesmal vermieden. Grund dafür ist die Tatsache, dass es sich bei den vorliegenden Fällen zumeist um Ereignisse mit überregionalen, gesamtdeutschen, teilweise internationalen oder gar globalen Bezügen handelt, für die Gemeinde-, Landkreis- oder Bundesländergrenzen keine und Staatsgrenzen nur eine geringe Rolle spielen (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg ohne Erscheinungsjahr und 2020). Gerade im Bundesland Baden-Württemberg, das mit Frankreich, Österreich und der Schweiz Grenzen zu drei Staaten aufweist, die relativ problemlose Übertritte ermöglichen, muss dieser Fakt bei der Beobachtung von antidemokratischen Vorfällen besonders berücksichtigt werden.

Neben Vorfällen mit strafrechtlicher Relevanz werden im Bericht teilweise auch Vorkommnisse unterhalb dieser

rein juristisch definierten Schwelle dargestellt. Dass Taten auch tatsächlich zu rechtskräftigen Verurteilungen führen, ist sicherlich ein wichtiger Anhaltspunkt in deren weiterer Bewertung. Antidemokratische Einstellungen können allerdings auch ohne die Erfüllung dieses Kriteriums vorhanden und objektiv identifizierbar sein (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 10, 2011).

Ziel des Berichts ist es, auch weiterhin in den kommenden Jahren zusätzliche Merkmale Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in seine Auswertung und Darstellung einzubeziehen. Außerdem werden in Zukunft besonders der Raum der sozialen Netzwerke und die dort stattfindenden Äußerungsdelikte verstärkt in den Blick genommen. Hier besteht ein enger Zusammenhang zu „respect! Meldestelle Hetze im Internet“.

Rechtsextremismus

Nach Richard Stöss beschreibt der Begriff des Rechtsextremismus die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie Nationalismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus und Ethnozentrismus (Stöss 2010). Die Handlungen aufgrund dieser Einstellungen reichen von entsprechendem Wahlverhalten über die Mitgliedschaft in rechtsextremen Gruppierungen bis hin zur Gewaltausübung. Stöss weist darauf hin, dass sich bei einer rechtsextremen Grundeinstellung das eigene Verhalten weiter radikalieren kann „bis hin zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild“ (Salzborn 2015).

Grundsätzlich gilt, dass sich das Phänomen „Rechtsextremismus“ als sehr komplex darstellt. Jeder spezifische Vorfall kann somit nur in seiner individuellen Eigenart untersucht werden. Und konsequenterweise müssen nicht alle Merkmale von Rechtsextremismus im Kontext eines konkreten Vorfalles auftreten, damit dieser als „rechtsextrem motiviert“ gelten kann. Für eine Eingruppierung in diese Kategorie reicht es vielmehr aus, wenn wesentliche Grundstrukturen rechtsextremer Orientierungen geteilt werden (Salzborn 2015).

Linke Militanz

Erfasst werden zwei Varianten antidemokratischen Verhaltens:

Aus *ideologischer Perspektive* lassen sich unter dem Begriff Mitglieder randständiger Gruppierungen fassen, die auf Basis linker Politikentwürfe „[...] zentrale Elemente der Demokratie wie Menschenrechte, Wahlen und Rechtsstaatlichkeit unter den Tisch kehren, offen historische und aktuelle diktatorische Regime verherrlichen und von oben herab einen ‚neuen Menschen‘ formen wollen“ (Wurzel 2017).

Auf der *Ebene des Verhaltens* beschreibt der Terminus Akteur*innen, die sich selbst als politisch links verstehen, zu deren Selbstverständnis aber natürlicherweise die Anwendung von Gewalt gegen Andersdenkende als legitimes Mittel der Bekundung von Interessen oder deren Durchsetzung gehört (Wurzel 2017).¹

Gewalt muss sich in dieser Definition nicht explizit gegen Menschen richten. Auch die mutwillige Beschädigung von Sachen, mit dem erkennbaren Motiv der Einschüchterung der Betroffenen oder dem Ziel der Verbreitung antidemokratischer Ideologien, ist in die vorliegende Definition mit einbezogen.

Die in den Bericht aufgenommenen Fälle mit Bezug zu diesem Phänomenbereich lassen sich ausschließlich dieser zweiten Variante zuordnen. Der Phänomenbereich „Linke Militanz“ steht damit in einem engen Zusammenhang mit dem Merkmal der „Abwertung politisch Andersdenkender“, das solche politisch motivierten Angriffe explizit miterfasst.

Die Analyse dieses Phänomenbereichs wird allerdings durch die verstärkte Tendenz Rechter und rechtsextremer Kreise, Begriffe wie „Linksterrorismus“ oder „Linksfaschismus“ zu benutzen, um rechtsextrem motivierte Vorfälle zu relativieren, erschwert.

Religiös begründeter Extremismus

Die Anwendung des GMF-Konzepts erscheint nicht nur im Bereich des Rechtsextremismus sinnvoll, sondern auch bei der Bewertung salafistischer Ideologien. „Werden sogenannte islamistische oder salafistische Ideologien ebenfalls als Form der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verstanden, verringert sich die Gefahr einer korrelativen Gleichsetzung von Religion und Ideologie“ (Qasem 2015), weil religiös-extremistische Einstellungen nicht pauschal etikettiert werden, sondern vielmehr in ihrer spezifischen Ausprägung, z. B. als antisemitisch, beschrieben werden können. Darüber hinaus ist es auf dieser Grundlage möglich, Wechselwirkungen zwischen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus und auch deren ideologische Überschneidungen – gemeinhin als Brückennarrative (Meiering et al. 2019) bezeichnet – zu beschreiben. Diese äußern sich z. B. in Form spezifischer Geschlechterbilder oder von Verschwörungstheorien.

Auch für die präventive Arbeit gegen Formen religiös begründeter Radikalisierung bietet die Anwendung des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit die Möglichkeit, mit Ansätzen der (Sozial)Pädagogik einzelne Elemente z. B. der salafistischen Ideologie zu bearbeiten. Fachkräfte müssen somit kein auf die Ideologie bezogenes Expertenwissen aufbauen, sondern können mit erprobten Methoden einzelne Einstellungsmuster bearbeiten (Coquelin und Ostwaldt 2020).

Die dargestellten antidemokratischen Vorfälle zeigen, dass im Kontext des religiös begründeten Extremismus weiterhin der Salafismus eine bedeutende Rolle spielt. Dem muss in der Beobachtung antidemokratischer Vorfälle weiterhin eine große Aufmerksamkeit entgegengebracht werden – insbesondere vor dem Hintergrund von strukturellen Veränderungsprozessen in der salafistischen Szene.

¹ Für vertiefende Betrachtungen vergleiche: Schroeder, Klaus und Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Peter Lang Edition, Frankfurt am Main, 2015.

Grenzüberschreitender Extremismus

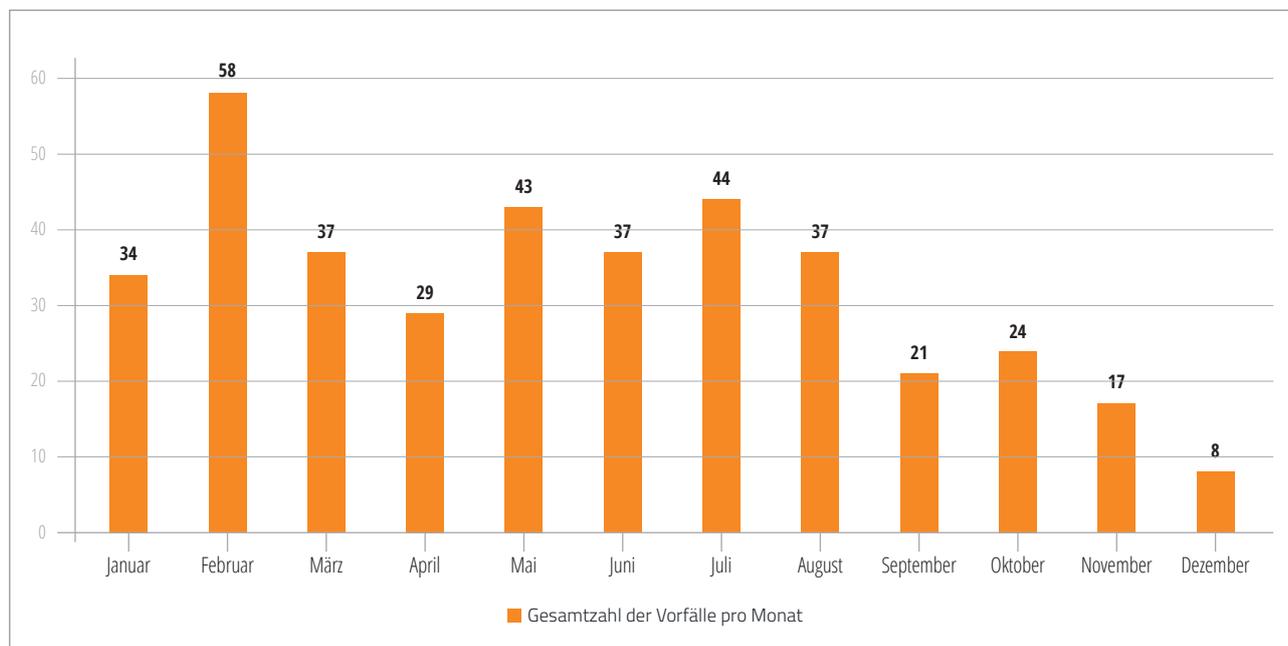
Weder in Narrativen noch in ihren Handlungen bewegen sich extremistische Gruppierungen innerhalb von Bundesland- oder Nationalstaatsgrenzen. Antisemitische Äußerungen beziehen sich häufig auf Konflikte, die weit außerhalb der deutschen Staatsgrenzen ausgetragen werden, und die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ sieht explizit den Erhalt der *jahrtausendealten Völkerfamilie Europas* als eine wichtige Triebfeder des täglichen Handelns ihrer Mitglieder (Identitäre Bewegung Deutschland e. V. 2020). Die Beobachtung und Bearbeitung von grenzüberschreitenden extremistischen Netzwerken nimmt als Phänomenbereich deshalb in der Arbeit des Demokratiezentrum Baden-Württemberg einen wichtigen Platz ein. Eine möglichst intensive internationale Zusammenarbeit mit den in den relevanten Themengebieten tätigen Akteur*innen kann hier in Zukunft einen wichtigen Beitrag leisten, sowohl zu einer besseren Einschätzung der aktuellen Diskurse in den angrenzenden Nationalstaaten als auch für die Recherche von Fällen aus dem Phänomenbereich.

Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2020

Die Zuordnung der Vorfälle erfolgte aufgrund der bereits thematisierten Varianten/Merkmale des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Viele Fälle weisen mehrere der Merkmale auf, was für GMF durchaus charakteristisch ist.

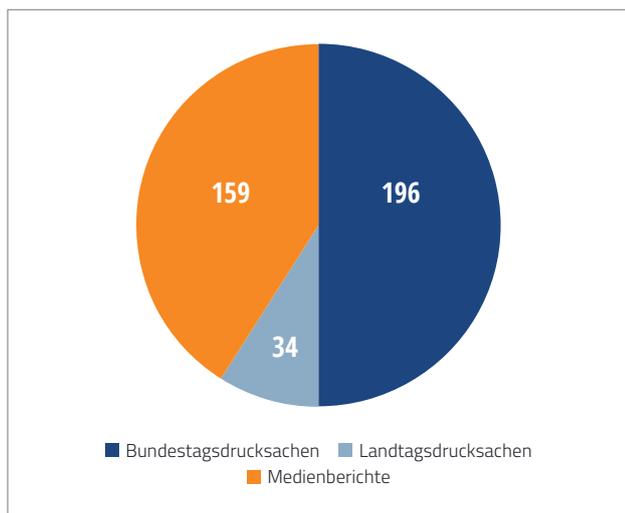
Insgesamt wurden 389 Vorfälle für das Jahr 2020 ausgewertet. Das sind im Schnitt 32,4 Vorfälle pro Monat. Es handelt sich in den Abbildungen um absolute Fallzahlen. Da es sich in den Zusammenstellungen nur um Vorfälle handelt, die in öffentlichen Medienberichten und öffentlich einsehbaren Drucksachen dokumentiert wurden, kann angenommen werden, dass die tatsächliche Zahl an Vorfällen in Baden-Württemberg weit höher ist als hier dargestellt. Hinzu kommen noch 20 Berichte (zum Teil mit Folgemeldungen), die nicht als Vorfall deklariert werden, aber dennoch einen Einblick in aktuelle Entwicklungen geben.

Abbildung 1: Verteilung der Fälle auf die Monate des Jahres 2020



Quelle: Darstellung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Medienberichten, Landtags- und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2020.

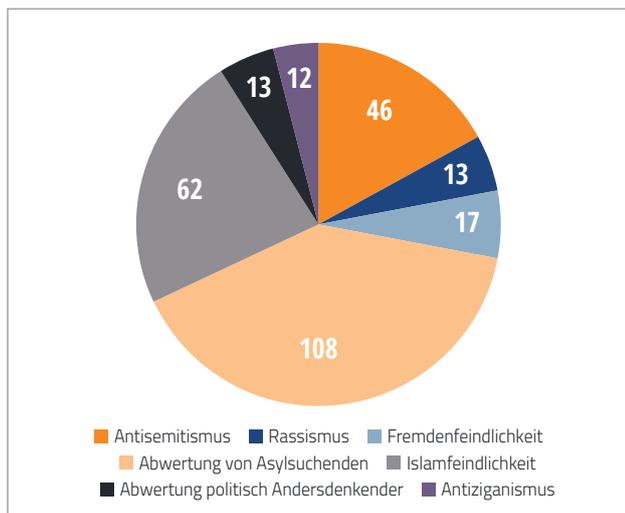
Abbildung 2: Vorfälle nach ausgewerteten Quellen



Quelle: Darstellung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Medienberichten, Landtags- und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2020.

Abbildung 3 zeigt die absoluten Fallzahlen, die den Merkmalen „Antisemitismus“, „Rassismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Abwertung von Asylsuchenden“, „Antiziganismus“, „Islamfeindlichkeit“ und „Abwertung politisch Andersdenkender“ zugeordnet werden können.

Abbildung 3: Vorfälle nach ausgewählten Varianten der GMF



Quelle: Darstellung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg aus Medienberichten, Landtags- und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2020.

Die meisten der aufgenommenen Vorfälle weisen mehrere der unten nach Häufigkeit dargestellten Merkmale auf. In die Grafik wurden nur Fälle aufgenommen, die sich deutlich einem der Merkmale zuordnen ließen. Mehrfachnennungen von Fällen sind damit ausgeschlossen. Deutliche Spitzen finden sich bei den Merkmalen „Abwertung von Asylsuchenden“ und „Islamfeindlichkeit“.

Antisemitismus

Im Bereich Antisemitismus konnten 46 Vorfälle registriert werden. „Antisemitismus meint im Kern eine Feindseligkeit gegenüber Juden, ‚weil sie Juden sind‘ – immer vermerkt mit der Unterstellung bedrohlicher Absichten“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Diese Feindseligkeit tritt meist in Kombination mit dem „Glauben an eine ‚jüdische Weltverschwörung‘ oder der Unterstellung, selbst schuld an der eigenen Situation zu sein“ (Zick, Küpper und Krause 2016), auf.

Darüber hinaus existiert ein sog. sekundärer Antisemitismus, bei dem der Vorwurf im Raum steht, dass Jüd*innen aufgrund der Erfahrungen mit dem Holocaust den Versuch der Vorteilsnahme betreiben (Zick, Küpper und Krause 2016). Antisemitismus hat zudem eine politische Komponente. So geht Kritik an der Politik Israels mit israelbezogenem Antisemitismus in Form von antisemitischen Stereotypen oder Nazi-Vergleichen einher (Zick, Küpper und Krause 2016).

Rassismus

Rassismus ist eine der im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufgeführten Diskriminierungsformen, die durch die Einführung des Gesetzes explizit bekämpft werden sollen. (§ 1 AGG: Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.) Der Begriff Rassismus kann unterschiedliche Ausprägungen und Dimensionen aufweisen. Allem zugrunde liegt die Aufteilung von Menschen in „Ingroups“ und „Outgroups“. Beim Rassismus erfolgt diese Kategorisierung durch „Rückgriff auf Abstammungs- und Herkunftslogiken, mit denen

bestimmte Ideen und Bilder verbunden sind“ (Foitzik 2019). Diese Zuteilung greift der ethnische Rassismus auf, durch „Einstellungen und Ideologien, die Abwertungen auf der Grundlage einer quasi biologischen und ideologisch konstruierten ‚natürlichen‘ Höherwertigkeit der Ingroup vornehmen“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Es ist folglich der Versuch, „eine Dominanz gegenüber Gruppen auszuüben, die häufig auch an biologischen Unterschieden festgemacht wird“ (Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 1, 2002). Für das Merkmal Rassismus wurden 13 eindeutig diesem Bereich zuordenbare Vorfälle aufgenommen.

Fremdenfeindlichkeit

Unter die Kategorie Fremdenfeindlichkeit fallen in diesem Bericht 17 Vorfälle. Fremdenfeindlichkeit beschreibt die „Abwertung und Ausgrenzung von Menschen, die insbesondere anhand ihres unmittelbaren wie mittelbaren Migrationshintergrundes in die Kategorie ‚Ausländer‘ oder ‚Fremde‘ eingeordnet werden und denen vor allem eine kulturelle Differenz sowie eine Bedrohung von Ressourcen (Arbeitsplätze, Wohnungen etc.) und Identitäten zugeschrieben wird“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Fremden- und Ausländerfeindlichkeit ist zudem „der Theorie und der empirischen Beobachtungen nach ein wichtiger Bestandteil rechtsextremer Einstellungen“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Die Kategorie „Fremdenfeindlichkeit“ weist folglich eine starke Verbindung zur Kategorie „Abwertung von Asylsuchenden“ auf. Die 17 in der Kategorie „Fremdenfeindlichkeit“ erhobenen Vorfälle geben keinen Hinweis auf eine Zugehörigkeit der Betroffenen zur Gruppe der Asylsuchenden, umgekehrt kann aber ein Zusammenhang der Asylsuchenden mit dem Merkmal „fremd“ hergestellt werden. Die große Differenz der Zahlen für „Fremdenfeindlichkeit“ mit 17 Fällen und „Abwertung von Asylsuchenden“ mit 108 Fällen unterstreicht diese Hypothese.

Abwertung von Asylsuchenden

Die Kategorie „Abwertung von Asylsuchenden“ beschreibt die „Unterstellung, Asylsuchende beziehungsweise geflüchtete Menschen würden Notlagen nur vortäuschen und zum Beispiel das Sozialsystem ausnutzen“ (Zick, Küpper und

Krause 2016). Menschen, die dies behaupten, verdrängen oder leugnen die Tatsache, dass asylsuchende Menschen auch vor Kriegen oder Verfolgung fliehen und beziehen dies nicht in ihre Äußerungen und Handlungen mit ein. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich Rechtsextremismus sei darauf hingewiesen: „Je eher [Befragte] misstrauisch gegenüber der Demokratie sind [...], desto negativer ist ihre Haltung gegenüber Geflüchteten“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Das zeigt sich besonders durch die hohe Fallzahl von 108 Vorfällen in diesem Bericht. Diese setzen sich aus strafrechtlich relevanten Vorkommnissen wie z. B. Volksverhetzung, Sachbeschädigung oder Beleidigung zusammen. Schwerpunkt dieser Kategorie sind aber eindeutig Übergriffe auf Unterkünfte für Asylsuchende, die in den ausgewerteten Drucksachen klar als politisch motivierte Kriminalität (PMK) rechts gekennzeichnet sind.

Islamfeindlichkeit

Antimuslimische Handlungen oder Islamfeindlichkeit beziehen sich auf Handlungen gegen Menschen, die unmittelbar oder mittelbar der Personengruppe muslimischen Glaubens zugeordnet werden können. Menschen muslimischen Glaubens wird unterstellt, „durch ihre Zugehörigkeit zum Islam, durch ihre Kultur oder ihre öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten und Verhaltensweisen, die unhinterfragt der Religion zugeschrieben werden“ (Zick, Küpper und Krause 2016), eine Bedrohung zu sein. So sind beispielsweise gläubige muslimische Frauen durch die Sichtbarkeit ihrer religiösen Überzeugung besonderer Diskriminierung ausgesetzt. Dies zeigt auch der Verweis auf fehlende Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, welcher „nicht selten undifferenziert der Religion insgesamt zugeschrieben [wird], um dann als Legitimation für eine pauschalisierte Abwertung herangezogen zu werden“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Im vorliegenden Bericht konnten im Bereich der Islamfeindlichkeit 62 Fälle erfasst werden.

Antiziganismus

Erstmals wird im Bericht die Kategorie Antiziganismus gesondert betrachtet. Der Begriff Antiziganismus beschreibt

„feindselige Einstellungen gegenüber Menschen, denen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Roma und Sinti Kriminalität, Unangepasstheit und Missbrauch des Sozialstaates vorgeworfen werden“ (Zick, Küpper und Krause 2016). Der spezifische Rassismus gegen Sinti*ze und Rom*nja gründet auf historisch gewachsenen Abwertungsmustern und der Zuschreibung von Stereotypen und Vorurteilen, die bis in die Gegenwart hineinwirken. Im Bericht für das Jahr 2020 können 12 Vorfälle dieser Kategorie zugeordnet werden.

Abwertung von politisch Andersdenkenden

Diese Analysekategorie wird im vorliegenden Bericht erneut verwendet. Sie wurde im Bericht 2018 eingeführt, um Fälle abbilden zu können, in denen sich der beschriebene antidemokratische Akt auf die politische Ausrichtung oder Meinung der oder des Betroffenen beziehen lässt. In der folgenden Chronik können in diesem Jahr 13 Fälle diesem Merkmal eindeutig zugeordnet werden.

In Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes ist ein Schutz vor Diskriminierung aufgrund politischer Orientierung klar formuliert: „Niemand darf wegen [...] seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Diskriminierung umfasst hier ein Spektrum, das sich von herabwürdigenden Äußerungen bis hin zu strafbaren Handlungen, wie zum Beispiel der Anwendung von körperlicher Gewalt, erstreckt.

Wie bei den anderen im Bericht verwendeten Begrifflichkeiten kommt auch dieses Phänomen in der Realität nicht immer in reiner Form, sondern häufig auch in Kombination mit anderen Merkmalen vor. Kriterium für die Einordnung von Fällen in diese Kategorie ist, dass das zum Ausdruck bringen einer politischen Orientierung eindeutig als Auslöser eines antidemokratischen Vorfalles auszumachen ist. Dies wäre zum Beispiel dann der Fall, wenn die Mitgliedschaft in einer Partei oder politischen Organisation als Grund für einen Angriff klar erkennbar ist. In die Kategorie würde zum Beispiel aber auch die öffentliche Anfeindung von Menschen fallen, die sich in der Arbeit mit Geflüchteten engagieren.

Literatur

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
Online verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/agg/>, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Coquelin, Mathieu und Ostwaldt, Jens (2020): Extremismusprävention. Eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit. In: Patjens, Rainer und Meyer, Thomas (Hg.): Studienbuch Kinder- und Jugendarbeit, im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS. S. 475-506.

Demokratiezentrum Baden-Württemberg (2016): Pädagogischer Umgang mit Antimuslimischem Rassismus. Ein Beitrag zur Prävention der Radikalisierung von Jugendlichen. Sersheim: Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Fiebig, Verena (2018): Reichsbürger und Selbstverwalter als Zielgruppe für bestehende Ausstiegsprogramme? In: Kriminalistik (4/2018), S. 221-227.

Foitzik, Andreas (2019): Einführung in theoretische Grundlagen: Diskriminierung und Diskriminierungskritik. In Foitzik, Andreas und Hezel, Lukas (Hg.): Diskriminierungskritische Schule. Einführung in theoretische Grundlagen. Weinheim: Beltz, S. 12-39.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
Online verfügbar unter https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_3.html, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.; 2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a. M: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.; 2011): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt a. M: Suhrkamp.

Identitäre Bewegung Deutschland e. V.: Zukunft Europa.
Online verfügbar unter <https://www.identitaere-bewegung.de/projekte/zukunft-europa/>, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Strukturen der rechtsextremistischen Szene in Baden-Württemberg ab 1991. Online verfügbar unter http://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/Dokumente/2014_Enquete-Bericht/Bericht_LfV_fur_Enquetekommission.pdf, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2020): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2019. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2020_Aktuell/Verfassungsschutzbericht_BW_2019.pdf, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Meiering, David; Dziri, Aziz; Foroutan, Naika; Teune, Simon; Lehnert, Esther und Abou Taam, Marwan (2018): Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. Frankfurt a. M.: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Online verfügbar unter https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/prif0718.pdf, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Qasem, Sindyan (2015): Neue Haltungen gegen Unmut: Forderungen an eine gesamtgesellschaftliche Präventionsarbeit. In: Molthagen, Dietmar (Hg.): Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, S. 201-207.

Salzborn, Samuel (2015, 2. Auflage): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos.

Schroeder, Klaus und Deutz-Schroeder, Monika (2015): Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt am Main: Peter Lang Edition.

Stöss, Richard (2010, 3. Auflage): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wurzel, Hanne (2017): Begrüßungsrede zur Fachtagung „Linksextremismus und linke Militanz – Phänomene, Kontroversen und Prävention“, gehalten am 04.07.2017. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/251714/begrueessungsrede>, zuletzt geprüft am 24.07.2020.

Zick, Andreas und Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas; Küpper, Beate und Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas; Küpper, Beate und Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Weiterführende Literatur

Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.; 2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Ebner, Julia (2018): Wut. Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen. Darmstadt: Theis.

Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.; 2014): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamistisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld: Transcript.

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 1. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

-  DATEN 01.01.2020, Heidelberg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neckarbischofsheim kam es am 6. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 06.01.2020, Neckarbischofsheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Villingen-Schwenningen kam es am 6. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 06.01.2020, Villingen-Schwenningen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Rechte Schmierereien in Tettngang

Im Zeitraum vom 3. bis zum 8. Januar haben Unbekannte laut Polizeimeldungen rechte Schmierereien in der Tettnganger Innenstadt angebracht. Eine Mauer am Schloss wurde mit dem Schriftzug „Nationaler Widerstand“ besprüht. Die Parole steht bei Neonazis für ein Bekenntnis zum Kampf und als Bezeichnung eines Netzwerks rechtsextremistischer Gruppierungen. An ein Wohn- und Geschäftshaus wurden ein Hakenkreuz, „FCK Merkel“ und „FCK AfD“ sowie das Logo der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“, der griechische Buchstabe Lambda in einem Kreis, gesprüht. Das Logo fand sich auch an einer Steinmauer der katholischen Kirchengemeinde.

Die Polizei bat Zeugen um Hinweise auf die Täter, die Höhe des durch die Schmierereien entstandenen Schadens war noch nicht bekannt.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich bereits am 25. Oktober 2019 in der Tettnganger Innenstadt. Damals wurde der Schriftzug „Deutschland den Deutschen“ an eine Mauer gesprüht.

-  DATEN 07.01.2020, Tettngang (Bodenseekreis), Internetaufruf: 02.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4485899>
-  DATEN 09.01.2020, Tettngang (Bodenseekreis), Internetaufruf: 02.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4488013>
-  DATEN 25.10.2019, Tettngang (Bodenseekreis), Internetaufruf: 02.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4414542>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Leutkirch kam es am 8. Januar zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 08.01.2020, Leutkirch
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neulußheim kam es am 8. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB.

-  DATEN 08.01.2020, Neulußheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Rechte Schmierereien und Davidstern in Rheinfelden

Ein Graffiti mit dem Schriftzug „Stoppen Sie den Kalergi Plan“ und ein Davidstern wurden an einer Bahnstreckunterführung in

Rheinfelden entdeckt. Beides lässt auf rechte Verschwörungsmythen schließen.

-  DATEN 09.01.2020, Rheinfelden (Landkreis Lörrach), Internetaufruf: 16.12.2020
-  QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/rheinfelden/Rechte-Schmiererei-in-Rheinfelden-Der-Kalergi-Plan-und-viele-Fragezeichen;art372615,10401001>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ebersbach kam es am 10. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 10.01.2020, Ebersbach
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Göppingen kam es am 10. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 10.01.2020, Göppingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Schwarzwald fand am 11. Januar ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Wegbereiter“ auf.

-  DATEN 11.01.2020, Raum Schwarzwald
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19465
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/194/1919465.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Rheinstetten kam es am 12. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 12.01.2020, Rheinstetten
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Ausländerfeindliche Schmierereien

Ausländerfeindliche Schmierereien sind in einer öffentlichen Männertoilette in der Villingen Innenstadt entdeckt worden.

-  DATEN 12.01.2020, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 16.12.2020
-  QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/schwarzwald/villingen-schwenningen/Dafuer-schaemen-sich-sogar-Buerger-Miese-auslaenderfeindliche-Sprueche-in-oeffentlicher-Maennertoilette;art372541,10404593>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 14. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 14.01.2020, Sersheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Rechtsradikale Schmierereien

Ein unbekannter Täter hat in der zweiten Januarwoche ein Wohn- und Geschäftshaus in Tettngang mit rechtsradikalem Gedankenput besprüht. Auch die Steinmauer der katholischen Kirchengemeinde St. Gallus beschmierte er. „FCK AfA“ und „FCK Merkel“ waren dort zu lesen. Außerdem waren ein Hakenkreuz und der griechische Buchstabe „Lambda“ zu sehen, der auch von der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ als Symbol verwendet wird.

-  DATEN 15.01.2020, Tettngang (Bodenseekreis), Internetaufruf: 17.11.2020
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/bodenseekreis/tettngang_artikel,-mehrere-faelle-von-rechtsradikalen-schmierereien-auf-hauswaenden-kripo-ermittelt-_arid,11170922.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 16. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 16.01.2020, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Nazi-Propaganda bei Twitter

Beim Nachrichtendienst Twitter sind seit längerer Zeit Bilder der Stadt Konstanz mit Texten, die den Nationalsozialismus glorifizieren, zu finden. Der Staatsschutz fahndet nach dem Tatverdächtigen. Ihm droht eine Strafe wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

 DATEN 16.01.2020, Konstanz, Internetaufruf: 16.12.2020
 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Ein-Twitter-Nutzer-verteilt-Nazi-Propaganda-mit-Konstanzer-Bezug-die-Polizei-kann-gegen-den-Tatverdachtigen-nur-schwer-vorgehen;art372448,10408871>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 17. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

 DATEN 17.01.2020, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 17. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 17.01.2020, Freiburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 17. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 17.01.2020, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Baden-Baden kam es am 19. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 19.01.2020, Baden-Baden
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Rassistische Äußerungen bei Fußballturnier in Ulm

Bei einem Fußballturnier in Ulm kam es zu rassistischen Äußerungen gegenüber einem Spieler. Anschließend entstand ein Handgemenge zwischen Spielern und Zuschauern. Ein Spieler wurde von einer Flasche am Kopf getroffen und musste mit einem Rettungswagen abtransportiert werden.

 DATEN 20.01.2020, Ulm, Internetaufruf: 15.01.2021
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/sport/fussball-lokal/ulmer-stadtpokal-39.-ulmer-fussball-stadtpokal-endet-mit-eklat-42764532.html>

Hakenkreuz an Bahnhofsgebäude

Der Ellwanger Bahnhof und eine benachbarte Bushaltestelle sind von Unbekannten mit Hakenkreuzen beschmiert worden.

 DATEN 21.01.2020, Ellwangen an der Jagst (Ostalbkreis), Internetaufruf: 15.01.2021
 QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/ellwangen/hakenkreuze-aufgesprueht/1860494/>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schriesheim kam es am 21. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die

Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 21.01.2020, Schriesheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 22. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 22.01.2020, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 22. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 22.01.2020, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Überlingen kam es am 23. Januar zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 23.01.2020, Überlingen
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Bürgermeisterkandidat soll Hitlergruß gezeigt haben

Einer der Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Weinsberg soll in seiner Vorstellungsrede von Hitler gesprochen und den Hitlergruß gezeigt haben. Der Vorfall wurde auf Video aufgezeichnet.

DATEN 23.01.2020, Weinsberg (Landkreis Heilbronn),
Internetaufruf: 15.01.2021

QUELLE Echo24
<https://www.echo24.de/region/weinsberg-heilbronn-nazi-skandal-buergermeisterwahl-hitler-gruss-video-13475812.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neckargemünd kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 24.01.2020, Neckargemünd
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neckargemünd kam es am 25. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 25.01.2020, Neckargemünd
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Weinsberg kam es am 25. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 25.01.2020, Weinsberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Tübingen kam es am 27. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 27.01.2020, Tübingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Antisemitisches Flugblatt in Wollmatingen

Ein Wollmatinger Bürger hat am 16. Januar ein Flugblatt mit kranken, antisemitischen Behauptungen in seinem Briefkasten entdeckt. Der Empfänger hat den Verfassungsschutz und die Polizei über das Flugblatt und dessen Inhalte informiert. Ermittlungen wegen Volksverhetzung wurden eingeleitet.

 **DATEN** 29.01.2020, Wollmatingen (Landkreis Konstanz),
Internetaufruf: 17.12.2020

 **QUELLE** Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Erneut-findet-ein-Buerger-ein-Flugblatt-mit-antisemitischem-Inhalt-im-Briefkasten;art372448,10421578>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pforzheim kam es am 31. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 **DATEN** 31.01.2020, Pforzheim

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Hakenkreuzschmiererei auf Spielplatz

Auf einem Zeller Spielplatz wurden zwischen dem 30. und 31. Januar mit einem schwarzen Stift ein Hakenkreuz und ein weiterer Schriftzug auf einem der Spielgeräte angebracht. Die Polizei sucht Zeugen.

 **DATEN** 31.01.2020, Zell im Wiesental (Landkreis Lörrach),
Internetaufruf: 08.12.2020

 **QUELLE** Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/auf-zeller-spielplatz-wurden-schmierereien-mit-hakenkreuz-entdeckt--182338539.html>

Randaliererin äußert Hitlergruß

In Weil im Schönbuch soll eine Frau am 1. Februar Autos angehalten und randaliert haben. Dabei habe sie laut den Hitlergruß geäußert. Die Polizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr gegen die Frau eingeleitet.

DATEN 03.02.2020, Weil im Schönbuch (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 15.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4509465>

Antisemitische Ausrufe von AfD-Anhängern

Weil eine dem Flügel der AfD zuzurechnende Landtagsabgeordnete in einem Bruchsaler Lokal einen Vortrag halten wollte, hatten sich am 4. Februar circa 100 AfD-Gegner vor dem Lokal versammelt. Nachdem er Kenntnis von der politischen Positionierung der Rednerin erlangt hatte, hatte der Wirt die Genehmigung für die Veranstaltung zwar noch zurückgezogen, dennoch waren Anhänger der AfD zu dem Lokal gegangen. Als sich AfD-Anhänger und Gegendemonstranten gegenüberstanden, waren Ausrufe wie „... die Scheißjuden ...“ oder „Kauft nicht bei Juden“ aus den Reihen der AfD-Anhänger zu hören. Ein Polizeitrupp positionierte sich zwischen den beiden Gruppen, um die Situation zu entschärfen.

DATEN 07.02.2020, Bruchsal (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 15.01.2021

QUELLE Wochenblatt Reporter
https://www.wochenblatt-reporter.de/bruchsal/c-lokales/antisemitische-rufe-in-bruchsal_a167860

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Blumberg kam es am 7. Februar zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 07.02.2020, Blumberg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Linke Schmierereien in Backnang

Mehrere Hausfassaden, zwei Autos und eine Garage wurden am frühen Morgen des 9. Februar in Backnang von Unbekannten be-

schmiert. Die Polizei ging von einer politisch motivierten Tat aus dem „linken Spektrum“ aus und bat Zeugen, sich zu melden. Der Staatsschutz der Kriminalpolizei Waiblingen hat die Ermittlungen übernommen.

DATEN 10.02.2020, Backnang (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 19.11.2020

QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.backnang-haeuser-und-autos-mit-farbe-beschmutzt.666a6a8d-8b7a-4efc-b0e8-14eded9fafe3.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Emmendingen kam es am 10. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 10.02.2020, Emmendingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Mannheim kam es am 10. Februar zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 10.02.2020, Mannheim

QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Aglasterhausen kam es am 12. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 12.02.2020, Aglasterhausen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Fichtenau kam es am 12. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im

Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 12.02.2020, Fichtenau
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Polizeihochschule suspendiert Polizeianwärter

Weil sie in einer Whatsapp-Gruppe nationalsozialistische, chauvinistische und antisemitische Nachrichten geteilt haben, wurden sieben beim Institutsbereich Ausbildung in Lehr stationierte Polizeianwärter suspendiert, teilte die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen am 12. Februar mit. Ihr Verhalten zeuge von erheblichen charakterlichen Mängeln und lasse sich nicht mit der „freiheitlich demokratischen Grundordnung und unseren Ansprüchen an das Verhalten von Polizistinnen und Polizisten“ in Einklang bringen, bewertete die Hochschule den Vorfall. Gegen die Polizeianwärter wurde außerdem ein Entlassungsverfahren mit dem Ziel der „endgültigen Entfernung aus dem Dienst“ eingeleitet. Die Ermittlungen zu dem Vorfall haben die Staatsanwaltschaft in Offenburg und die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Offenburg übernommen.

 DATEN 12.02.2020, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 13.11.2020
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/polizei-azubis-suspendiert-wegen-nazi-inhalte-bei-whatsapp-polizeihochschule-baden-wuerttemberg-hochschule-fuer-polizei-villingen-schwenningen-43667439.html>

Folgemeldung zu „Polizeihochschule suspendiert Polizeianwärter“ vom 12.02.2020

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage vom 28. September aus der FDP/DVP-Fraktion berichtet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration am 29. Oktober, dass die sieben Polizeimeisteranwärter in der Zeit von September 2019 bis Februar 2020 der Whatsapp-Gruppe angehörten und dort Bilder und Texte mit fremdenfeindlichen, antisemitischen und frauenfeindlichen Inhalten sowie verfassungswidrige Kennzeichen teilten. Gegen alle wurde am 11. Februar ein Entlassungsverfahren eingeleitet und ein Verbot der Führung von Dienstgeschäften verfügt. Weil es sich nicht um eine öffentlich zugängliche Chatgruppe gehandelt hatte, sondern für jeden Teilnehmer der Gruppe kontrollierbar gewesen sei, wer auf die Beiträge innerhalb dieses Chats zugreifen konnte, lag aus Sicht der Staatsanwaltschaft keine Verbreitung im Sinne des §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) vor. Die dahingehenden Ermittlungsverfahren wurden deshalb am 27. Februar eingestellt. Zwei der sieben Polizeianwärter wurden zum 31. März entlassen, ein weiterer auf eigenen Antrag

zum 30. April. Gegen die übrigen vier Anwärter wurde am 19. März ihre Entlassung zum 30. April verfügt.

 DATEN 28.09.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 14.01.2021
 QUELLE Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 16/8887
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8887_D.pdf

Folgemeldung zu „Polizeihochschule suspendiert Polizeianwärter“ vom 12.02.2020

Einer der an der Whatsapp-Gruppe beteiligten Polizeischüler hat einen Eilantrag gegen seine Entlassung zum 30. April gestellt, der am 19. Oktober vom Freiburger Verwaltungsgericht abgelehnt wurde.

Begründet hat das Gericht seine Entscheidung damit, dass der Polizeischüler, wenn er auch weder Administrator noch treibende Kraft der „Pozilei bad boys“ genannten Whatsapp-Gruppe gewesen sei, Beiträge geschrieben, kommentiert und mitgelesen und somit rechtes, antisemitisches und frauenfeindliches Gedankengut toleriert habe, was mit der Vorbildfunktion eines angehenden Polizeibeamten nicht zu vereinbaren sei. Da er weder aus der Whatsapp-Gruppe ausgetreten sei noch dort zu erkennen gegeben habe, dass er das in ihr dokumentierte Gedankengut nicht teilt, sondern im Gegenteil sogar einige Beiträge kommentiert habe, seien Zweifel an seiner charakterlichen Eignung für den Polizeiberuf berechtigt. Es wäre vielmehr von ihm zu erwarten gewesen, dass er sich aktiv für die Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens einsetze und sich diesen widersprechendem Verhalten gerade innerhalb des Kollegenkreises entgegenstelle, begründete das Freiburger Verwaltungsgericht seine Entscheidung weiter.

 DATEN 26.10.2020, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 13.11.2020
 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/schwarzwald/schwarzwald-baar-kreis/verwaltungsgericht-bestaetigt-entlassung-eines-polizeischuelers-dieser-war-mitglied-in-einer-rechtenwhatsapp-gruppe-polizei-bad-boys;art372502,10650423>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Aalen kam es am 13. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 13.02.2020, Aalen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Billigheim kam es am 13. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 13.02.2020, Billigheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Ettenheim kam es am 13. Februar zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 13.02.2020, Ettenheim
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

„Reichsbürger“ erscheint nicht vor Gericht

Gegen einen vorbestraften Mann, der der „Reichsbürger“-Szene zuzuordnen ist, sollte am 13. Februar ein Prozess vor dem Hechingen Amtsgericht stattfinden. Er erschien allerdings nicht. Der Richter ordnete an, den Mann an seiner Wohnanschrift in Burladingen aufzusuchen. Dort war er aber nicht anzutreffen. Bereits seit 2018 kam er seiner Pflicht nicht nach, sich regelmäßig bei seinem Bewährungshelfer und der Polizei zu melden, die ihm nach einer Haftstrafe auferlegt worden war.

 DATEN 13.02.2020, Hechingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 14.12.2020
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/hechingen/amtsgericht-hechingen-burladinger-reichsbuerger-schwaenzt-seinen-prozestermin-43704357.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lahr kam es am 13. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

 DATEN 13.02.2020, Lahr
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Pforzheim kam es am 13. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

 DATEN 13.02.2020, Pforzheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Simmozheim kam es am 13. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 13.02.2020, Simmozheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Zwölf Festnahmen bei Razzien gegen rechte Terrorgruppe

Am frühen Morgen des 14. Februar hat die Polizei in sechs Bundesländern Razzien bei 13 Männern durchgeführt, die unter dem Verdacht standen, einer rechtsextremen terroristischen Vereinigung anzugehören. Gegen einen Mann hat sich der Verdacht im Verlauf der Aktion nicht erhärtet, die anderen zwölf Verdächtigen wurden festgenommen. Vier der Beschuldigten, einer von ihnen aus dem Landkreis Esslingen, sollen die rechte Terrorzelle im September 2019 gegründet haben, die acht weiteren Festgenommenen sollen der Gruppierung finanzielle Unterstützung und ihre Hilfe bei der Beschaffung von Waffen zugesichert haben. Einige von ihnen waren den Sicherheitsbehörden nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios und des SWR bereits seit Längerem als Rechtsextremisten bekannt. Ein Festgenommener sei als Verwaltungsbeamter bei der nordrhein-westfälischen Polizei beschäftigt. Er ist vom Dienst suspendiert worden und habe Hausverbot für seine Behörde erhalten, hieß es weiter.

Auf die Gruppe aufmerksam geworden war zunächst das Bundesamt für Verfassungsschutz, weil die Verdächtigen in einer Chatgruppe im Internet Anschläge auf Politiker und Muslime thematisiert hatten. Wie konkret diese Pläne waren, sollte die

Auswertung von bei den Razzien beschlagnahmten Computern und Datenträgern ergeben. Die Leitung der weiteren Ermittlungen wurde dem Generalbundesanwalt in Karlsruhe und dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg übertragen.

DATEN 14.02.2020, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, Internetaufruf: 09.12.2020

QUELLE ARD – Tagesschau
<https://www.tagesschau.de/investigativ/razzien-rechtsextremisten-103.html>

Folgemeldung zu „Zwölf Festnahmen bei Razzien gegen rechte Terrorgruppe“ vom 14.02.2020

Laut dpa-Informationen hat der Generalbundesanwalt beim Oberlandesgericht Stuttgart Anklage gegen die zwölf bei den Razzien gegen die rechte Terrorzelle im Februar festgenommenen Männer erhoben. Elf von ihnen müssen sich wegen ihrer Mitgliedschaft in der rechtsextremistischen Gruppierung verantworten, der Zwölfte als Unterstützer.

DATEN 12.11.2020, Karlsruhe, Internetaufruf: 09.12.2020

QUELLE Mannheimer Morgen
https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-vermishtes-anklage-gegen-mutmassliche-mitglieder-einer-rechten-terrorzelle-_arid,1715575.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bammental kam es am 14. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 14.02.2020, Bammental

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Bombendrohung gegen Moschee in Pforzheim

Eine Bombendrohung ging am Abend des 13. Februar bei der Pforzheimer Fatih-Moschee ein. Die sofort verständigten Polizeibeamten und ein Spürhund konnten allerdings keine Bombe finden.

DATEN 14.02.2020, Pforzheim, Internetaufruf: 15.01.2021

QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Bombendrohung-gegen-Pforzheimer-Fatih-Moschee-Schulterschluss-der-Religionsvertreter-_arid,1412968.html

Folgemeldung zu „Bombendrohung gegen Moschee in Pforzheim“ vom 14.02.2020

Die Fatih-Moschee in Pforzheim erhielt am 25. Februar zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage per Mail eine Bombendrohung. Das Gebäude wurde geräumt. Die nahe gelegene Eisenbahnlinie sowie die B10 mussten für den Verkehr gesperrt werden. Sprengstoffhunde und Polizeibeamte suchten das Objekt ab, konnten aber auch dieses Mal keine Bombe finden.

DATEN 25.02.2020, Pforzheim, Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Erneut-geht-eine-Bombendrohung-in-der-Fatih-Moschee-ein-Polizei-sperrt-kurzzeitig-auch-Bahnstrecke-_arid,1417348.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Uhingen kam es am 14. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 14.02.2020, Uhingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsruhe kam es am 15. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 15.02.2020, Karlsruhe

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 15. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 15.02.2020, Sersheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Briefe

Die Freiburger Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil ein Jude aus Teningen seit Jahren Briefe mit antisemitischen Beschimpfungen, wie „Ich schlitz Dir die Kehle auf, Du Judensau“, und Drohungen erhält. Ein Nachbar des Mannes stand im Verdacht, der Absender zu sein.

-  **DATEN** 16.02.2020, Teningen (Landkreis Emmendingen),
Internetaufruf: 15.01.2021
-  **QUELLE** Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/antisemitische-hasstiraden-gegen-einen-juden-jetzt-wird-ermittelt--182798994.html>

Auto mit Hakenkreuz beschmiert

Auf ein Auto, das in Allensbach während eines Einkaufes nur kurz abgestellt war, haben Unbekannte am Nachmittag des 17. Februar ein Hakenkreuz gesprüht. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

-  **DATEN** 18.02.2020, Allensbach (Landkreis Konstanz),
Internetaufruf: 15.01.2021
-  **QUELLE** Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4523412>

Hakenkreuzschmierereien in Konstanz

In Konstanz wurden zwischen dem späten Vormittag des 16. und dem Morgen des 17. Februar mehrere Wände in der Eingangshalle eines Gebäudekomplexes, Straßenschilder und ein Auto mit Hakenkreuzen, der Zahl „88“ und weiteren Schriftzügen beschmiert. Zeugen wurden um Hinweise an die Polizei gebeten.

-  **DATEN** 18.02.2020, Konstanz, Internetaufruf: 15.01.2021
-  **QUELLE** Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4523406>

Hakenkreuzschmierereien in Radolfzell

An die Bahnunterführung in Radolfzell wurden am Wochenende des 15. und 16. Februar Hakenkreuze und weitere Schriftzüge gesprüht. Zeugen des Vorfalls wurden gebeten, sich bei der Polizei in Radolfzell zu melden.

-  **DATEN** 18.02.2020, Radolfzell (Landkreis Konstanz),
Internetaufruf: 15.01.2021
-  **QUELLE** Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4523415>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Emmendingen kam es am 19. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  **DATEN** 19.02.2020, Emmendingen
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Hakenkreuzschmierereien an Friedrichshafener Schule

Eine Grund- und Werkrealschule in Friedrichshafen wurde am Abend oder in der Nacht des 17. Februar an verschiedenen Stellen von Unbekannten besprüht. Auf eine Mauer an einem Fahrradabstellplatz wurden zwei Hakenkreuze und ein sogenannter Turbo-Pilz geschmiert, an die Hausmeistergarage und die benachbarte Musikschule die Buchstaben „CHM“. Die Tat soll sich laut Polizei zwischen 18 Uhr und 2 Uhr ereignet haben. Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Sachbeschädigung wurden eingeleitet. Die Polizei bat Zeugen des Vorfalls, sich zu melden.

-  **DATEN** 19.02.2020, Friedrichshafen (Bodenseekreis),
Internetaufruf: 02.01.2021
-  **QUELLE** Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4524916>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Süßen kam es am 19. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  **DATEN** 19.02.2020, Süßen
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Eberdingen kam es am 20. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Belohnung und Billigung von Straftaten §140 StGB.

-  **DATEN** 20.02.2020, Eberdingen
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Mitglieder eines antirassistischen Bündnisses namentlich bedroht

In einem rechten Internet-Forum sind einige Mitglieder des Mannheimer Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ namentlich bedroht worden. Auch die Privatadressen der Betroffenen wurden veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen.

-  DATEN 20.02.2020, Mannheim, Internetaufruf: 20.12.2020
-  QUELLE Mannheimer Morgen
https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-thema-des-tages-bedrohungengegen-linke-_arid,1606249.html

Schmierereien an Schule in Sindelfingen

Hakenkreuze und weitere Schmierereien haben Unbekannte am 19. Februar zwischen 19.30 und 20.00 Uhr auf dem Gelände einer Sindelfinger Realschule angebracht. Außerdem haben sie mehrere Steinplatten vom Dach der Schule geworfen. Die Polizei schätzte den Sachschaden auf circa 1.000 Euro. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

-  DATEN 20.02.2020, Sindelfingen (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 15.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4525753>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 21. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 21.02.2020, Heidelberg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sindelfingen kam es am 21. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 21.02.2020, Sindelfingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weil der Stadt kam es am 21. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung § 303 StGB.

-  DATEN 21.02.2020, Weil der Stadt
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Steinwurf in Wohnung von syrischer Familie

Ein Unbekannter hat in der Nacht zum 21. Februar einen Stein durch ein Fenster der Wohnung einer syrischen Familie in Merklingen, einem Ortsteil von Weil der Stadt, geworfen. Weil die Tat einen fremdenfeindlichen Hintergrund gehabt haben könnte, hat der Staatsschutz die Ermittlungen übernommen. Unmittelbar nach der Tat habe es keinen konkreten Verdacht für ein fremdenfeindliches Motiv gegeben, so ein Sprecher der Polizei in Ludwigsburg.

-  DATEN 21.02.2020, Weil der Stadt (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 19.11.2020
-  QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.weil-der-stadt-syrische-familie-unbekannter-wirft-stein-durchs-fenster.821d75b9-cec9-444f-8320-ef4ea8eec13c.html>

Strafbefehl wegen Hitlergruß

Weil er im Juni 2019 auf einer Party eine Person rassistisch beleidigt und dabei den Hitlergruß gezeigt haben soll, hat die Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl gegen einen 21-jährigen Wehrer Stadtrat beantragt.

-  DATEN 21.02.2020, Wehr (Landkreis Waldshut), Internetaufruf: 16.12.2020
-  QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/wehr/Strafbefehl-gegen-Wehrer-Stadtrat-wegen-Hitlergruss;art372624,10448580>

Antisemitische Schmierereien

In Marbach am Neckar kam es am 22. Februar zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 22.02.2020, Marbach am Neckar
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Rechtsextremistische Schmierereien in Emmendingen

Die Moschee und ein Kindergarten in Emmendingen sowie eine Grundschule im benachbarten Sexau sind am frühen Abend des 20. Februar von Unbekannten mit Hakenkreuzen und rechtsradikalen Parolen beschmiert worden. Der türkisch-islamische Kulturverein Emmendingen hat die Schmierereien an seiner Moschee bei der Kriminalpolizei angezeigt und nach der Aufnahme des Vorfalls durch die Beamten mit Farbe überstrichen. „Wir wollten vermeiden, dass ein paar Hundert Muslime das vor dem Freitagsgebet sehen“ und „Wir sind maßlos enttäuscht“, kommentierte ein Vertreter des Vereins die Tat. Der Staatsschutz bei der Polizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

 DATEN 23.02.2020, Emmendingen und Sexau (Landkreis Emmendingen), Internetaufruf: 11.11.2020

 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/das-war-die-woche-x2x--183020916.html>

Hakenkreuz in Toilettenwagen

Bei einer Faschingsveranstaltung im Stockacher Ortsteil Wahlwies hat ein Unbekannter am 21. Februar kurz vor Mitternacht einen Toilettenwagen unter anderem mit einem Hakenkreuz beschmiert. Ein weiterer Mann stand dabei Schmiere. Beide Täter wurden von einer Videoüberwachungsanlage aufgezeichnet. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

 DATEN 23.02.2020, Stockach (Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 16.12.2020

 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/stockach/Sachbeschaedigung-Unbekannte-beschmierer-Toilettenwagen;art372461,10450428>

Mann zeigt Hitlergruß im Zug

Ein 36-Jähriger zeigte bei einer Fahrt in der Regionalbahn zwischen Sipplingen und Überlingen am späten Nachmittag des 22. Februar mehrfach den Hitlergruß und weigerte sich, dem Schaffner seinen Fahrschein zu zeigen. Die daraufhin verständigte Polizei hat gegen den Mann aus dem Bodenseekreis Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

 DATEN 23.02.2020, Überlingen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 02.01.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4527529>

Hakenkreuzschmiererei in Aalen

Am 23. Februar hat ein Fußgänger in Aalen ein Hakenkreuz an der Wand eines leer stehenden Gebäudes entdeckt und Anzeige erstattet. Vermutlich wurde die Schmiererei bereits Wochen zuvor angebracht.

 DATEN 24.02.2020, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 17.11.2020

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/aalen_artikel,-unbekannte-beschmierer-wand-mit-hakenkreuz-_arid,11191143.html

Schmierereien auf dem Weg zur Esslinger Burg

Rechtsextremistische Symbole an der Burgstaffel in Esslingen meldete ein Leser am 24. Februar der Esslinger Zeitung. An der Wand, auf dem Boden und am Geländer waren Hakenkreuze und verschiedene Zahlenkombinationen zu sehen, wie „88“, für „Heil Hitler“, und „33“, ein Kürzel für den Ku-Klux-Klan. Bei der Polizei waren die Schmierereien bereits am 22. Februar angezeigt worden. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

 DATEN 24.02.2020, Esslingen, Internetaufruf: 13.01.2021

 QUELLE Esslinger Zeitung
<https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.kriminalitaet-in-esslingen-rechtsextremistische-symbole-auf-dem-weg-zur-burg.ff0d0642-3895-4227-be53-44037ee56461.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 24. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

 DATEN 24.02.2020, Heidelberg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Rätselhafte Patronenhülsen vor dem Haus der Familie des Ditib-Generalsekretärs

Der Staatsschutz der Heilbronner Polizei ermittelt nach möglichen Schüssen vor dem Haus von Verwandten des Ditib-Generalsekretärs. Der Generalsekretär hatte am 22. Februar nach einer Sitzung im Haus seiner Schwester in Heilbronn übernachtet. Diese erwachte in der Nacht durch Knallgeräusche. Eine hinzugerufene Polizeistreife konnte nichts feststellen. Am Morgen danach fand der Generalsekretär vor dem Haus fünf Hülsen

von Schreckschuss- oder Gaspatronen – er bezog die Schüsse auf sich.

 DATEN 24.02.2020, Heilbronn, Internetaufruf: 19.11.2020
 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.moegliche-schuesse-in-heilbronn-staatsschutz-ermittelt-wegen-patronenhuelsen.ea80dee1-3252-473d-9ffc-2c9f9ae63ddc.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Malsch kam es am 24. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gewaltdarstellung §131 StGB.

 DATEN 24.02.2020, Malsch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 24. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 24.02.2020, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Antisemitische Schmiererei in Marbach

An eine Garagenwand in Marbach am Neckar wurde zwischen dem frühen Nachmittag des 21. und dem frühen Nachmittag des 22. Februar ein menschenverachtender und antisemitischer Schriftzug geschmiert. Der entstandene Sachschaden lag bei 500 bis 600 Euro. Die Ermittlungen, wer den circa fünf Meter langen Schriftzug angebracht hat, wurden vom Staatsschutzdezernat der Kriminalpolizeidirektion Böblingen übernommen.

 DATEN 25.02.2020, Marbach am Neckar (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 13.01.2021
 QUELLE Marbacher Zeitung
<https://www.marbacher-zeitung.de/inhalt.antisemitischer-spruch-an-garagenwand-schmiererei-mit-inhaltlich-neuer-qualitaet.f2ba9d1f-0c1a-4fc6-88ca-19daa56807ec.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Pforzheim kam es am 25. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im

Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

 DATEN 25.02.2020, Pforzheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Wiesloch kam es am 25. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 25.02.2020, Wiesloch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20893
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/208/1920893.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 26. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 26.02.2020, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Hakenkreuze an Buswartehäuschen

Mehrere Buswartehäuschen in Bad Saulgau sind von Unbekannten im Zeitraum vom 20. bis 26. Februar mit Hakenkreuzen und der Zahl „88“, die für „Heil Hitler“ steht, beschmiert worden. Die Polizei bat um Mithilfe zur Ermittlung der Täter.

 DATEN 27.02.2020, Bad Saulgau (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 17.11.2020
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-sigmaringen/bad-saulgau_artikel,-hakenkreuz-schmierereien-an-haltestelle-_arid,11192838.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 27. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 27.02.2020, Ulm
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 28. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.02.2020, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Ulmer Uni verbietet Aktionen der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“

Nachdem an der Universität Ulm verschiedentlich auf Plakaten und Werbematerialien für die vom Verfassungsschutz als rechts-extremistisch eingestufte „Identitäre Bewegung“ geworben worden war, hat der Präsident der Universität der Gruppierung sämtliche Aktionen auf dem Gelände der Hochschule untersagt und die Studierenden gebeten, Verstöße gegen das Verbot zu melden. In einer Erklärung dazu hieß es: „Die Universität ist eine weltoffene Hochschule und spricht sich ausdrücklich gegen jede Art von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aus“.

 DATEN 28.02.2020, Ulm, Internetaufruf: 17.09.2020
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ulm/identitaere-bewegung-universitaet-uni-ulm-hausverbot-44141737.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wiesloch kam es am 28. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.02.2020, Wiesloch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Hochdorf kam es am 29. Februar zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.02.2020, Hochdorf
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 29. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.02.2020, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Tettng kam es am 29. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.02.2020, Tettng
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

SPD-Vorsitzender in seinem Haus angegriffen

Der Rheinstettener SPD-Vorsitzende und Stadtrat wurde zusammen mit seiner Familie am 24. Februar von drei Männern verbal und tätlich angegriffen. Die Unbekannten seien in sein Haus eingedrungen, erzählte der Jung-Stadtrat den Badischen Neuen Nachrichten, hätten seine Mutter ins Gesicht geschlagen und geschrien: „Ihr Scheiß-Ausländer, wir bringen euch um.“

DATEN 01.03.2020, Rheinstetten (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Pfalz Express
<https://www.pfalz-express.de/angriff-auf-rheinstettener-spd-stadtrat-nikolas-karanikolas-und-familie-fdp-mdb-jung-staatsschutz-soll-ermitteln/>

Randalierer ruft rechtsradikale Parolen

Am Nachmittag des 1. März randalierte ein 50-Jähriger in einem Karlsruher Parkhaus und äußerte lautstark rechtsextreme Parolen. Der sehr aggressive Mann wurde von der Polizei überwältigt und fixiert.

DATEN 02.03.2020, Karlsruhe, Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110972/4535637>

Fußballer rassistisch beleidigt

Bei einem Fußballspiel der Bezirksliga am 1. März, bei dem bereits nach fünf Minuten erste Tötlichkeiten auf dem Platz stattgefunden haben sollen, soll es auch zu rassistischen Äußerungen gegen einen Spieler nigerianischer Herkunft gekommen sein. Der Ausdruck „scheiß Nigger“ sei gefallen.

DATEN 03.03.2020, Ludwigsburg, Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Ludwigsburger Kreiszeitung
https://www.lkz.de/sport/fu%C3%9Fball_artikel,-rassismus-vorfall-in-der-bezirksliga-_arid,584824.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 4. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 04.03.2020, Sersheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 4. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

DATEN 04.03.2020, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Hakenkreuz an privater Gedenkstätte

Zwischen dem Abend des 1. und dem Abend des 2. März haben Unbekannte in Markdorf auf einen Baum an einer privaten Gedenkstätte mit weißer Farbe ein Hakenkreuz geschmiert, das Foto des Verstorbenen übermalt und Blumen vor dem Baum niedergetreten. Die Polizei in Überlingen hat Ermittlungen eingeleitet und Zeugen gebeten, sich zu melden. Von privater Seite wurden 200 Euro Belohnung für Hinweise ausgesetzt, die zur Ermittlung der Verursacher führen.

DATEN 05.03.2020, Markdorf (Bodenseekreis), Internetaufruf: 17.11.2020

QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/bodenseekreis/markdorf_artikel,-hakenkreuz-auf-gedenkstaette-geschmiert-_arid,11196017.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 6. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 06.03.2020, Heidelberg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Gambier in Bus attackiert

Ein 27-Jähriger griff in Konstanz am Abend des 3. März in einem Bus einen Gambier an und verletzte ihn. Wie zwei Zeuginnen berichteten, wurde der 36-jährige Gambier aus dem Bus gestoßen, der 27-jährige Angreifer kam hinterher und beschimpfte ihn. Er soll

den Gambier laut einer der Zeuginnen auch ins Gesicht geschlagen und in einer Hand einen Schlagring gehabt haben. Mehrere Frauen schritten ein und verhinderten schwerere Verletzungen. Die Motive dieser Tat schienen rassistischer Herkunft zu sein. Der Täter hat sich später selbst bei der Polizei gemeldet.

DATEN 06.03.2020, Konstanz, Internetaufruf: 13.01.2021
QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Am-Bodanplatz-verletzt-ein-27-Jaehriger-einen-Gambier-vermutlich-aus-rassistischen-Motiven-Mehrere-Frauen-greifen-ein-und-helfen;art372448,10462625>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Rottenburg kam es am 6. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 06.03.2020, Rottenburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 8. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 08.03.2020, Heidelberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Stuttgart kam es am 8. März zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 08.03.2020, Stuttgart
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Drohmail an SPD-Kreistagsvorsitzende

Nach einer Aussage auf Twitter zur Flüchtlingskrise an der griechischen Grenze erhielt die SPD-Kreisvorsitzende im Schwarzwald-Baar-Kreis eine E-Mail mit der Drohung, man werde ihr Wohnhaus mit einer Brandbombe angreifen. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

DATEN 09.03.2020, Bad Dürkheim (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 13.01.2021
QUELLE Südwestpresse – Die Neckar Quelle
https://www.nq-online.de/lokales/brandbombe-aufs-wohnhaus_50_111855643-16-.html?fbclid=IwAR0UtgLuzMWMpCncXABNiXaQ_ki1jDAZo1J0_aa2G4i0kts1Q63hRg88Ofo

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Fellbach kam es am 10. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 10.03.2020, Fellbach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

„Identitäre Bewegung“ tritt verstärkt in Stuttgart auf

Anfang März musste die Polizei die Ordnung bei einer gegen die Aufnahme von Geflüchteten im EU-Mitgliedsstaat Griechenland gerichteten „Spontanversammlung“ der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ in der Stuttgarter Innenstadt wahren. Neben den zwölf Teilnehmern hatten sich ebenfalls Gegenemonstranten aus dem Antifa-Bereich eingefunden, berichten die Stuttgarter Nachrichten. Wie die Zeitung weiter schreibt, wurde 2020 bereits am 12. Februar im Stuttgarter Stadtteil Rot auf Plakaten und mit Werbematerial in Briefkästen für die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“ geworben, und im Stadtzentrum fand am 25. Januar eine Kundgebung der Organisation gegen die Rundfunkgebühren und die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks statt.

Nach Auskunft der Stadtverwaltung gab es ähnliche Versammlungen der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ auch schon am 17. Februar 2018, am 26. Mai 2018 und am 18. August 2018¹ in Stuttgart. Solche Versammlungen zielten laut dem baden-württembergischen Landesamt für Verfassungsschutz „unter anderem darauf ab, in der deutschen Bevölkerung islamfeindliche und

1 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 123. Für die anderen genannten Aktionen hatten wir leider keine Meldungen.

völkische Positionen zu etablieren sowie das Vertrauen in das politische System der Bundesrepublik und dessen Vertreter zu erschüttern“. Auch nicht extremistische Gruppierungen und Einzelpersonen würden laut den Verfassungsschützern von solchen Botschaften angesprochen: „Dies spricht dafür, dass deren Inhalte auch in bürgerlichen Kreisen anschlussfähig sind. Diese Anschlussfähigkeit spricht vor allem Jugendliche an, da die IBD scheinbar deutlich ‚harmloser‘ wirkt als andere rechtsextremistische Gruppierungen.“

In Baden-Württemberg gehören der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ aktuell circa 100 Mitglieder an. Wie viele davon in Stuttgart leben, ist nicht bekannt. Die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten liegen laut dem Landesamt für Verfassungsschutz im Großraum Stuttgart sowie in den Bereichen Bodensee, Ulm und im Rhein-Neckar-Raum. Im Raum Rottweil fanden in der Vergangenheit mehrere Veranstaltungen der Gruppierung statt, wie die in der Regel zweimal jährlich sogenannten „Aktivenwochenenden“, bei denen Kampfsportelemente, Volkstanz, Fackelwanderungen, Vorträge und ein Verhaltenstraining für „brenzlige Situationen im identitären Aktivistenalltag“ unter den Programmpunkten zu finden waren.

 **DATEN** 10.03.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020
 **QUELLE** Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.identitaere-bewegung-rechtsextreme-gehen-in-stuttgart-in-die-oeffentlichkeit.40ba1da0-a608-499a-aa18-ac1cee856b81.html>

Verfassungsfeindliche Schmierereien in Altdorf

Laut einer Meldung der Polizei wurden bei einer Bushaltestelle in Altdorf fremden- und verfassungsfeindliche Schriftzüge an Betonfassaden entdeckt. Wann die Schmierereien angebracht wurden, war nicht bekannt. Die Polizei bat um Hinweise.

 **DATEN** 11.03.2020, Altdorf (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 13.01.2021
 **QUELLE** Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4543410>

Xavier Naidoo muss DSDS-Jury verlassen

Der Mannheimer Sänger Xavier Naidoo ist, wegen eines Videos mit einem umstrittenen Liedtext, aus der Jury der RTL-Sendung „Deutschland sucht den Superstar“ ausgeschlossen worden. Der Text lautet unter anderem: „Ich hab’ fast alle Menschen lieb, aber was, wenn fast jeden Tag ein Mord geschieht, bei dem der Gast dem Gastgeber ein Leben stiehlt, dann muss ich harte Worte wählen. Denn keiner darf meine Leute quälen.“

Der RTL-Geschäftsführer begründete die Entscheidung damit, dass der Sender für Vielfalt im Programm stehe und die

Meinungsfreiheit verfechte. Deshalb lehne RTL jede Form von Rassismus und Extremismus entschieden ab. „Die jetzt aufgetauchten Videos von Xavier Naidoo haben uns massiv irritiert. Unsere Bitte, seine Äußerungen im Dialog und live bei RTL persönlich und öffentlich zu diskutieren und zu erklären, hat er bislang unbeantwortet gelassen. Gerade diese Diskussion fänden wir wichtig, da für uns die Aussagen im Video und seine Kommentierung danach überhaupt nicht zusammenpassen. Daher haben wir uns entschieden, ihn für die kommende Liveshow von DSDS auszuschließen“, sagte er weiter.

Naidoo selbst sprach laut Tag24 auf seiner Facebook-Seite von einer falschen Interpretation seiner Aussagen. Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit seien ihm völlig fremd und er setze sich seit Jahren aus tiefster Überzeugung gegen Ausgrenzung und Rassenhass ein. Liebe und Respekt seien der einzige Weg für ein gesellschaftliches Miteinander.

Naidoo wurde wegen seiner politischen Haltung schon mehrmals kritisiert. 2014 trat er in Berlin bei einer Demonstration der sogenannten „Reichsbürger“ zum Tag der Deutschen Einheit als Redner auf. 2015 wurde seine Nominierung für den Eurovision Song Contest vom Norddeutschen Rundfunk wegen heftiger Kritik zurückgezogen. Wegen eines 2017 von Naidoo verfassten Liedtextes für die „Söhne Mannheims“, in dem Volksvertreter als „Volks-in-die-Fresse-Treter“ bezeichnet werden, wurde ihm Rechtspopulismus vorgeworfen. Der Sänger selbst bezeichnete seinen Text als „zugespitzte Zustandsbeschreibung gesellschaftlicher Strömungen“.

Als Antisemit darf Naidoo aber laut einem Gerichtsurteil aus dem Jahr 2017 nicht bezeichnet werden. Die Referentin einer Stiftung gegen Rechtsextremismus hatte dies getan. Bestätigt wurde das Urteil 2019 vom Oberlandesgericht Nürnberg, da die Referentin sich nur auf Liedtexte Naidoos bezogen und keine Fakten für diesen Eindruck vorgelegt habe. Der Sänger selbst habe immer wieder geäußert, dass seine Texte in den Vorwürfen falsch interpretiert würden.

 **DATEN** 11.03.2020, Köln, Internetaufruf: 17.09.2020
 **QUELLE** Tag24
<https://www.tag24.de/unterhaltung/tv/rtl-xavier-naidoo-rassismus-fluechtlinge-rauswurf-dsds-1457565>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Friedrichshafen kam es am 12. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 **DATEN** 12.03.2020, Friedrichshafen
 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Leutkirch kam es am 12. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 12.03.2020, Leutkirch
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Wiesloch kam es am 15. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 15.03.2020, Wiesloch
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Blaufelden kam es am 18. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 18.03.2020, Blaufelden
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Offenburg kam es am 18. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole §90a StGB.

-  DATEN 18.03.2020, Offenburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20631
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>

Durchsuchungen bei „Reichsbürgern“ in Baden-Württemberg

Im Rahmen einer in zehn Bundesländern durchgeführten Polizeiaktion gegen den Verein „Geeinte deutsche Völker und Stämme“, der der sogenannten „Reichsbürger“-Szene zuzurechnen ist, wurden in Baden-Württemberg am 19. März vier Gebäude in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg durchsucht. Bei den Razzien konnten Beamte Vereinsmaterial und Beweismittel sicherstellen, außerdem wurde Vereinsvermögen beschlagnahmt, teilte das baden-württembergische Innenministerium mit. An dem Polizeieinsatz nahmen in Baden-Württemberg circa 60 Beamte aus Mannheim, Freiburg und Pforzheim teil, geleitet wurde er vom Polizeipräsidium Karlsruhe.

Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte die „Geeinten deutsche Völker und Stämme“ im Vorfeld der Durchsuchungen verboten. Die Vereinsmitglieder „bringen durch Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus ihre Intoleranz gegenüber der Demokratie deutlich zum Ausdruck“ und bedrohen durch „verbalaggressive Schreiben“ die Adressaten mit „Inhaftierung“ und „Sippenhaft“. Regierungsmitgliedern wurde vom „Höchsten Gericht“ der Gruppierung mit Klagen wegen „Zersetzung hoheitlicher Staatlichkeit“ gedroht, begründete sein Ministerium das Verbot.

Laut dem baden-württembergischen Innenministerium erkennt der Verein die staatlichen Institutionen der Bundesrepublik nicht an und vertritt die Auffassung der sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“, nach der die Bundesrepublik nur ein Firmenkonstrukt sei, aus dem man austreten könne. Seine Mitglieder sind bereits seit 2016 im Internet präsent und treten seit 2017 auch öffentlich auf.

Neben Baden-Württemberg nahmen die Länder Berlin, Brandenburg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen und Thüringen an der Polizeiaktion teil.

-  DATEN 19.03.2020, Baden-Württemberg, Internetaufruf: 17.09.2020
-  QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.reichsbuerger-in-baden-wuerttemberg-razzien-in-karlsruhe-und-freiburg.11cb354e-e92d-49a4-abb8-f906c6460aff.html>

Antisemitische Schmierereien

In Edingen am Kaiserstuhl kam es am 19. März zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich

politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 19.03.2020, Endingen am Kaiserstuhl
-  QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Nazisymbole in Baum geritzt

Unbekannte Täter haben in Pforzheim ein Hakenkreuz und die Buchstaben „SS“ in die Rinde eines Baums an einem Fußweg entlang der Nagold geritzt. Nachdem die Pforzheimer Zeitung die Polizei auf den Vorfall hingewiesen hatte, hat diese auch den Staatsschutz informiert. Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurden eingeleitet. Das Grünflächenamt der Stadt wurde beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen zur Entfernung der Symbole aus dem öffentlichen Blickfeld ergriffen werden können.

-  DATEN 19.03.2020, Pforzheim, Internetaufruf: 17.09.2020
-  QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-In-Rinde-geritzte-Nazisymbole-in-Pforzheim-Staatsschutz-ermittelt-_arid,1424752.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Wyhl kam es am 19. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 19.03.2020, Wyhl
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bühlertal kam es am 20. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 20.03.2020, Bühlertal
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Nazi-Schmierereien in Neresheim

Zwischen dem 18. und 19. März wurden mit einem schwarzen Stift ein Hakenkreuz und das Wort „Hitler“ an eine Wand einer Unterführung in Neresheim geschmiert.

-  DATEN 20.03.2020, Neresheim (Ostalbkreis), Internetaufruf: 13.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4552695>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Rottweil kam es am 23. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

-  DATEN 23.03.2020, Rottweil
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Rechtsradikale Symbole in Böhringen

Unbekannte Sprayer haben in Böhringen ein Hakenkreuz und eine SS-Rune an einer Wand in der Bahnstationsunterführung hinterlassen. Die Schmierereien fanden zwischen dem 21. und 23. März statt.

-  DATEN 24.03.2020, Böhringen (Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 16.12.2020
-  QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/radolfzell/Erneute-rechtsradikale-Schmierereien-an-der-Unterfuehrung-in-Boehringen;art372455,10479397>

Anarchistisches Symbol an Hauswand gesprüht

Unbekannte haben an die Hauswand eines Mehrfamilienhauses in der Straße „Hinter der Burg“ ein anarchistisches Symbol gesprüht. Die Höhe des Sachschadens konnte noch nicht beziffert werden. Die Schmiererei fand zwischen dem 21. und 23. März statt.

-  DATEN 24.03.2020, Radolfzell (Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 16.12.2020
-  QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4555588>

Hakenkreuzschmiererei in Ellwangen

An einer Gaststätte am Schloss in Ellwangen wurden Farbschmierereien an der Hauswand und an Blumenkästen entdeckt, ein Hakenkreuz sowie Buchstaben und ein Schriftzug. Angebracht wurden die Schmierereien zwischen dem Nachmittag des 20. März und dem Morgen des 24. März. Der entstandene Schaden wurde mit circa 500 Euro angegeben.

 DATEN 24.03.2020, Ellwangen (Jagst – Ostalbkreis),
Internetaufruf: 15.01.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4555840>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Backnang kam es am 28. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 DATEN 28.03.2020, Backnang

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserv.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Balzheim kam es am 28. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 DATEN 28.03.2020, Balzheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Stuttgart kam es am 29. März zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität links Vorfälle gemäß Sachbeschädigung § 303 StGB.

 DATEN 29.03.2020, Stuttgart

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Reichsbürger verteilen Flugblätter in Wangen

Flugblätter mit dem Titel „Referendum für die Verfassung von Deutschland“ sind im Februar und im März in Briefkästen in

Wangen im Allgäu gefunden worden. Sie beinhalten Gedankengut der sogenannten „Reichsbürger“ und fordern die Empfänger auf, einem Referendum für eine neue Verfassung zuzustimmen. Dies sei notwendig, da die Gültigkeit des Grundgesetzes der Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung 1990 und der dabei vermeintlich erfolgten Streichung ihres Geltungsbereichs erloschen sei.

Ähnliche Flugblätter waren bereits 2019 im Raum Ravensburg verteilt worden. Die Urheber gehören der Gruppierung „Verfassungsgebende Versammlung“ an und sind dem Landesamt für Verfassungsschutz seit 2018 bekannt, gab die Behörde gegenüber der Schwäbischen Zeitung an. Mit den Flyern versuche die Gruppe oder einzelne ihrer Aktivisten, neue Mitglieder zu gewinnen, hieß es weiter. Die Empfehlung der Verfassungsschützer sei: „Schreiben bzw. Flyer dieser Art nicht weiter berücksichtigen“.

 DATEN 29.03.2020, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg),
Internetaufruf: 17.11.2020

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/wangen_artikel,-reichsbuerger-flugblatt-in-wangen-staatsschutz-kennt-die-verfasser-_arid,11206120.html

Rassistische Beleidigungen in Supermarkt

Zwei Frauen wurden am 27. März in einem Mannheimer Supermarkt rassistisch angegangen. Ein junger Mann hat sie wegen ihres asiatischen Aussehens beleidigt, bespuckt und angehustet und dabei das Wort „Corona“ geäußert. Eine der Frauen schlug er ins Gesicht und beschädigte dabei ihre Brille. Zeugenhinweise wurden erbeten.

 DATEN 30.03./22.05.2020, Mannheim,
Internetaufruf: 13.01.2021

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/metropolregion_artikel,-corona-spucker-mit-ich-corona-angesprochen-und-ins-gesicht-gespuckt-_arid,506252.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 30. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB.

 DATEN 30.03.2020, Reutlingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 31. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 31.03.2020, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 5. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte §113 StGB.

 DATEN 05.04.2020, Freiburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Markdorf kam es am 6. April zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 06.04.2020, Markdorf
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Hakenkreuzschmierereien auf Autos

In der Nacht vom 7. zum 8. April haben Unbekannte in der Heilbronner Innenstadt insgesamt 37 Autos mit Farbe besprüht. Auf neun der Autos wurden dabei Hakenkreuze geschmiert. Bei einem ähnlichen Vorfall im selben Stadtviertel wurden bereits in der Nacht vom 27. zum 28. März insgesamt 22 Autos mit Farbe beschmiert. Der entstandene Schaden wurde in beiden Fällen auf mehrere Zehntausend Euro geschätzt. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

 DATEN 08.04.2020, Heilbronn, Internetaufruf: 17.09.2020
 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/polizei/heilbronn/Hakenkreuze-auf-Autos-geschmiert;art1491,4342489>

Folgemeldung zu „Hakenkreuzschmierereien auf Autos“ vom 08.04.2020

Durch eine DNA-Spur an einer Sprühdose konnte die Polizei einen Tatverdächtigen für die Schmierereien in der Heilbronner Innenstadt im März und April ermitteln, bei denen mehrere Autos unter anderem mit Hakenkreuzen besprüht worden waren. Von einem rassistischen Motiv gehe man derzeit eher nicht aus, es

gebe Anhaltspunkte für eine psychische Störung des 53-jährigen Verdächtigen, sagte ein Polizeisprecher.

 DATEN 15.07.2020, Heilbronn, Internetaufruf: 06.11.2020
 QUELLE n-tv
<https://www.n-tv.de/regionales/baden-wuerttemberg/Hakenkreuze-in-Heilbronn-DNA-fuehrt-Polizei-zu-Verdaechtigem-article21913201.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Kehl kam es am 10. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 10.04.2020, Kehl
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Leutkirch kam es am 10. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 10.04.2020, Leutkirch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weil am Rhein kam es am 10. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 10.04.2020, Weil am Rhein
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Satteldorf kam es am 11. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 11.04.2020, Satteldorf
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sexau kam es am 12. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 12.04.2020, Sexau
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Hakenkreuz-Schmiererei in Immendingen

Im Immendinger Teilort Zimmern haben Unbekannte, vermutlich in der Nacht zum 12. April, mehrere Schmierereien angebracht und andere Sachbeschädigungen verübt. Unter anderem wurden an einer Bushaltestelle ein Hakenkreuz aufgesprüht und eine von einem Sägekünstler gefertigte Heiligenstatue auf einer Holzbrücke mit einem Hitlerbart bemalt. Auch Phallus-Symbole und das Wort „Pabst“ waren unter den Schmierereien zu finden. Eine Geschwindigkeits-Messsäule an einer durch den Ort führenden Bundesstraße wurde verklebt und ebenfalls beschmiert. Der Immendinger Bürgermeister kündigte an, Anzeige zu erstatten, und bat um Hinweise zu den Vorfällen.

-  DATEN 14.04.2020, Immendingen (Landkreis Tuttlingen), Internetaufruf: 17.11.2020
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/immendingen_artikel,-schmierereien-an-bruecke-und-haltestellen-_arid,11211694.html

Haus mit Hakenkreuz beschmiert

Unbekannte haben am 15. April zwischen 1 Uhr und 7 Uhr ein Haus in Oedheim mit nationalsozialistischen Symbolen beschmiert. Unter anderem wurden Hakenkreuze und Kürzel wie „SA“ und „SS“ auf eine Wand des Hauses gesprüht. Durch die Schmierereien entstand ein geschätzter Sachschaden von mehr als zehntausend Euro. Ein ähnlicher Vorfall hatte sich bereits im März in Oedheim ereignet. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen eingeleitet und bat Zeugen um Hinweise auf die Täter.

-  DATEN 16.04.2020, Oedheim (Landkreis Heilbronn), Internetaufruf: 17.09.2020
-  QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/polizei/heilbronn/Sprayer-schmiereren-Hakenkreuze-an-Hauswand-in-Oedheim;art1491,4344228>

Hakenkreuz an Mehrfamilienhaus

Zwischen 18 Uhr am 14. April und 16 Uhr am 15. April wurde eine Wand eines Mehrfamilienhauses in Schwäbisch Gmünd unter anderem mit einem Hakenkreuz in einem Kreis beschmiert. Die unbekanntenen Täter haben blaue Farbe verwendet, laut Polizei entstand ein Sachschaden von circa 200 Euro.

-  DATEN 16.04.2020, Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis), Internetaufruf: 17.09.2020
-  QUELLE Gmünder Tagespost
<https://www.gmuender-tagespost.de/1885310/>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 17. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 17.04.2020, Mannheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Alkoholisierter Mann zeigt Hitlergruß und ruft Nazi-Parolen

Ein alkoholisierter 27-jähriger Mann hat am Abend des 17. April im Stadtgebiet von Bad Saulgau den Hitlergruß gezeigt und Nazi-Parolen geäußert. Er wurde kurzzeitig in Gewahrsam genommen. Der Mann wurde bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

-  DATEN 18.04.2020, Bad Saulgau (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 13.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4574197>

Antisemitische Schmierereien

In Karlsruhe kam es am 18. April zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte

Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 18.04.2020, Karlsruhe

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Antisemitische Schmierereien

In Schwäbisch Gmünd kam es am 18. April zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 18.04.2020, Schwäbisch Gmünd

 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Karlsruhe kam es am 20. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.04.2020, Karlsruhe

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Offenburg kam es am 20. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.04.2020, Offenburg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Brandanschlag auf Vaihinger Polizeipräsidium

Am frühen Morgen des 20. April haben unbekannte Täter eine Feuerwerksbatterie mit 16 Schuss auf dem Außensims eines Fensters des Polizeireviers in Vaihingen gezündet. Die Staatschutzabteilung der Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen versuchter schwerer Brandstiftung aufgenommen und Zeugen gebeten, sich zu melden.

 DATEN 20.04.2020, Vaihingen an der Enz (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 19.11.2020

 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.in-vaihingen-an-der-enz-unbekannte-zuenden-feuerwerk-vor-polizeirevier.5c58b7c2-b0d2-4359-83a5-ddd5c0aa35a8.html>

Nazi-Schmierereien in Heidelberg

In der Nacht zum 19. April haben unbekannte Täter im Bereich der Kläranlage im Heidelberger Stadtteil Neuenheim mit roter Farbe Hakenkreuze und antisemitische Parolen auf zwei Gartenhäuser, einen Stromkasten und einen Anhänger einer Fahrschule geschmiert. Die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen und Zeugen des Vorfalls gebeten, sich zu melden.

 DATEN 21.04.2020, Heidelberg, Internetaufruf: 17.09.2020

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/regionalticker_artikel,-heidelberg-staatsschutz-ermittelt-wegen-nazi-schmierereien-_arid,510679.html

Hitlergruß in Kornwestheim

Eine Kontrolle zur Corona-Pandemie ist in der Nacht zum 22. April in Kornwestheim vollkommen aus dem Ruder gelaufen. Zwei Streifenwagenbesetzungen wollten, nach einem Zeugenhinweis auf einen Streit, fünf junge Männer kontrollieren, da diese offensichtlich gegen die geltende Corona-Verordnung verstießen. Die 16 bis 29 Jahre alten Männer zeigten jedoch kein Verständnis für die Maßnahmen der Beamten. Sie verhielten sich angriffslustig und provozierten die Polizisten. Unter anderem erhob ein 29-Jähriger den Arm zum Hitlergruß und entblößte gegenüber den Beamten seine Genitalien. Er wurde daraufhin wegen Beleidigung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angezeigt.

 DATEN 22.04.2020, Kornwestheim (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 19.11.2020

 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.corona-kontrolle-in-kornwestheim-eskaliert-29-jaehriger-zeigt-polizisten-seinen-penis-und-den-hitlergruss.55359646-84e4-41c7-aa40-a7fcc1a579b6.html>

Rassistische Beleidigung an Tankstelle

Ein alkoholisierter 50-Jähriger bedrohte am Abend des 22. April einen Kunden einer Tankstelle im Leonberger Stadtteil Eltingen

mit einem Küchenmesser und beschimpfte ihn mit rassistischen Beleidigungen. Anschließend ging der Mann davon, wurde aber von der durch eine Zeugin alarmierten Polizei unweit der Tankstelle aufgegriffen. Das Messer hatte er noch in der Hand und weigerte sich, es abzulegen. Die Beamten brachten ihn deshalb zu Boden und nahmen ihn in Gewahrsam.

-  DATEN 23.04.2020, Leonberg (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 13.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4578689>

Hakenkreuze und SS-Runen in Tettngang

Polizeibeamte haben am Nachmittag des 22. April an zwei Brückenpfeilern, einem Stromverteilerkasten und mehreren Verkehrszeichen an der Auffahrt zu einer Bundesstraße circa ein Dutzend Hakenkreuze und drei SS-Runen entdeckt. Die Symbole wurden in roter und schwarzer Farbe aufgesprüht. An eine Mauer war außerdem der Schriftzug „Ausländer Raus aus Deutschland Ei Hitler“ geschmiert. Der genaue Zeitpunkt der Tat war zunächst nicht bekannt. Die Ermittlungen hat das Polizeirevier in Friedrichshafen übernommen, Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

-  DATEN 23.04.2020, Tettngang (Bodenseekreis), Internetaufruf: 02.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4579272>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Dogern kam es am 25. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 25.04.2020, Dogern
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Stuttgart kam es am 25. April zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt

im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 25.04.2020, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Unbekannter brüllt „Heil Hitler“ und „Arbeit macht frei“

In Bad Waldsee fiel zwei Zeuginnen am 25. April ein Mann auf, der eine Spitzhacke bei sich trug und „Heil Hitler“ und „Arbeit macht frei“ brüllte. Wie die Polizei in einer Pressemitteilung am 27. April berichtete, hat sich der Vorfall in der Nähe der Bad Waldseer Außenstelle des Landratsamts ereignet. Die Ermittlungen hat der Staatsschutz bei der Kriminalpolizeidirektion Friedrichshafen übernommen. Zeugen des Vorfalls wurden gebeten, sich zu melden.

-  DATEN 27.04.2020, Bad Waldsee (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 17.11.2020
-  QUELLE Schwäbische Zeitung https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/bad-waldsee_artikel,-mann-bruellt-rechtsradikale-parolen-_arid,11216457.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lörrach kam es am 28. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 28.04.2020, Lörrach
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Spechbach kam es am 28. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 28.04.2020, Spechbach
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Polizei muss Abgeordneten aus Landtag entfernen

Ein parteiloser, früher der AfD angehörender Abgeordneter hat am 29. April mit Zwischenrufen und Provokationen, wie das Parlament verkomme zur Schwatzbude oder die Landtagspräsidentin heble den Parlamentarismus in den Zeiten der Krise aus, für die Unterbrechung einer Sitzung des baden-württembergischen Landtags gesorgt. Landtagspräsidentin Muhterem Aras erteilte ihm wegen seines provokanten Verhaltens anfangs mehrere Ordnungsrufe, entzog ihm dann das Wort und schloss ihn schließlich von der Sitzung aus. Trotzdem redete der Abgeordnete minutenlang am Pult weiter, setzte sich dann demonstrativ auf seinen Stuhl und weigerte sich zu gehen. Erst von hinzugeholten Polizisten ließ er sich schließlich aus dem Plenarsaal führen. Der Abgeordnete wurde anschließend für drei Sitzungen des Landtags ausgeschlossen.

 DATEN 29.04.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020

 QUELLE Stuttgart Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.polizeieinsatz-im-landtag-heinrich-fiechtner-fliegt-aus-dem-parlament.ea024110-8382-4c90-a3cb-db19d1aefec8.html>

Folgemeldung zu „Polizei muss Abgeordneten aus Landtag entfernen“ vom 29.04.2020

In einer Debatte über die Stuttgarter Krawallnacht hat der parteilose Abgeordnete am 24. Juni erneut für einen Eklat im baden-württembergischen Landtag gesorgt. Er provozierte die anderen Landtagsmitglieder und Präsidentin Muhterem Aras mit Äußerungen, wie sie wollten das deutsche Volk von Ausländern überannt sehen oder sie sollten in der Königstraße die Scherben ihrer Politik aufsammeln und am besten Frau Aras gleich mitnehmen. Auf einen Ordnungsruf der Landtagspräsidentin reagierte er mit weiteren verbalen Entgleisungen: „Sie agieren wie in einem totalitären System“ und „Sie würden einem Goebbels Ehre machen“, attackierte er sie. Als Muhterem Aras ihn daraufhin von der Sitzung ausschloss, weigerte sich der Abgeordnete den Plenarsaal zu verlassen und musste von zwei Polizeibeamten hinausgetragen werden.

Nach dem Vorfall unterbrach die Landtagspräsidentin die Sitzung und berief eine Sondersitzung des Landtagspräsidiums ein, in der einstimmig der Ausschluss des Abgeordneten von den Plenarsitzungen für die nächsten fünf Sitzungstage beschlossen wurde.

Innenminister Thomas Strobl kommentierte das Verhalten des Abgeordneten mit der Anmerkung, dass in der Sitzung viel von Respekt für Polizisten die Rede gewesen sei, die größte Missachtung von Polizisten sei aber der Vorfall während der Landtagsitzung selbst gewesen. „Können Sie sich vorstellen, was in einem Polizisten vorgeht, wenn er einen gesunden Menschen aus

diesem Plenarsaal hinaustragen muss? Aus meiner Sicht ist das die größte Missachtung, die man gegenüber einem Polizisten zeigen kann“, sagte er dazu.

 DATEN 24.06.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020

 QUELLE Stuttgart Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.wieder-polizei-im-landtag-abgeordneter-laesst-sich-aus-parlament-heraus-tragen.a2bf0b5d-1bf7-4200-9168-4a70fe105556.html>

 QUELLE Stuttgart Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.debatte-ueber-stuttgarter-krawallnacht-abgeordneter-fiechtner-provoziert-eklat-im-landtag.6c6eccd2-5567-4632-8292-3fff5911cf20.html>

Extremisten werden bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen aktiv

Wie die Badische Zeitung berichtet, versuchen seit Ende April immer mehr extremistische Gruppierungen die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen für die Verbreitung ihrer Weltanschauungen auszunützen. Neben Anhängern von Verschwörungsmythen gebrauchten auch die neue Rechte und die „Reichsbürger“-Szene die Protestveranstaltungen als Plattform für ihre Ideologien, ebenso würden antikapitalistische und antisemitische Thesen vertreten. So seien beispielsweise bei sogenannten „Spaziergängen fürs Grundgesetz“ in Offenburg auch zwei AfD-Stadträte und ein Anhänger der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ beteiligt gewesen. Auch einen AfD-Abgeordneten, gegen den wegen extremistischer Äußerungen bereits ein Parteiausschlussverfahren lief, und einen Rechtspopulisten, der nach der Ermordung einer 15-Jährigen durch einen Asylbewerber in Kandel regelmäßig Demonstrationen gegen die Asylpolitik der Bundesregierung organisierte, nennt die Zeitung als Beispiele für Extremisten, die ihre Ideologien bei den Protesten propagieren. Gleichermaßen sei auch im Internet eine Zunahme von Gruppen zu verzeichnen, die auf sozialen Plattformen wie Whatsapp oder Telegram versuchten, Verschwörungsmythen und extremistische Inhalte populär zu machen, schreibt die Badische Zeitung weiter.

DATEN 01.05.2020, Südbaden, Internetaufruf: 11.11.2020
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/extremisten-unterwandern-proteste-gegen-corona-massnahmen>

Rechtsradikale Schmierereien am Maifeiertag

Am frühen Morgen des 1. Mai haben Unbekannte in Simmozheim Wohncontainer einer Asylunterkunft mit rechtsradikalen Parolen und Zeichen besprüht sowie mehrere Straßen- und Verkehrszeichen beschmiert und damit hohen Sachschaden verursacht. Laut Zeugenaussagen handelte es sich bei den Tätern um vier schwarz gekleidete Personen, die eine Leiter nebst einer laufenden Musikanlage dabei hatten.

Der Staatsschutz hat die Ermittlungen zu dem Vorfall übernommen und weitere Zeugen gebeten, sich zu melden.

DATEN 02.05.2020, Simmozheim (Landkreis Calw), Internetaufruf: 17.09.2020
QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/region_artikel,-Polizeipraesidium-zieht-ueberwiegend-positive-Bilanz-nach-dem-Maifeiertag-_arid,1437361.html

Frau ruft rechte Parolen

Am 30. April kontrollierte eine Polizeistreife eine 46-jährige Frau in Lörrach, weil diese gegen ein Hausverbot verstoßen hatte. Ein Zeuge wies die Beamten darauf hin, dass die Frau mehrmals rechtsextreme Parolen gerufen habe. Die Polizei suchte Zeugen dieser Tat.

DATEN 04.05.2020, Lörrach, Internetaufruf: 07.12.2020
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/polizei-meldungen/46-jaehrige-frau-soll-in-loerrach-rechtsextreme-parolen-gerufen-haben>

Hakenkreuzschmierereien in Mutlangen

Unbekannte haben in der Nacht zum 1. Mai zwischen 0.45 Uhr und 4.25 Uhr Hakenkreuze und verschiedene Schriftzüge an mindestens elf Gebäude im Ortskern von Mutlangen geschmiert. Der entstandene Schaden wurde auf mehrere Hundert Euro geschätzt, die Polizei bat Zeugen um Hinweise auf die Täter.

DATEN 04.05.2020, Mutlangen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 05.05.2020
QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4587590>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 4. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 04.05.2020, Reutlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 4. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 04.05.2020, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Karlsruhe kam es am 5. Mai zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte

Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 05.05.2020, Karlsruhe
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Antisemitische Schmierereien

In Pforzheim kam es am 5. Mai zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 05.05.2020, Pforzheim
 QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 6. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 06.05.2020, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Prozessbeginn wegen Attacke gegen Gäste eines Wieslocher Eiscafés

Wegen einer Massenschlägerei am 8. September 2018 vor einem Wieslocher Eiscafé² begann am 5. Mai vor dem Amtsgericht Wiesloch der Prozess gegen drei an der Tat beteiligte Männer. Diese sollen türkischstämmige Besucher des Eiscafés verbal und körperlich angegriffen haben. Dabei riefen sie derbe Parolen wie „Wir graben Adolf Hitler wieder aus“ oder „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“.

In einem zweiten Prozess sollte sich ein ebenfalls an der Tat beteiligter ehemaliger Mechaniker der Polizei verantworten.

 DATEN 06.05.2020, Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 20.12.2020
 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/wiesloch_artikel,-fremdenfeindlicher-angriff-wiesloch-das-opfer-hatte-angst-zu-tode-gepruegelt-zu-werden-_arid,513013.html

346 Waffen aus der „Reichsbürger“-Szene eingezogen

In einer Mitteilung an die Deutsche Presse-Agentur berichtet das baden-württembergische Innenministerium von einer voranschreitenden Entwaffnung der sogenannten „Reichsbürger“ im Land. Seit einer Anweisung von Innenminister Thomas Strobl im Januar 2017 an die Waffenbehörden, für Angehörige der „Reichsbürger“-Szene keine waffenrechtlichen Erlaubnisse mehr auszustellen und schon erteilte Genehmigungen, wenn möglich, zu widerrufen, wurden insgesamt 346 Waffen von Angehörigen der Szene eingezogen – 14 davon zwischen dem 1. Februar 2019 und dem 31. Januar 2020. „Wer die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und unseres Rechtsstaates leugnet, ist brandgefährlich“, begründete Strobel die Maßnahmen. Baden-Württemberg werde die Szene mit neuen Stellen und durch den Aufbau einer eigenständigen Abteilung zu Rechtsextremismus und sogenannten „Reichsbürgern“ im Landesamt für Verfassungsschutz besser im Blick behalten und konsequent gegen sie vorgehen.

 DATEN 08.05.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020
 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/weitere-reichsbuerger-im-land-entwaffnet;art19070,4350693>

Folgemeldung zu „346 Waffen aus der ‚Reichsbürger‘-Szene eingezogen“ vom 08.05.2020

In der Stellungnahme zu einem Antrag aus der SPD-Fraktion im Landtag auf Auskunft über die Personenzahl aus der rechtsextremen Szene in Baden-Württemberg, die über eine Waffenbesitzkarte oder einen Waffenschein verfügen, gab das Innenministerium am 18. Mai an, dass zu diesem Zeitpunkt insgesamt 46 dieser Szene zuzurechnende Personen Waffenberechtigungen besaßen, davon 15 eine Waffenbesitzkarte und 31 den kleinen Waffenschein.

Laut Angabe des rechtspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, von dem die Anfrage gestellt wurde, waren es laut der Stellungnahme zu einer ähnlichen Anfrage 2017 noch insgesamt 37 Waffenbesitzer. „Das Problem hat sich also noch mal verschärft“ und „Hier muss dringend etwas passieren. Die neue Rechtslage gibt es her, hier härter vorzugehen“, kommentierte er die Entwicklung gegenüber dem Reutlinger General-Anzeiger. Durch eine Verschärfung des Waffengesetzes am 20. Februar 2020 genügt bereits die ehemalige Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung, um als waffenrechtlich unzuverlässig zu gelten.

Seit Innenminister Thomas Strobl Anfang 2017 die Waffenbehörden angewiesen hat, Erlaubnisse zum Waffenbesitz von

2 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 130f.

Reichsbürgern und Extremisten einzuziehen, wurden in Baden-Württemberg von 104 Angehörigen dieser Personengruppen 144 waffenrechtliche Erlaubnisse für insgesamt 348 Waffen bestandskräftig zurückgenommen.

DATEN 06.06.2020, Baden-Württemberg,
Internetaufruf: 20.06.2020

QUELLE Reutlinger General-Anzeiger
https://www.gea.de/land_artikel,-noch-immer-gibt-es-im-land-rechtsextreme-mit-legalem-zugang-zu-waffen-_arid,6278100.html

Nazi-Parolen nach Nachbarschaftsstreit

Ein 47-Jähriger skandierte nach einem Nachbarschaftsstreit am frühen Morgen des 9. Mai im Überlinger Teilort Nesselwangen rechte Parolen wie „Heil Hitler“ oder „Sieg Heil“. Polizeibeamte riefen ihn zur Ordnung. Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde eingeleitet.

DATEN 09.05.2020, Überlingen (Bodenseekreis),
Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4592789>

Gedenktafel in Reutlingen zerstört

In der Nacht zum 9. Mai wurde in Reutlingen eine Gedenktafel, die an ein NS-Zwangsarbeiterlager in der Stadt erinnerte, zerstört und neben einen Müllcontainer geworfen. Die Polizei wurde informiert.

DATEN 11.05.2020, Reutlingen, Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/reutlingen_artikel,-kriegsende-gedenktafel-in-reutlingen-abmontiertund-zerst%C3%B6rt-_arid,6266567.html

Umstrittener Moderator Ken Jepsen als Redner bei Demo gegen die Corona-Maßnahmen

Bei einer gegen die Corona-Maßnahmen gerichteten Demonstration unter dem Motto „Mahnwache Grundgesetz“, die am 9. Mai auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart stattfand, trat der umstrittene Moderator und Youtuber Ken Jepsen als Stargast auf. Der ehemalige Radiomoderator war 2011 wegen strittiger Beiträge von seinem Arbeitgeber, dem Rundfunk Berlin-Brandenburg, nicht weiterbeschäftigt worden. Inzwischen betreibt Jepsen den Kanal

„KenFM“ auf Youtube, über den er auch Verschwörungsmychen verbreitet, wie etwa Bill und Melinda Gates würden in der Corona-Krise die Welt regieren und eine Zwangsimpfung wollen. In seiner Rede bezeichnete Jepsen die Corona-Pandemie als „trojanisches Pferd“, das dazu genutzt werde, „den Staat noch mächtiger und den Bürger noch ohnmächtiger zu machen“.

DATEN 11.05.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 11.11.2020

QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/massenstroemen-auf-den-wasen>

Prozess nach Brandanschlag auf Roma-Familie beginnt

Gegen fünf wegen eines Fackelwurfs auf eine Roma-Familie angeklagte Männer wurde am 11. Mai der Prozess am Ulmer Landgericht eröffnet. Der Vorfall ereignete sich Ende Mai 2019 in Erbach, wo die aus Frankreich stammende Familie ihr Lager aufgeschlagen hatte³. Die zur Tatzeit 17 bis 20 Jahre alten Angeklagten waren mit einem Auto am Lager der Familie vorbeigefahren. Dabei hatte einer von ihnen eine brennende Fackel auf einen Wohnwagen geworfen, in dem eine Frau und ihr neun Monate alter Sohn schliefen. Die Fackel hatte den Wagen nur knapp verfehlt, die Anklage lautete auf versuchten Mord.

Die jungen Männer haben den Brandanschlag in der Verhandlung unter Vorbehalt gestanden. Der Angeklagte, der die Fackel geworfen hatte, sagte aus, sie hätten der Familie nur Angst machen, aber niemanden verletzen wollen. Deshalb habe er die Fackel auch gezielt neben den Wohnwagen geworfen. Die Tat sei dumm gewesen und er schäme sich zutiefst dafür. Die Ermittler hatten ein rassistisches Tatmotiv nicht ausgeschlossen. Auf den Handys der Angeklagten fanden sie extrem rechte Bilder und Gruppenfotos der Angeklagten, auf denen sie den Hitlergruß zeigten. Außerdem hatten sie vor der Tat ein Schild mit der Aufschrift „Not welcome“ auf die Wiese mit den Wohnwägen gestellt und einen toten Schwan dort abgelegt, um die Roma-Familien zu vertreiben. Einige der Angeklagten sind Teil einer Gruppe rechtsgesinnter Fußballanhänger.

DATEN 12.05.2020, Ulm, Internetaufruf: 22.05.2020

QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Angeklagte-geben-Fackelwurf-zu-457261.html>

Folgemeldung zu „Prozess nach Brandanschlag auf Roma-Familie beginnt“ vom 12.05.2020

Im Prozess um den Fackelwurf auf das Lager einer Roma-Familie im Erbacher Ortsteil Dellmensingen verurteilte das Ulmer Landgericht vier Angeklagte zu Jugendstrafen zwischen 10 und 16

3 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2019, S. 45.

Monaten auf Bewährung. Beim fünften Täter, der bei der Tat am Steuer des Autos saß, war das Gericht nicht sicher, ob die Verhängung einer Jugendstrafe noch notwendig sei. Er hatte die Tat bereits früh und vollumfänglich gestanden, der Familie eine Entschädigung von 5.000 Euro gezahlt und sich bei den Opfern entschuldigt. Außerdem hat er an einem Aussteigerprogramm für Neonazis teilgenommen, sei „von seinem Gedankengut vollständig abgerückt“ und habe sich „ein komplett neues Umfeld“ gesucht. Er bekam deshalb eine Bewährungszeit von eineinhalb Jahren auferlegt. Wenn er in dieser Zeit noch einmal auffällig wird, droht auch ihm eine Jugendstrafe. Alle fünf Angeklagten wurden außerdem verpflichtet, innerhalb von vier Monaten nach dem Prozess, eine KZ-Gedenkstätte aufzusuchen und einen zehnsseitigen handschriftlichen Bericht über ihre Gefühle und Eindrücke bei dem Besuch zu erstellen.

Von dem Vorwurf des versuchten Mordes ist das Gericht abgerückt, da aus Sicht der Kammer keine Indizien für einen Tötungsvorsatz vorhanden waren. Die Urteile lauteten deshalb auf gemeinschaftliche Nötigung in 45 Fällen. Der vorsitzende Richter nannte die Tat in der Urteilsbegründung „äußerst verwerflich und menschenverachtend“. Getrieben von „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antiziganismus“ hätten alle fünf Angeklagten „ein Klima von Angst und Schrecken“ verbreiten wollen, um die Roma-Familie zur Abreise zu bewegen.

Der Vorsitzende des Verbands der Deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg äußerte sich positiv zu dem Urteil: „Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist heute weiterhin gestiegen und zeigt, die Geschichte ist ernst genommen worden“, sagte er.

DATEN 23.09.2020, Ulm, Internetaufruf: 06.11.2020
QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Nach-Fackelwurf-auf-Roma-Familien-Bewahrungsstrafen-fuer-Angeklagte-_arid,1480861.html

DATEN 23.09.2020, Ulm, Internetaufruf: 06.11.2020
QUELLE Der Spiegel
<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/urteil-in-ulm-nach-brandanschlag-auf-roma-aeusserst-verwerflich-und-menschenverachtend-a-3e153b99-591b-405a-b03c-69c1295aa360>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Horb kam es am 12. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 12.05.2020, Horb
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Hakenkreuz an Brücke

Ein Zeuge informierte die Polizei am 9. Mai über eine Hakenkreuzschmiererei auf der Betoneinfassung einer Murrbrücke in Burgstetten. Wann die Tat stattgefunden hatte, war nicht bekannt. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

DATEN 13.05.2020, Burgstetten (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 09.02.2021
QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4596378>

Antisemitische Schmierereien

In Asperg kam es am 14. Mai zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 14.05.2020, Asperg
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Esslingen kam es am 14. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 14.05.2020, Esslingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Leutkirch kam es am 14. Mai zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

DATEN 14.05.2020, Leutkirch
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

KSK Elite-Soldat festgenommen

Am 13. Mai wurde ein 45-jähriger Oberstabsfeldwebel der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) am KSK-Standort Calw festgenommen, wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz. Am 15. Mai kam er in Untersuchungshaft. Die Polizei hatte auf einem

Grundstück des Mannes in Nordsachsen ein vergrabenes Sturmge-
wehr AK 47, Munition und Plastiksprengstoff gefunden. Bereits im
April 2017 hatte es Hinweise auf eine rechtsextreme Gesinnung des
Soldaten gegeben. Er soll damals an einer Abschiedsparty für einen
KSK-Offizier teilgenommen haben, bei der Schweineköpfe geworfen
und Rechtsrock abgespielt wurden. Zusammen mit weiteren Solda-
ten soll er bei der Feier den Hitlergruß gezeigt haben. Der Nachrich-
tendienst der Bundeswehr hatte den Oberstabsfeldwebel und wei-
tere KSK-Soldaten seitdem beobachtet und konnte so den ent-
scheidenden Hinweis geben, der zum Fund der Waffen führte.

 DATEN 15.05.2020, Calw, Internetaufruf: 17.09.2020
 QUELLE Der Tagesspiegel
<https://www.tagesspiegel.de/politik/waffenfund-bei-ksk-mann-festgenommener-elitesoldat-soll-hitlergruss-gezeigt-haben/25830524.html>

Folgemeldung zu „KSK Elite-Soldat festgenommen“ vom 15.05.2020

Nach dem Waffenfund auf einem Privatgrundstück des fest-
genommenen KSK-Oberstabsfeldwebels hat die Generalstaats-
anwaltschaft Dresden ihre Ermittlungen ausgeweitet. Da ein Groß-
teil der sichergestellten Munition aus Bundeswehrbeständen
stammte, sollte geprüft werden, ob weitere Personen an einem
möglichen Munitionsdiebstahl oder einer Unterschlagung beteiligt
waren oder gegen Dienstanweisungen verstoßen haben.

Zu welchem Zweck der Soldat sein Waffenlager angelegt hatte,
blieb vorerst unklar. Der Beschuldigte hat sich laut der General-
staatsanwaltschaft nicht zu den Tatvorwürfen geäußert. Die Aus-
wertung der Beweismittel habe zwar „Hinweise auf rechtsradi-
kale Einstellungen“ erbracht, konkrete Hinweise auf eine geplante
Tat wurden aber nicht gefunden. „Die Ermittlungen dauern an“,
sagte eine Sprecherin. Wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr
verblieb der KSK-Soldat weiter in Untersuchungshaft.

Wie die Welt weiter berichtet, wurde im Zusammenhang mit dem
Vorfall auch ein Beamter des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)
suspendiert, weil er Fotos des Waffenfundes an einen Soldaten
beim KSK weitergegeben haben soll.

 DATEN 29.07.2020, Dresden, Internetaufruf: 17.09.2020
 QUELLE Welt
<https://www.welt.de/politik/article212481781/Waffenfund-bei-ehemaligem-KSK-Soldaten-Hinweise-auf-Rechtsradikalismus.html>

Belästigung mit rechten Kraftausdrücken

Ein Unbekannter belästigte am Morgen des 15. Mai drei junge
Frauen im Alter von 15 und 16 Jahren im Fellbacher Teilort
Schmieden und beleidigte sie mit Kraftausdrücken. Erst nach
dem Eingreifen einer Zeugin entfernte er sich. Aufgrund seiner
Äußerungen war davon auszugehen, dass der Täter dem rech-

ten Spektrum zuzuordnen ist. Die Polizei bat Zeugen des Vor-
falls, sich zu melden.

 DATEN 15.05.2020, Fellbach, Internetaufruf: 13.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4598544>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Horb kam es am 15. Mai zu Protesten und Übergriffen gegen-
über Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern.
Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte
Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 15.05.2020, Horb
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Rechtsextreme Aufmärsche

In Offenburg kam es am 16. Mai unter dem Motto „Angst kontrol-
liert Massen – Corona und die Abschaffung der Grundrechte“ zu
einem Aufmarsch der extremen Rechten.

 DATEN 16.05.2020, Offenburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24110
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924110.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Vaihingen kam es am 16. Mai zu islamfeindlichen und anti-
muslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im
Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß
Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und
Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.

 DATEN 16.05.2020, Vaihingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Künzelsau kam es am 17. Mai zu Protesten und Übergriffen
gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdruck-
sache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts
Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 17.05.2020, Künzelsau
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 17. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN 17.05.2020, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Rechte Schmierereien und Aufkleber in Mannheim-Rheinau

Zahlreiche Farbschmierereien mit politischen Parolen und Aufkleber mit nationalsozialistischem Inhalt wurden am frühen Morgen des 17. Mai in einer Unterführung und an Wartehäuschen am Bahnhof im Mannheimer Stadtteil Rheinau entdeckt. Zeugen wurden um Hinweise auf die unbekanntenen Täter gebeten.

DATEN 18.05.2020, Mannheim,
Internetaufruf: 13.01.2021
QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4600032>

Rechte Schmierereien in Hirschau

Rechtsextreme Schmierereien beschäftigten den Ortschaftsrat im Tübinger Stadtteil Hirschau. Rund um den im Ortsteil gelegenen Baggersee haben Unbekannte an Mauern und Stromkästen Schmierereien mit rechten Inhalten angebracht. „88“ für „Heil Hitler“, „IM Erika Stasi“, was für die Behauptung steht, Kanzlerin Angela Merkel sei für die Staatssicherheit der DDR tätig gewesen, Parolen wie „FCK MRKL“ für „Fuck Merkel“, „Stop Asyl“ oder „Nach Zensur folgt Diktatur“ waren zu lesen sowie die Internetadressen von zwei Webseiten, die mit ihren Inhalten rechtspopulistischem Gedankengut und Verschwörungsmymen folgen. Der Ortschaftsrat suchte nach Lösungen, die Schmierereien aus dem Naherholungsgebiet zu entfernen und neue zu verhindern. So war die Umgestaltung in einem Workshop unter der Leitung einer Künstlerin ebenso im Gespräch wie Rankpflanzen, die die Schmierereien überwachsen, oder deren Überstreichen mit einer leicht zu reinigenden Farbschicht.

Zwei Mitglieder des Ortschaftsrats und zwei weitere Hirschauer Hausbesitzer haben als Reaktion auf die Schmierereien und als Zeichen gegen den Rechtsextremismus an ihren Häusern Fahnen mit dem Aufdruck „Nazis? Nein, danke“ aufgehängt.

DATEN 18.05.2020, Tübingen, Internetaufruf: 03.06.2020
QUELLE Reutlinger General-Anzeiger
https://www.gea.de/neckar-alb/kreis-tuebingen/tuebingen_artikel,-graffiti-mit-rechtsextremen-inhalten-rund-um-den-baggersee-in-hirschau-_arid,6269679.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 19. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 19.05.2020, Heidelberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Rastatt kam es am 19. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 19.05.2020, Rastatt
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Singen kam es am 19. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 19.05.2020, Singen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Rechter Daimler-Betriebsrat lebensgefährlich verletzt

Auf ihrem Weg zu einer Demonstration von Corona-Skeptikern wurden am 16. Mai in Stuttgart Bad Cannstatt drei 38, 45 und 54 Jahre alte Männer von Maskierten angegriffen und mit massiven Schlägen und Tritten attackiert. Der 54-Jährige wurde bei dem Überfall so schwer verletzt, dass er in Lebensgefahr schwebte. Er soll laut den Stuttgarter Nachrichten Mitglied der rechten Arbeitnehmervertretung Zentrum Automobil⁴ und für sie im

4 Siehe zu „Zentrum Automobil“: Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 26ff.

Daimler-Betriebsrat sein. Die Polizei ging deshalb davon aus, dass die maskierten Angreifer der linksextremen, antifaschistischen Szene zugerechnet werden müssen und ihre Opfer gezielt als Gegner aus dem rechten Lager gesehen und ausgewählt hatten. „Nach den bisherigen Zeugenaussagen sollen es zwischen 10 und 40 Angreifer gewesen sein“, sagte eine Polizeisprecherin.

Die Hintergründe der Tat blieben zunächst unklar, auch war nicht geklärt, ob zwei am Tatort gefundene Schlagringe bei dem Angriff eingesetzt wurden. Die Staatsanwaltschaft hat wegen des Verdachts eines versuchten Tötungsdelikts Ermittlungen eingeleitet. Zeugen der Tat wurden gebeten, sich zu melden.

DATEN 19.05.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020
QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.corona-demo-in-stuttgart-ueberfall-opfer-in-lebensgefahr.1434eac6-6bcc-45dd-a824-5566ca19859b.html>

Folgemeldung zu „Rechter Daimler-Betriebsrat lebensgefährlich verletzt“ vom 19.05.2020

Fünf mutmaßlich der rechtsextremen Szene angehörende Aktivistinnen haben am 30. Mai auf einem Vordach des Stuttgarter DGB-Hauses ein Transparent aufgehängt und mit Bengalos rote Farbe versprüht. Das Transparent mit dem Schriftzug „DGB hat mitgeschossen“ bezog sich offenbar auf den Anschlag gegen einen Daimler-Betriebsrat der rechten Gewerkschaft Zentrum Automobil und seine beiden Begleiter am 16. Mai. Ein Foto der Aktion wurde auf einem Twitter-Account der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ veröffentlicht.

Wie es den fünf Aktivistinnen gelungen war, auf das Vordach zu gelangen war, war zunächst unklar. Die Polizei holte die Gruppe mit Hilfe der Feuerwehr von dem Dach, sprach Platzverweise aus und entfernte das Plakat. Der DGB-Landeschef verurteilte die Aktion als „feigen Anschlag“ auf das Willi-Bleicher-Haus und sagte weiter: „Wir haben Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet und Strafantrag gestellt. Wir wollen, dass diejenigen, die für diese Aktion verantwortlich sind, strafrechtlich verfolgt werden.“ Ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruchs wurde eingeleitet.

DATEN 30.05.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020
QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Polizei-holt-mutmassliche-rechtsextreme-Aktivistinnen-vom-Vordach-des-Stuttgarter-DGB-Hauses-_arid,1445431.html

Folgemeldung zu „Rechter Daimler-Betriebsrat lebensgefährlich verletzt“ vom 19.05.2020

Im Zusammenhang mit dem Angriff auf einen 54 Jahre alten Daimler-Betriebsrat der rechten Arbeitnehmervertretung

Zentrum Automobil und seine beiden Begleiter, bei dem der 54-Jährige lebensgefährliche Verletzungen erlitt, fanden am 2. Juli Hausdurchsuchungen in sieben baden-württembergischen Städten statt. Im Rahmen der groß angelegten Razzia hat die Polizei insgesamt neun Objekte in Stuttgart, Karlsruhe, Ludwigsburg, Remseck am Neckar (Landkreis Ludwigsburg), Tübingen, Waiblingen und Fellbach (Rems-Murr-Kreis) durchsucht.

Wie die Stuttgarter Nachrichten zuvor berichtet hatten, ging die Polizei davon aus, dass die Attacke gegen die drei Männer einen politischen Hintergrund hatte und die Täter dem linksextremen Spektrum zuzurechnen seien.

DATEN 02.07.2020, Stuttgart und Baden-Württemberg, Internetaufruf: 17.09.2020
QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nach-angriff-bei-corona-demo-grosse-razzia-in-sieben-staedten-auch-in-stuttgart.e366f82a-196c-4ee7-8000-4f839fd22db7.html>

Schweinskopf am Vereinsheim von türkisch-islamischem Kulturverein

Am späten Abend des 16. Mai haben zwei Männer den Kopf eines gegrillten Spanferkels an die Eingangstür zum Vereinshaus eines türkisch-islamischen Kulturvereins in Vaihingen an der Enz gehängt. Zwei Videokameras am Gebäude haben aufgezeichnet, wie die beiden Täter mit einem Transporter zu dem Gebäude fuhren, ausstiegen und einer von ihnen den Schweinskopf an der Türklinke befestigte. Anschließend fotografierten beide den angebrachten Ferkelkopf und fuhren davon. Da auf den Videoaufnahmen der Transporter eines Stuttgarter Malerbetriebs zu erkennen war, konnte die Ludwigsburger Kriminalpolizei zwei 26 und 36 Jahre alte Männer als mutmaßliche Täter identifizieren. Der 36-Jährige soll den Transporter gefahren und sein Komplize den Schweinskopf aufgehängt haben. Der Malerbetrieb selbst hatte laut Polizeiangaben mit dem Vorfall nichts zu tun. Wegen des Verdachts eines fremdenfeindlichen Motivs hat das Staatsschutz-Dezernat der Kriminalpolizeidirektion Böblingen die Ermittlungen übernommen. Strafrechtlich ist die Tat als Beleidigung zu bewerten.

DATEN 19.05.2020, Vaihingen an der Enz (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 04.11.2020
QUELLE Vaihinger Kreiszeitung
<https://www.vkz.de/lokales/vaihingen/so-etwas-habe-ich-noch-nie-erlebt/>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schopfheim kam es am 20. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 20.05.2020, Schopfheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Rechtsradikale Schmierereien in Freudenstadt

Zwischen dem 19. und dem 20. Mai hat ein Unbekannter in Freudenstadt im Umfeld einer Berufsschule und eines nahegelegenen Freibads mehrere Schmierereien mit teilweise beleidigenden und rechtsradikalen Inhalten angebracht. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 22.05.2020, Freudenstadt, Internetaufruf: 13.01.2021
QUELLE Polizeipräsidium Pforzheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/137462/4603810>

Hakenkreuz auf Wohnmobil geschmiert

Unbekannte haben zwischen dem Abend des 21. und dem Morgen des 22. Mai ein Hakenkreuz auf ein in Rudersberg geparktes Wohnmobil gesprüht. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

DATEN 22.05.2020, Rudersberg (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 13.01.2021
QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4603956>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 22. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 22.05.2020, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Vaihingen kam es am 22. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.

DATEN 22.05.2020, Vaihingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Rechtsextreme Aufmärsche

In Offenburg kam es am 23. Mai unter dem Motto „Angst kontrolliert Massen – Corona und die Abschaffung der Grundrechte!“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten.

DATEN 23.05.2020, Offenburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24110
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924110.pdf>

AfD-Stadtrat provoziert mit antisemitischem Plakat

Mit einem Plakat, auf dem „Ich bin im Ort das größte Schwein, ich trete für die Grundrechte ein“ zu lesen war, stellte sich ein Offenburger AfD-Stadtrat am 16. Mai vor das Rathaus der Stadt. Der Text bezieht sich auf die Zeit des NS-Regimes, unter dem es nicht-jüdischen Frauen, die ein Liebesverhältnis mit einem jüdischen Mann hatten, passieren konnte, dass sie gezwungen wurden, um den Hals ein Schild zu tragen, mit der Aufschrift: „Ich bin im Ort das größte Schwein und lasse mich mit Juden ein“.

In einer Gemeinderatssitzung am 25. Mai bezeichnete der Offenburger Oberbürgermeister die Aktion des Stadtrats als „abstoßend und inakzeptabel“, sie sei eines Mitglieds des Gemeinderats nicht würdig. Die Fraktion der Grünen nannte das Verhalten des AfD-Politikers in einer Presseerklärung eine Ungeheuerlichkeit.

Der Antisemitismusbeauftragte der baden-württembergischen Landesregierung sprach gegenüber der Badischen Zeitung von einer Masche des heutigen Antisemitismus. Die Akteure setzten sich mit den Opfern des Holocaust gleich, statt diesen zu leugnen. Die Aktion des Offenburger AfD-Stadtrats sei kein Einzelfall, ähnlich gingen beispielsweise auch Impfgegner vor, wenn sie ihre Babys bei den sogenannten Hygiene-Demonstrationen einen Judenstern mit der Aufschrift „Nicht geimpft“ tragen ließen.

Der Leiter der Staatsanwaltschaft Offenburg erklärte auf Anfrage der Badischen Zeitung, seine Behörde wolle prüfen, ob die Aktion des AfD-Stadtrats strafrechtlich relevant sei.

DATEN 25.05.2020, Offenburg (Ortenaukreis), Internetaufruf: 11.11.2020
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/antisemitismusbeauftragter-zur-juengsten-provokation-von-afd-stadtrat-maygutiaik>

Ermittlungen wegen antisemitischer Wahlplakate eingeleitet

Während des Kommunal- und Europawahlkampfes 2019 wurden Plakate der Partei „Die Rechte“ von der Jüdischen Gemeinde Pforzheim zur Anzeige gebracht. Zu lesen war auf den Plakaten „Zionismus stoppen! Israel ist unser Unglück – Schluss damit!“ und „Wir hängen nicht nur Plakate!“. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hatte zunächst auf Ermittlungen verzichtet. Eine Prüfung durch das Oberlandesgericht in Karlsruhe kam aber zu dem Ergebnis, es bestehe der Anfangsverdacht der Volksverhetzung. Auf Anweisung des Oberlandesgerichts hat die Staatsanwaltschaft Karlsruhe dann im Mai doch noch Ermittlungen wegen der Plakatinhalte eingeleitet.

DATEN 25.05.2020, Pforzheim, Internetaufruf: 20.12.2020
QUELLE Mannheimer Morgen
https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-thema-des-tages-ermittlungen-wegen-rechter-plakate-angeordnet-_arid,1643199.html

Razzien in der „Reichsbürger“-Szene

Am frühen Morgen des 27. Mai hat die Polizei in einer landesübergreifenden Aktion die Wohnungen von 31 mutmaßlichen sogenannten „Reichsbürgern“ in 25 Häusern in Baden-Württemberg und Hessen durchsucht. In Baden-Württemberg fanden Durchsuchungen in der Nähe von Singen und Stockach, in Villingen und im jeweiligen Zuständigkeitsbereich der Polizeipräsidien Karlsruhe, Mannheim, Offenburg, Pforzheim, Reutlingen und Ulm statt. Die mithilfe von SEK-Beamten durchgeführte Aktion richtete sich gegen Führungsmitglieder und Angehörige der „Reichsbürger“-Organisationen „Republik Baden“ und „Freier Volksstaat Württemberg“, sowie deren Dachorganisation „Staatenbund Deutsches Reich“. Waffen wurden bei den Razzien scheinbar keine gefunden. Ob es andere Beschlagnahmungen gab, blieb unklar. Festgenommen wurde vorläufig niemand.

Gründe für die Polizeiaktion waren der Verdacht auf gewerbsmäßige Urkundenfälschung und Sachbeschädigungen. Die verdächtigen Personen sollen für Mitglieder ihrer Organisationen Reisepässe, Führerscheine und Staatsangehörigkeitsurkunden ausgestellt haben. In staatsleugnerischen Faxnachrichten an verschiedene Behörden sollen sie außerdem der Bundesrepublik Deutschland und ihren Politikern die Legitimität abgesprochen haben. Einige dieser Schriften, die eine Landtagsfraktion in Stuttgart erreicht haben, liegen dem Südkurier vor.

Nach Angaben des Südkurier gilt die im Februar 2016 gegründete Gruppierung „Republik Baden“ unter Sicherheitsexperten im Vergleich mit anderen rechtsextremen Organisationen eher als gemäßigt. Gewaltverherrlichende Schriften oder Bilder verbreiten ihre Mitglieder wohl in der Regel nicht. Innenminister Thomas

Strobl begründete die Polizeiaktion dennoch mit der Aussage: „Wir nehmen es nicht tatenlos hin, dass mit kruden Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland gelehnet wird.“

DATEN 27.05.2020, Baden-Württemberg,
 Internetaufruf: 16.12.2020
QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/mehrere-razzien-in-der-reichsbuergerszene-polizeidurchsucht-in-der-region-mehrere-wohnungen-von-gruppierung-republik-baden;art417930,10525020>

Antisemitische Schmierereien

In Göggingen kam es am 27. Mai zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 27.05.2020, Göggingen
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Hitlergruß in Wiesloch

Polizeibeamte wurden am 26. Mai auf einen Mann aufmerksam der auf der Wieslocher Hauptstraße den Hitlergruß zeigte. Der deutlich alkoholisierte 51-Jährige wurde von ihnen kontrolliert und erhielt einen Platzverweis. Er muss sich wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verantworten.

DATEN 27.05.2020, Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis),
 Internetaufruf: 13.01.2021
QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4607384>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Karlsruhe kam es am 28. Mai zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

DATEN 28.05.2020, Karlsruhe
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Leonberg kam es am 28. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im

Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.05.2020, Leonberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Rechte Schmierereien in Sigmaringen

Unbekannte haben, wahrscheinlich am 28. Mai, eine Mauer sowie einen Holzzaun und einen Fußweg in Sigmaringen mit Hakenkreuzen und diversen Buchstaben- und Zahlenkombinationen in roter Farbe besprüht. Die Polizei bat um Hinweise zu den Tätern.

 DATEN 29.05.2020, Sigmaringen, Internetaufruf: 17.11.2020
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-sigmaringen/sigmaringen_artikel,-unbekannte-bespruehen-mauern-und-wege-mit-hakenkreuzen-_arid,11228541.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Achern kam es am 30. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

 DATEN 30.05.2020, Achern
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Rechtsextreme Aufmärsche

In Offenburg kam es am 30. Mai unter dem Motto „Angst kontrolliert Massen – Corona und die Abschaffung der Grundrechte!“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten mit 40 Teilnehmenden.

 DATEN 30.05.2020, Offenburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24110
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924110.pdf>

Hakenkreuz in Backnang geschmiert

Die Wände eines Torbogens in Backnang wurden mit roter Farbe beschmiert. Ein Hakenkreuz war auch darunter. Die Polizei bat um Hinweise auf die unbekanntesten Täter.

DATEN 02.06.2020, Backnang (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4612184>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Dogern kam es am 2. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 02.06.2020, Dogern
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Antisemitische Schmierereien

In Göppingen kam es am 2. Juni zu antisemitischen Schmierereien. Die Landtagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN 02.06.2020, Göppingen
QUELLE Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ochsenhausen kam es am 2. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts

Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 02.06.2020, Ochsenhausen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Christusfigur mit rechter Parole beschmiert und zerstört

Eine Christusfigur an einem Holzkreuz in Bad Schönborn wurde in der Nacht zum Pfingstmontag zerstört. Ihr wurden der Kopf und die Arme abgetrennt. Einige Tage zuvor, in der Nacht zum 27. Mai, war das Kreuz bereits mit einer rechtsextremistischen, antisemitischen Parole beschmiert worden. Die Polizei hat Spuren genommen und den Vorfall zur Anzeige gebracht.

DATEN 03.06.2020, Bad Schönborn (Landkreis Karlsruhe),
Internetaufruf: 13.01.2021
QUELLE Badische Neueste Nachrichten
<https://bnn.de/kraichgau/bruchsal/jesus-mit-beil-enthaupet-unbekannte-zerstoeren-mingolsheimer-wegkreuz>

Durchsuchungen wegen Hasskommentaren zum Mordfall Walter Lübcke

Im Rahmen einer bundesweiten Aktion wegen strafrechtlich relevanter Kommentare in sozialen Netzwerken zur Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat die Polizei am 4. Juni in zwölf Bundesländern Durchsuchungen und Vernehmungen bei 40 Personen durchgeführt. Auch in Baden-Württemberg wurden die Wohnungen von zwei Männern aus den Landkreisen Esslingen und Biberach durchsucht, teilte ein Sprecher der Stuttgarter Staatsanwaltschaft mit. Den beiden Verdächtigen werde aufgrund von Facebook-Beiträgen, die sie verfasst haben sollen, die „Billigung von Straftaten“ vorgeworfen.

Koordiniert wurde die Aktion von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt, die wegen solcher Kommentare seit Mitte September 2019 zusammen mit einer Abteilung des LKA Hessen ermittelt hat. In einer Pressemitteilung des LKA hieß dazu: „Dabei wurden in den vergangenen Monaten zahlreiche Kommentare gesichert, einer strafrechtlichen Bewertung unterzogen und Ermittlungen zu den Verursachern der als strafbar einzuordnenden Äußerungen getätigt.“

DATEN 04.06.2020, Landkreis Esslingen und Landkreis Biberach,
Internetaufruf: 17.09.2020
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
https://www.zvw.de/stuttgart-region/mordfall-walter-l%C3%BCbcke-durchsuchung-wegen-hasskommentaren-im-landkreis-esslingen_arid-163265

Folgemeldung zu „Durchsuchungen wegen Hasskommentaren zum Mordfall Walter Lübcke“ vom 04.06.2020

Nach den Durchsuchungen von zwei Wohnungen in den Landkreisen Esslingen und Biberach ermitteln die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden gegen zwei Männer, erklärte Justizminister Guido Wolf in seiner Antwort auf eine Anfrage eines FDP-Rechtspolitikers im Landtag. Beide Beschuldigten seien „bislang strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten“. Einer der Männer soll auf Facebook einen Artikel zur Ermordung Lübckes mit der Aussage „Gut gemacht, der Nächste bitte“ und fünf klatschenden Hände-Emojis kommentiert haben. Der andere Mann soll als Kommentar zu einem Internet-Artikel über den Mordfall „Ein linker Klugscheißer weniger“ geschrieben haben. Gegen eine dritte Person, vermutlich aus dem Rhein-Neckar-Kreis, wurden die Ermittlungen eingestellt, ein Anfangsverdacht habe sich nicht bestätigt.

 DATEN 28.08.2020, Baden-Württemberg, Internetaufruf: 17.09.2020

 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/mordfall-luebcke-ermittlungen-im-suedwesten;art19070,4388626>

Prozess wegen Nazi-Parolen beim Balingen Volksfest

Weil er 2019 beim Balingen Volksfest Nazi-Parolen gerufen sowie andere Besucher mit einem Messer bedroht hatte, musste ein damals 27-Jähriger aus Bitz sich am 4. Juni vor dem Amtsgericht in Balingen verantworten.

Bereits am frühen Nachmittag hatten der gelernte Maurer und seine Arbeitskollegen auf dem Volksfest Bier und Schnaps getrunken, anschließend zog der 27-Jährige im Alkoholrausch mit erhobenem rechten Arm durch die Menge und rief dabei „Sieg Heil“, „Heil Hitler“ und „Frei, sozial, national“. Auf eine vierköpfige Gruppe ging er mit einem gezückten Messer zu, beschimpfte sie als „deutsche Hurensöhne“ und drohte damit, ihnen den Kopf abzuschneiden. Auch die daraufhin herbeigerufene Polizei beleidigte der Angeklagte und bezeichnete dabei einen südländisch aussehenden Beamten als „Kanake“.

In der Verhandlung räumte der Maurer die Vorwürfe ein und zeigte sich reumütig. An den Vorfall habe er nur ungenaue Erinnerungen und seit dem Tag habe er keinen Tropfen Alkohol mehr zu sich genommen. Als die Richterin ihn auf ein Kapuzenshirt mit dem Bild eines Soldaten mit Stahlhelm und dem Schriftzug „88 Crew“ ansprach, das er bei der Tat getragen hatte, gab er an, das Shirt nur gekauft zu haben, weil es ein hochwertiges Produkt von deutscher Qualität sei. „Ich bin weder Neonazi noch rechtsextrem“, versicherte der Mann, in dessen Nacken eine germanische Rune tätowiert ist.

Die Richterin verurteilte den bereits wegen Körperverletzung vorbestraften Angeklagten zu einer Bewährungsstrafe von zehn Monaten. Sie berücksichtigte in ihrem Urteil sein Geständnis und dass er als dreifacher Vater in geordneten Familienverhältnisse lebe und seinem erlernten Beruf nachgehe. „Es ist noch mal was anderes, ob man im Rausch 'rumschreit oder so etwas im Internet verbreitet“, befand sie.

 DATEN 05.06.2020, Balingen, Internetaufruf: 17.09.2020

 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt/balingen-prozess-mann-schreit-bei-volksfest-nazi-parolen.f1deb384-f812-4af3-b6d6-b14663fa149e.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 5. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 05.06.2020, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 6. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 06.06.2020, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Mehrere Zwischenfälle bei Demo gegen Rassismus und Polizeigewalt in Stuttgart

Anlässlich der Tötung des Afroamerikaners George Floyd in den USA am 25. Mai durch einen weißen Polizisten fanden am 6. Juni Demonstrationen in mehreren baden-württembergischen Städten statt. Die als „Silent Demos“, bei denen mit Transparenten und Körpersprache auf das Problem des Rassismus aufmerksam gemacht werden sollte, angekündigten Proteste fanden deutlich mehr Zuspruch, als die Veranstalter erwartet hatten. In Stuttgart kamen statt der angemeldeten 700 Teilnehmer laut Polizeiangaben Tausende in den Schlosspark vor der Oper. Nach Mannheim kamen statt der erwarteten 1.000 Demonstranten rund

6.000 Rassismusgegner zu den Protesten. Auf dem Karlsruher Schlossplatz waren es rund 3.000 Demonstranten. Auch in anderen Städten Baden-Württembergs wie Tübingen oder Konstanz fanden teils unter anderem Motto Demonstrationen gegen Rassismus statt, zu denen mancherorts mehr als 1.000 Teilnehmer kamen.

In Stuttgart gab es nach der Kundgebung am Neuen Schloss mehrere Zwischenfälle. Laut Polizeiangaben war die Stimmung in der Innenstadt teilweise sehr aggressiv. Einsatzkräfte wurden mit Gegenständen beworfen und Pyrotechnik wurde gezündet. Eine größere Gruppe von Demonstranten versammelte sich vor dem zentralen Innenstadtrevier der Polizei. Mehrere von ihnen trommelten gegen die Fenster und Türen des Reviers, ein Randalierer trat an einem dort abgestellten Polizeifahrzeug einen Seitenspiegel ab. Unter Berufung auf Berichte von am Einsatz beteiligten Beamten sowie ein Schreiben der Antifa sprach der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft von rund 500 Personen, die mit Parolen wie „Ganz Stuttgart hasst die Polizei“ vor das Innenstadtrevier gezogen waren. Dies zeige, „dass insbesondere linke Extremisten die Anti-Rassismus-Demonstrationen und Bekundungen für deren Zwecke missbrauchen, um Gewalt gegen die Polizei und den Staat auszuüben“, beurteilte er die Vorfälle.

In Mannheim und Karlsruhe blieben die Demonstrationen friedlich.

 **DATEN** 07.06.2020, Stuttgart und Baden-Württemberg, Internetaufruf: 17.09.2020

 **QUELLE** Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/regionalticker_artikel,-silent-demos-tausende-gehen-im-suedwesten-gegen-rassismus-auf-die-strasse-_arid,518125.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ludwigsburg kam es am 8. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

 **DATEN** 08.06.2020, Ludwigsburg
 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Fünfzehnjähriger aus Äthiopien mit Schleuder beschossen

Ein unbekannter Mann hat am 8. Juni in Ludwigsburg-Eglosheim einen 15-Jährigen aus Äthiopien mit einer Schleuder beschossen.

Der Unbekannte war gemeinsam mit einem anderen Mann unterwegs. Beide sollen offenbar betrunken gewesen sein als sie den Jugendlichen angingen. Die Polizei bat Zeugen, die die Tat beobachtet haben, sich zu melden.

 **DATEN** 09.06.2020, Ludwigsburg, Internetaufruf: 13.01.2021
 **QUELLE** Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.polizei-ludwigsburg-sucht-zeugen-mann-soll-15-jaehrigen-aethiopier-mit-schleuder-beschossen-haben.1a83bf07-84ad-474c-8dc9-dbc61ed4f317.html>

Antisemitismus in Baden-Württemberg nimmt zu

Der Antisemitismus in Baden-Württemberg nimmt zu und Juden fühlen sich dadurch massiv bedroht. Dieses Fazit zieht die Heilbronner Stimme aus dem am 10. Juni von der Amadeu Antonio Stiftung veröffentlichten „Zivilgesellschaftlichen Lagebild Antisemitismus: Baden-Württemberg“.

Judenfeindliche Verschwörungsmythen sind weit verbreitet, besonders im Internet sind Juden Anfeindungen ausgesetzt. „Das Internet hat den Antisemitismus deutlich sichtbarer gemacht“, wird der Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden zitiert. Antisemiten seien „nie weg“ gewesen und auf Schulhöfen finde „Jude“ als Schimpfwort Verwendung. Laut dem Antisemitismus-Bauftragten der baden-württembergischen Landesregierung sind antisemitische Straftaten in den letzten Jahren enorm angewachsen, zwischen 2017 und 2018 lag der Anstieg bei 40 Prozent.

Seit Beginn der Corona-Pandemie beobachtet die Amadeu Antonio Stiftung auch die Verbreitung des Verschwörungsmythos, das Corona-Virus sei eine Erfindung einer mächtigen, raffgierigen Elite, um eine globale Diktatur zu errichten. Diese Behauptung „mündet in Antisemitismus und NS-Vergleichen“, teilte die Stiftung mit.

Auch ein schuldabwehrender Antisemitismus, bei dem ein Ende des „Schuldskults“ und ein „Schlussstrich“ unter die Erinnerung an den Nationalsozialismus gefordert werden, sei weit verbreitet. Die AfD stelle die Erinnerungskultur infrage – auch im baden-württembergischen Landtag.

 **DATEN** 10.06.2020, Baden-Württemberg, Internetaufruf: 17.09.2020
 **QUELLE** Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/stiftung-zunehmender-antisemitismus-auch-im-suedwesten;art19070,4361438>

Drei Brandanschläge in zwei Tagen

Ein Mehrfamilienhaus in Obersontheim war in der Nacht zum 7. Juni zweimal und am frühen Abend des 9. Juni ein drittes Mal Ziel eines unbekanntenen Brandstifters. Bei dem letzten Brandanschlag

wurden auch Türen mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Kriminalpolizei bat um Hinweise.

DATEN 10.06.2020, Obersontheim (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-schwaebisch-hall/brandstiftung-obersontheim-brandanschlag-feuerwehr-brand-feuer-polizei-hauptstrasse-polizeiticker-hohenlohe-hakenkreuz-tuer-beschmiert-46932191.html>

2.400 Euro Geldstrafe für Hakenkreuze auf Facebook

Das Amtsgericht Hechingen verurteilte einen Mann aus Bisingen zu 2.400 Euro Strafe, weil im Jahr 2019 auf seiner Facebook-Seite Hakenkreuze abgebildet waren. Den Beteuerungen des 59-jährigen AfD-Mitglieds, er habe die verfassungswidrigen Symbole nicht selbst eingestellt, schenkte der Richter keinen Glauben. Die Hakenkreuze würden zum übrigen, rechtsgerichteten Erscheinungsbild der Seite und der dort geäußerten politischen Haltung passen. Auch ein älterer Facebook-Account des Mannes ginge in diese Richtung.

DATEN 11.06.2020, Hechingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 13.01.2021

QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/hechingen/vordem-amtsgericht-hechingen-ging-es-um-hakenkreuze-verwendung-von-nazi-symbolen-auf-facebook-wird-teuer-46954843.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 12. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 12.06.2020, Sersheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Mannheim kam es am 13. Juni zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 13.06.2020, Mannheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Erbach kam es am 14. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 14.06.2020, Erbach

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Online-Petition gegen „Mohrenkopf“ im Möhringer Wappen

Mehr als 5.000 Menschen haben eine Online-Petition gegen die Darstellung eines Menschenkopfs mit krausem Haar, großen Kreolen-Ohringen und dicken, roten Lippen im Wappen des Stuttgarter Stadtbezirks Möhringen unterzeichnet. „Die Bezeichnung ‚Mohr‘ und die groteske Skizzierung des ‚Mohrenkopfs‘ (oftmals als Diener abgebildet) stammt aus der deutschen Kolonialzeit und hat eine klare rassistische Konnotation“, hieß es in einer Erklärung zur Petition. Initiiert wurde die Unterschriftensammlung im Zuge der weltweit entstandenen Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt nach dem gewaltsamen Tod des Afroamerikaners George Floyd bei einem Polizei-Einsatz.

Bereits vor Beginn der Petition hatte die Stadt Stuttgart eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich kritisch mit dem Wappen und seiner Entstehung auseinandersetzen sollte, sagte eine Sprecherin. Auch die Möhringer Bezirksvorsteherin äußerte Verständnis für die Petition: „In der aktuellen Situation kann ich den Unmut beziehungsweise das Unverständnis über das Wappen selbstverständlich nachvollziehen“, erklärte sie. Sie verwehre sich aber dagegen, „die Inhalte des Wappens von Möhringen auf eine Stufe mit den menschenverachtenden Vorkommnissen in den USA zu stellen.“

DATEN 15.06.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020

QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Mohr-Darstellung-im-Stadtwappen-von-Moehringen-in-der-Kritik-_arid,1449934.html

Islamist beim KSK Calw

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hat einen Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Calw als „erkannter Extremist“ eingestuft. Der Mann wurde im Frühjahr 2020 aus der Bundeswehr entlassen, berichtet der SWR unter Berufung auf Recherchen des WDR und der Süddeutschen Zeitung. Bereits 2019 war der Soldat durch Äußerungen, wie die Scharia stehe für ihn über dem Grundgesetz, und sein Verhalten

aufgefallen. Er wurde daraufhin vom MAD beobachtet und schließlich als Islamist enttarnt.

In den letzten Jahren sind beim KSK immer wieder Extremisten aufgefallen, zuletzt waren im Mai Kriegswaffen und Sprengstoff auf dem Privatgrundstück eines Oberstabsfeldwebels gefunden worden.⁵ Ein Hauptmann der Einheit hat in einem Brief an Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer „eine toxische Verbandskultur durch schwere Mängel im Bereich Ausbildung“ moniert und rechtsextreme Tendenzen und „kollektiv frustrierende Abhängigkeit der Auszubildenden gegenüber der Willkür von Ausbildern und Vorgesetzten, die zu einer Art Kadavergehorsam führen“, beklagt.

Wie der SWR weiter berichtet, wurden vom MAD im Jahr 2019 bei der Bundeswehr insgesamt 14 Extremisten enttarnt: 8 Rechtsextremisten, 4 Islamisten und 2 sogenannte „Reichsbürger“, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als Staat leugnen (2018 waren es 7 Extremisten: 4 Rechtsextremisten und 3 Islamisten). Weiteren 38 Soldaten wurde fehlende Verfassungstreue attestiert, darunter 27 Rechtsextreme, 4 Islamisten, 3 sogenannte „Reichsbürger“, 3 Personen aus dem Bereich des politischen Ausländerextremismus und ein Linksextremer.

DATEN 17.06.2020, Calw, Internetaufruf: 08.10.2020
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/mutmasslicher-islamist-bei-ksk-enttarnt-100.html>

Nazi-Symbole in Autotür geritzt

Ein unbekannter Täter hat zwischen dem frühen Nachmittag des 15. und dem Nachmittag des 16. Juni mit einem spitzen Gegenstand eine SS-Rune und ein Hakenkreuz in die Tür eines in Schwäbisch Gmünd abgestellten Autos geritzt. Es entstand ein Schaden von 1.500 Euro, die Polizei bat um Hinweise.

DATEN 17.06.2020, Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis), Internetaufruf: 17.11.2020
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/aalen_artikel,-unbekannter-kratzt-ns-symbole-in-autotuer-_arid,11234724.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Titisee-Neustadt kam es am 18. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islam-

feindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 18.06.2020, Titisee-Neustadt
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neckargemünd kam es am 20. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 20.06.2020, Neckargemünd
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Hakenkreuz auf Forstwagen

In der Zeit vom Nachmittag des 19. bis zum Nachmittag des 20. Juni haben Unbekannte im Tettlinger Wald einen Bauwagen des Forstamts aufgebrochen und mit einem Hakenkreuz sowie den Buchstaben „Deuts“ beschmiert. Außerdem haben sie circa 25 Paar Arbeitshandschuhe aus dem Wagen entwendet. Der Sachschaden lag bei mehreren Hundert Euro. Die Polizei bat Zeugen des Vorfalls, sich zu melden.

DATEN 22.06.2020, Langenargen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 08.01.2021
QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4631273>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Reutlingen kam es am 22. Juni zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 22.06.2020, Reutlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

⁵ Vgl. S. 79.

Hakenkreuz auf Landstraße

Zwischen Schwenningen und Glashütte haben unbekannte Täter ein Hakenkreuz auf die Fahrbahn der Landstraße 218 gesprüht. Die Polizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

 DATEN 22.06.2020, Schwenningen (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 17.11.2020

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-sigmaringen/messkirch-stetten-am-kalten-markt_artikel,-unbekannte-spruehen-hakenkreuz-auf-strasse-_arid,11236747.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Freudenstadt kam es am 24. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 24.06.2020, Freudenstadt

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 24. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 24.06.2020, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsruhe kam es am 26. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 26.06.2020, Karlsruhe

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21647
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921647.pdf>

Rechtsextreme Aufmärsche

In Karlsruhe kam es am 27. Juni unter dem Motto „All Lives Matter!“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten.

 DATEN 27.06.2020, Karlsruhe

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21630
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/216/1921630.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Wangen kam es am 27. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 27.06.2020, Wangen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Göggingen kam es am 29. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.06.2020, Göggingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Kehl kam es am 29. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 29.06.2020, Kehl

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 30. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 30.06.2020, Heidelberg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/22886
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>

Hakenkreuz in Auto geritzt

In den Lack eines vom Nachmittag des 26. bis zum Vormittag des 29. Juni in Immendingen geparkten Autos wurde mit einem spitzen Gegenstand ein Hakenkreuz geritzt. Die Polizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet und Zeugen um Hinweise gebeten.

 DATEN 30.06.2020, Immendingen (Landkreis Tuttlingen),
Internetaufruf: 17.11.2020

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/immendingen_artikel,-hakenkreuz-in-lackierung-eines-mitsubishi-geritzt-_arid,11240169.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sexau kam es am 30. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Nötigung § 240 StGB.

 DATEN 30.06.2020, Sexau

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Horb kam es am 1. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

-  DATEN 01.07.2020, Horb
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Betrunkener äußert rassistische Beleidigungen

Ein stark alkoholisierter Mann kam am Abend des 30. Juni an einer Polizeikontrolle in Sindelfingen vorbei. Er äußerte dabei rassistische Beleidigungen und hielt den Mindestabstand zu den Beamten nicht ein. Die Aufforderung, die Örtlichkeit zu verlassen, ignorierte er. Stattdessen provozierte er die Polizisten, indem er sich ihnen erneut so weit näherte, dass er zurückgestoßen werden musste. Die Beamten stellten seine Personalien fest und verwiesen ihn der Örtlichkeit.

-  DATEN 01.07.2020, Sindelfingen (Landkreis Böblingen),
Internetaufruf: 05.01.2021
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4640120>

Hitlergruß nach versuchtem Einbruch

Einen Einbruchdiebstahl versuchte ein 44-jähriger Mann am 30. Juni in Singen. Gegen 19.30 Uhr ging er durch eine offen stehende Haustür in ein Mehrfamilienhaus und trat im zweiten Stock eine verschlossene Wohnungseingangstür ein. Durch den Lärm wurde ein Bewohner auf den Täter aufmerksam, der diesen bis zum Eintreffen der Polizei festhalten konnte. Während der Aufnahme des Vorfalls schrie der Beschuldigte den Hitlergruß und beleidigte die Beamten mit massiven Kraftausdrücken. Er wurde in Gewahrsam genommen. Ein Alkoholtest ergab einen Wert von rund 3,4 Promille.

-  DATEN 01.07.2020, Singen (Hohentwiel – Landkreis Konstanz),
Internetaufruf: 05.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Konstanz
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110973/4639619>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Emmendingen kam es am 2. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  DATEN 02.07.2020, Emmendingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Kressbronn kam es am 2. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  DATEN 02.07.2020, Kressbronn
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Randalierer zeigen Polizei den Hitlergruß

Drei Männer sollen in der Nacht zum 2. Juli in einem Reutlinger Wohnheim einen dort wohnhaften 54-jährigen bestohlen haben, woraufhin es zu verbalen Streitigkeiten und Beleidigungen kam. Die hinzugezogene Polizei erteilte dem Trio einen Platzverweis. Die Tour der unter Alkohol- und wohl auch Drogeneinfluss stehenden Männer ging jedoch weiter. In einer Tankstelle randalierten sie und beleidigten eine 26-jährige Angestellte, weil ihnen kein Alkohol verkauft wurde. Erneut wurde die Polizei gerufen. Die Männer reagierten gegenüber den Beamten sofort so ungehalten und aggressiv, dass diese sie in Gewahrsam nehmen wollten. Ein 41-jähriger des Trios leistete dabei so heftige Gegenwehr, dass er von den Polizisten überwältigt werden musste. Ein anderer, 31 Jahre alter Mann trat einem Polizeibeamten gegen Körper und Kopf und verletzte ihn. Weitere Einsatzkräfte konnten auch ihn anschließend überwältigen. Dem unbekanntem dritten Mann gelang dabei die Flucht. Da die beiden Festgenommenen die Einsatzkräfte mehrfach aufs Übelste beleidigt und ihnen gegenüber auch den Hitlergruß gezeigt hatten, wurden sie für den Rest der Nacht in eine

Gewahrsamseinrichtung verbracht. Mehreren Anzeigen gegen sie sollten folgen.

 DATEN 02.07.2020, Tübingen, Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Reutlingen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110976/4641444>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neuenstadt kam es am 8. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 08.07.2020, Neuenstadt
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Familie wegen ihrer Nationalität beschimpft

Um 2 Uhr nachts klingelten am 3. Juli vier Männer bei einer Familie im Alpirsbacher Ortsteil Peterzell. Als niemand öffnete, klopfen sie so heftig gegen die Tür, dass diese aufsprang. Anschließend beschimpften sie die Familie aufgrund ihrer Nationalität und verlangten nach einem „Stefan“, mit dem man abrechnen wolle. Wie die Polizei anschließend ermittelte, ist kein Stefan auf dem Anwesen wohnhaft. Die Familie könnte deshalb auch aufgrund einer Verwechslung von den Tätern angegangen worden sein.

 DATEN 10.07.2020, Alpirsbach (Landkreis Freudenstadt), Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Pforzheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/137462/4649123>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 11. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 11.07.2020, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Der Begriff „Stammbaumforschung“ führt zu Kritik an Ermittlungen zur Stuttgarter Krawallnacht

Berichte von der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten, die Polizei wolle zur Aufklärung der Verwüstungen bei der

Krawallnacht in der Stuttgarter Innenstadt im Juni „Stammbaumforschung“ betreiben und auch von Verdächtigen mit deutschem Pass deren Abstammung bei den Standesämtern erforschen, löste Kritik am Vorgehen der Ermittler aus. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken kommentierte auf Twitter: „Das verstört mich nachhaltig“. Cem Özdemir von den Grünen sprach gegenüber der Funke-Mediengruppe von einem „skurrilen Vorschlag“, ein anderer Grünen-Politiker twitterte: „Polizeiliche Stammbaumforschung ist die unsägliche Konsequenz aus der rechtsextremen Debattenverschiebung darüber, es sei relevant, ob Menschen, die Straftaten begehen, deutsch sind oder nicht/Migrationswurzeln haben oder nicht“.

Die Stuttgarter Polizei bezeichnete es als Teil der Aufklärungsarbeit, in unklaren Fällen auch das Umfeld der Verdächtigen und einen möglichen Migrationshintergrund zu ermitteln, damit man wisse, mit wem man es zu tun habe. Die Darstellung dieser Ermittlungen als Stammbaumforschung sei von den Zeitungen nicht korrekt, man brauche diese Einbeziehung aller persönlichen Umstände der Tatverdächtigen vielmehr für die Aufarbeitung der Fälle, die spätere Rechtsprechung und um längerfristig mit maßgeschneiderten Konzepten eine erfolgreiche Präventionsarbeit zu gewährleisten.

Auch ein Sprecher der Stadt Stuttgart widersprach der Darstellung der Zeitungen. Der Begriff gehöre nicht zum Wortschatz der Stadt und der Stuttgarter Polizei. Weder er noch andere Zuhörer könnten sich erinnern, dass der Begriff in der fraglichen Sitzung des Gemeinderats verwendet wurde. Das Protokoll sollte deshalb ausgewertet werden.

 DATEN 12.07.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 27.07.2020
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/home_artikel,-stuttgarter-krawallnacht-polizei-will-familien-der-taeter-durchleuchten-und-loest-debatte-aus-_arid,11244759.html

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Empfingen kam es am 13. Juli zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 13.07.2020, Empfingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

20-jährigen Passanten beleidigt und Hitlergruß gezeigt

Zwei betrunkene Männer sind am Abend des 13. Juli in Aalen einen 20-jährigen Passanten verbal angegangen und haben ihn körperlich bedrängt. Ein Zeuge verständigte die Polizei. Auch den Polizeibeamten gegenüber verhielt sich der jüngere der beiden 32 und 35 Jahre alten Männer provokant und respektlos. Beide

zeigten dann im Weggehen zweimal den Hitlergruß. Entsprechende Strafanzeigen für beide Männer sollten erfolgen.

 DATEN 14.07.2020, Aalen (Ostalbkreis),
Internetaufruf: 17.11.2020

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/aalen_artikel,-betrunkene-beleidigen-passanten-und-zeigen-hitlergruss-_arid,11245394.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Backnang kam es am 14. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 14.07.2020, Backnang

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 14. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 14.07.2020, Sersheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 17. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 17.07.2020, Sersheim

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Morddrohungen gegen Landtagspräsidentin Muhterem Aras

Hassbotschaften im Internet, wie „Man kennt doch die Präsidentin, die anscheinend eine linke Ausländerin ist, einfach das Haus

anstecken, wenn sonst nichts hilft“ oder „Bei dieser verlogenen linken F... würde ich glaube ich Bremse mit Gas verwechseln“, hat Landtagspräsidentin Muhterem Aras früher ignoriert. Nach der Ermordung des hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 hat sich das allerdings geändert. Aras bezeichnete den Mord als Zäsur und hat sich an die Polizei gewandt, um ihr Haus vom Landeskriminalamt auf Sicherheitslücken untersuchen zu lassen. „Ich bekomme nicht nur Beleidigungen, sondern auch konkrete Drohungen, bis hin zu Morddrohungen“ und „So was darf man nicht ignorieren, das Netz ist kein rechtsfreier Raum“, sagte sie am 17. Juli in Stuttgart.

Besonders heftige Anfeindungen erlebte Muhterem Aras vor allem im Dezember 2018, nachdem sie zwei AfD-Politiker von einer Landtagssitzung ausgeschlossen hatte und diese von der Polizei hinausbegleitet werden mussten, als sie sich weigerten zu gehen. Auch nach einem ähnlichen Vorfall im Juni 2020, als ein parteiloser ehemaliger AfD-Abgeordneter ebenfalls von der Polizei aus dem Sitzungssaal im Landtag gebracht wurde⁶, stiegen die Bedrohungen im Netz massiv an.

Der juristische Dienst des Landtags hat beim Landgericht Stuttgart die Herausgabe von Informationen über die Verfasser von 33 Hassbotschaften an Aras beantragt, in 25 Fällen hat das Gericht dieser Forderung stattgegeben. „Ich bin sehr froh, dass das Landgericht so klar entschieden hat und dass Google die Adressen schnell rausgegeben hat“, sagte die Landtagspräsidentin dazu. Gegen die unbekannt Verfassers solcher Hassbotschaften hat sie zudem in 36 Fällen Anzeige erstattet.

 DATEN 17.07.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 24.07.2020

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/sueden/baden-wuerttemberg_artikel,-morddrohungen-gegen-landtagspraesidentin-aras-_arid,11247093.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Wurzach kam es am 18. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 18.07.2020, Bad Wurzach

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

6 Siehe S. 75 „Polizei muss Abgeordneten aus Landtag entfernen“

Sexistische und rechtsradikale Ausrufe am Leonberger Bahnhof

Am Leonberger Bahnhof äußerte sich in der Nacht zum 19. Juli ein 50-Jähriger lautstark mit sexistischen und rechtsradikalen Ausrufen. Von einem Zeugen verständigte Polizeibeamte erteilten dem polizeibekanntem Mann einen Platzverweis. Er sollte eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung erhalten.

DATEN 20.07.2020, Leonberg (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 05.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4656736>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Offenburg kam es am 20. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 20.07.2020, Offenburg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Wegweiser zu Moschee beschmiert

Am 15. oder 16. Juli wurde ein Wegweiser zur Schorndorfer Moschee mit Schmierereien versehen. Ein politischer Hintergrund konnte nicht ausgeschlossen werden. Die Polizei hat um Hinweise gebeten.

DATEN 20.07.2020, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 05.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4657383>

Altöl im Briefkasten von AfD-Politikerin

Eine Karlsruher AfD-Stadträtin wurde am Vormittag des 20. Juli das Opfer einer Sachbeschädigung. Unbekannte haben eine geöffnete Flasche mit Altöl in ihren Briefkasten geworfen. Durch das auslaufende Öl entstand ein Schaden im dreistelligen Bereich. Bereits zuvor waren mehrfach politisch motivierte Straftaten am Haus der Politikerin verübt worden. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

DATEN 21.07.2020, Karlsruhe, Internetaufruf: 18.12.2020

QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/unbekannte-leeren-altoel-in-briefkasten-von-afd-stadtraetin;art19070,4376065>

Alevitische Gräber in Ludwigsburg geschändet

Auf dem Ostfriedhof in Ludwigsburg sind Mitte 2020 über einen längeren Zeitraum 30 bis 40 alevitische Gräber geschändet worden. Es wurden Grabsteine zerstört, Grablichter in den Müll geworfen und Grabschmuck entwendet. „Mehreren Engeln wurden provokativ die Köpfe abgeschlagen“, berichtete ein Mitglied des Vorstands der alevitischen Gemeinde Ludwigsburg. Der Staatsschutz hat den Fall übernommen und Ermittlungen eingeleitet. Zunächst ging man eher von einem religiösen als einem politischen Motiv der Täter aus.

DATEN 22.07.2020, Ludwigsburg, Internetaufruf: 19.11.2020

QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ludwigsburg-unbekannte-schaenden-massenweise-graeber.80dc62da-cf4d-4a5e-893e-bab8025e5a06.html>

Drohmail von „NSU 2.0“

Der Mannheimer Bundestagsabgeordneten Gökay Akbulut (Die Linke) wurde in der Nacht zum 22. Juli eine Drohmail mit dem Absender „NSU 2.0“ zugeschickt. Der baden-württembergische Landesverband ihrer Partei zeigte sich in einer Stellungnahme über den Vorfall „entsetzt und erschüttert“ und erklärte, das Drohschreiben sei „ein Angriff auf unsere gesamte Partei und auf unsere politischen Werte“. Weiter hieß es: „viel zu lange wurde der rechte Terror von den deutschen Behörden verharmlost“. Die Landessprecher der Linkspartei forderten die Landesregierung auf, „rechte Netzwerke in der Gesellschaft, aber auch in der Polizei endlich aufzudecken und gegen rechten Terror konsequent vorzugehen“.

Bereits am 21. Juli hatte das hessische Landeskriminalamt Kenntnis von 69 rechtsextremen Drohschreiben erhalten, die mit dem Kürzel „NSU 2.0“ an 27 Menschen und Institutionen in acht Bundesländern versandt worden waren.

DATEN 22.07.2020, Mannheim und Stuttgart, Internetaufruf: 17.09.2020

QUELLE Esslinger Zeitung
<https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.rechtsextremismus-drohmail-an-linken-abgeordnete.9461500e-91fa-465b-9dca-64c11868296f.html>

Folgemeldung zu „Drohmail von ‚NSU 2.0‘“ vom 22.07.2020

Auch die SPD-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Calw, Saskia Esken, hat eine rechtsextreme Drohmail

mit dem Absender „NSU 2.0“ erhalten. Die Mail enthielt Morddrohungen und der Inhalt sei „so scheußlich, dass man’s gar nicht beschreiben kann“, berichtete Esken dem SWR in einem Interview. Sie fühle sich zwar nicht bedroht, „aber es macht mir deutlich, dass die Bedrohungslage allgemein steigt. Es macht mich eher unruhig für die Gesellschaft, als für mich“, sagte sie weiter. Die SPD-Vorsitzende hat Anzeige wegen der Drohmail erstattet, rechnete aber nicht damit, dass der oder die Täter ermittelt werden können.

Neben Saskia Esken haben auch andere Politikerinnen und Politiker, vor allem von der Linkspartei, Drohschreiben mit dem Absender „NSU 2.0“ bekommen. Auch Journalisten, eine Kabarettistin sowie der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime waren Adressaten ähnlicher Mails. Die Daten von einigen Empfängern der Drohmails wurden über hessische Polizeicomputer abgefragt. Deshalb wurde ein Sonderermittler eingesetzt, der aufklären soll, ob in der hessischen Polizei ein rechtes Netzwerk existiert.

DATEN 30.07.2020, Calw, Internetaufruf: 17.09.2020
QUELLE Der Tagesspiegel
<https://www.tagesspiegel.de/politik/auch-spd-chefin-esken-von-nsu-2-0-bedroht-der-inhalt-ist-so-scheusslich-dass-mans-gar-nicht-beschreiben-kann/26053050.html>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Markdorf kam es am 22. Juli zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 22.07.2020, Markdorf
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 22. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 22.07.2020, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Nach Hitlergruß mit Bierglas attackiert

In einer Gaststätte in der Karlsruher Oststadt zeigte ein 52-jähriger Mann am 22. Juli den Hitlergruß gegenüber zwei türkisch spre-

chenden Männern. Einer der beiden attackierte den 52-Jährigen daraufhin mit einem Weizenbiertglas und fügte ihm dabei Schnittwunden am Hals zu, die im Krankenhaus behandelt werden mussten. Der 52-Jährige sollte nach dem Vorfall eine Anzeige wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erhalten, sein Kontrahent wegen gefährlicher Körperverletzung.

DATEN 23.07.2020, Karlsruhe, Internetaufruf: 05.01.2021
QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110972/4660413>

Rechtsextreme Posts in Whatsapp-Gruppe von Pforzheimer Metallunternehmen

Mitarbeiter eines Pforzheimer Metallunternehmens sollen in einer internen Whatsapp-Gruppe rechtsextreme und rassistische Bilder und Videos ausgetauscht haben. In diesen werde unter anderem der Hitlergruß gezeigt oder in einer Bildmontage mit dem Titel „Stoppt Rassismus“ ein schwarzes Kind mit einem Affenkind verglichen. Die Staatsanwaltschaft wurde eingeschaltet, um zu prüfen, ob und gegen wen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden muss. Auf die Inhalte der Whatsapp-Gruppe aufmerksam gemacht hat ein selbst im Unternehmen beschäftigter anonymer Hinweisgeber in einem Schreiben an Gewerkschaften, Politiker und Medien. Mindestens zwei Beschäftigte wurden laut Informationen der Stuttgarter Zeitung von ihrer Arbeit freigestellt.

DATEN 23.07.2020, Pforzheim, Internetaufruf: 19.11.2020
QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.pforzheimer-firma-g-rau-in-aufruhr-fall-von-rechtsextremismus-schockiert-die-ig-metall.7a752fb9-2a15-4e3a-8223-d6e58b8d4dd.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Reutlingen kam es am 23. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 23.07.2020, Reutlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Lahr kam es am 24. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 24.07.2020, Lahr
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Offenburg kam es am 26. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 26.07.2020, Offenburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Berghülen kam es am 27. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 27.07.2020, Berghülen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mössingen kam es am 27. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 27.07.2020, Mössingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Öhringen kam es am 27. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 27.07.2020, Öhringen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Türkischstämmige Landtagsabgeordnete wird immer wieder Ziel rechter Hetze

Die türkischstämmige Landtagsabgeordnete der Grünen Nese Erikli aus Konstanz sieht sich seit drei Jahren verstärkt rechts-extremen und frauenfeindlichen Tiraden ausgesetzt. Drohungen, Stalking, am Auto die Reifen aufgeschlitzt und die Frontscheibe beschädigt, Fahrrad beschädigt, E-Mails mit sexuellen Anspielungen – die Liste ist lang. Sie hat sich einen Anwalt genommen, um dagegen vorzugehen.

-  DATEN 28.07.2020, Konstanz, Internetaufruf: 17.12.2020
-  QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/ueberregional/politik/ghaessige-mails-und-ein-beschaedigtes-auto-die-abgeordnete-nese-erikli-sieht-sich-verstaerkt-der-hetze-von-rechts-ausgesetzt;art410924,10573058>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Konstanz kam es am 28. Juli zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 28.07.2020, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 28. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 28.07.2020, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pforzheim kam es am 30. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 30.07.2020, Pforzheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

32-Jähriger beleidigt Passantin und attackiert Polizisten

Ein 32-jähriger alkoholisierter Mann bedrohte in der Nacht zum 31. Juli eine 42 Jahre alte Frau an einer Karlsruher Straßenbahnhalttestelle und beleidigte sie fremdenfeindlich. Anschließend flüchtete er. Zwei Streifenbeamte konnten ihn aufgreifen. Gegenüber den Polizisten weigerte sich der Mann, sich auszuweisen, und wurde gegen einen Beamten aufgrund von dessen Migrationshintergrund handgreiflich. Beide Beamte wurden leicht verletzt. Der 32-Jährige wurde festgenommen. Gegen ihn wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, unter anderem wegen Bedrohung, Beleidigung und tätlichem Angriff auf Vollstreckungsbeamte.

 DATEN 31.07.2020, Karlsruhe, Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110972/4667090>

Konstanzer OB-Kandidat erhält Morddrohung

Ein von der Freien Grünen Liste, der Linken Liste und der Konstanzer Linkspartei unterstützter Kandidat für den Posten des Konstanzer Oberbürgermeisters fand am 1. August einen Drohbrief im Briefkasten seines Wahlkampfbüros. Aussagen wie „lebst du eigentlich gerne? geh dahin zurück wo du her gekommen bis du menschlicher dreck denk auch an deine eltern wir warnen dich nur einmal sonst läufst du in ein messer!“, waren in dem Schreiben zu lesen.

Immer wieder erhält der Politiker solche anonymen Hassmails und Einschüchterungsversuche. In einer Stellungnahme auf seiner Homepage wies der OB-Kandidat deshalb auf das Ausmaß der Bedrohungslage gerade auch für ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker wie ihn hin, das engagierte Menschen „aus berechtigter Furcht“ um ihr Leben und das ihrer Familien zum Rückzug aus der Politik bewege. Er forderte die Politik auf Bundes- und Landesebene auf, aktiv zu werden und Kommunalpolitiker zu beschützen, die sich ehrenamtlich engagieren. Er werde sich „weiter gegen Rassismus und für ein vielfältiges Konstanz engagieren“ und „keinen Millimeter weichen“, schrieb er weiter. Gegen die unbekanntes Absender der Mail hat der Politiker Anzeige erstattet.

Die Freie Grüne Liste Konstanz, die Linkspartei und die Linke Liste Konstanz haben sich unmittelbar nach der Morddrohung empört über die Hassmail geäußert und sich hinter ihren Kandidaten gestellt. Die zuständigen Behörden forderten sie auf, den Vorfall konsequent strafrechtlich zu verfolgen.

DATEN 04.08.2020, Konstanz,
Internetaufruf: 17.09.2020

QUELLE seemoz.de
https://www.seemoz.de/lokal_regional/morddrohung-gegen-ob-kandidat-pantisano/

DATEN 04.08.2020, Konstanz,
Internetaufruf: 17.09.2020

QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/konstanz-morddrohung-gegen-ob-kandidaten-100.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pforzheim kam es am 4. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 04.08.2020, Pforzheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Winnenden kam es am 5. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 05.08.2020, Winnenden

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Banner mit Botschaft zur Flüchtlingsrettung angezündet

In der Nacht zum 2. August wurde ein an einer Hausfassade im Heidelberger Stadtteil Wieblingen angebrachtes Banner mit einer politischen Botschaft zur Flüchtlingsrettung angezündet. Der Brand wurde rechtzeitig von einem unbekanntes Helfer gelöscht, sodass die Hausfassade unbeschädigt blieb. Der Staatsschutz der Heidelberger Kriminalpolizei hat Ermittlungen gegen die unbekanntes Täter eingeleitet. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

DATEN 06.08.2020, Heidelberg, Internetaufruf: 05.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4672486>

Ungebetener Besucher attackiert Gäste einer Geburtstagsfeier

Eine Geburtstagsfeier am Abend des 6. August in Steinenbronn wurde durch einen circa 25 Jahre alten unbekanntes Täter unterbrochen, der die Gäste auf übelste rassistische Weise beleidigte. Der Aufforderung, die Feier zu verlassen, kam er nicht nach. Als ihn daraufhin ein 57-jähriger Gast zurückschieben wollte, griff der Unbekannte diesen an und würgte ihn am Hals. Zwei weitere Gäste griffen ein und versuchten, den Täter am Boden festzuhalten, dieser konnte jedoch fliehen. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 07.08.2020, Steinenbronn (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 05.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/4673343>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Durmersheim kam es am 8. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 08.08.2020, Durmersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ludwigsburg kam es am 10. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 10.08.2020, Ludwigsburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Immendingen kam es am 12. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 12.08.2020, Immendingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

„Reichsbürger“ bei Demos gegen Corona-Maßnahmen aktiv

Eine der „Reichsbürger“-Bewegung zuzurechnende Gruppe, die sich selbst als „Verfassungsgebende Versammlung“ bezeichnet, ist nach einem Bericht der Tageszeitung (TAZ) bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, wie zum Beispiel Anfang Mai am Brandenburger Tor in Berlin, sehr aktiv. Besonders präsent ist die Gruppierung in Baden-Württemberg und Bayern.

Sie tritt im Internet straff organisiert auf, wirbt in Chaträumen regionaler Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen um neue Anhänger und lädt dort mit Links in ihre eigenen Kanäle ein.

Außerdem betreibt die sogenannte „Verfassungsgebende Versammlung“ einen Radiosender und verbreitet auf ihrer Webseite, dass für die Übernahme der Macht durch den Souverän,

das Volk, alles vorbereitet sei, berichtet die TAZ weiter. Ein bei den Demonstrationen verteilter Vordruck der Gruppierung fordert zur Teilnahme an einem Referendum zur Abschaffung des Grundgesetzes auf. Als Kontaktadresse ist ein Postfach im badischen Lahr angegeben, für das sich die Polizei bereits bei Razzien gegen sogenannte „Reichsbürger“ interessiert hat.

 DATEN 12.08.2020, Lahr (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 17.09.2020
 QUELLE TAZ – Die Tageszeitung
<https://taz.de/Reichsbuerger-auf-Corona-Demos/!5706347/>

Hakenkreuze auf Einrichtung für Behinderte geschmiert

Ein Neubau einer Behinderteneinrichtung in einem Meinhardter Wohngebiet wurde in der Nacht zum 26. Juli von Unbekannten mit Hakenkreuzen besprüht. Der Sachschaden wurde auf mehrere Tausend Euro geschätzt.

 DATEN 12.08.2020, Mainhardt (Landkreis Schwäbisch Hall),
Internetaufruf: 13.12.2020
 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-schwaebisch-hall/sonnenhof-schwaebisch-hall-hakenkreuz-und-sowas-in-der-art-auf-neubau-in-der-brettachhoehe-geschmiert-50419985.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 12. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich Ausländische Ideologie Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 12.08.2020, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Hakenkreuz in Wand einer Maschinenhalle geritzt

In die Wand einer Maschinenhalle in Satteldorf wurde ein Hakenkreuz geritzt. Die Tat wurde am Morgen des 13. August entdeckt. Die Polizei bat Zeugen, die Hinweise auf die unbekanntenen Täter geben können, sich zu melden.

 DATEN 14.08.2020, Satteldorf (Landkreis Schwäbisch Hall),
Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Aalen
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/4679142>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 15. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 15.08.2020, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Nazi-Schmierereien auf Kirchengelände in Waldkirch

Am 15. August haben Unbekannte auf dem Gelände der katholischen Kirchengemeinde St. Margarethen in Waldkirch eine Stehle des Mahnmals für die Ermordeten in Litauen, einen Mülleimer und eine Mauer mit SS-Runen, Hakenkreuzen und Schriftzügen beschmiert. Die Polizei hat, wegen des Verwendens von verfassungsfeindlichen Symbolen, den Staatsschutz informiert. Da für die Schmierereien Kreide verwendet wurde, entstand kein Sachschaden.

 DATEN 17.08.2020, Waldkirch (Landkreis Emmendingen),
 Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Freiburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/4681198>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Friedrichshafen kam es am 18. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

 DATEN 18.08.2020, Friedrichshafen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Hakenkreuz-Schmierereien in Mannheim-Käfertal

Mülleimer, Sitzbänke und ein Stromkasten wurden in Mannheim-Käfertal am 17. August von einem unbekanntem Täter mit Hakenkreuzen beschmiert. Zeugen wurden gebeten, Beobachtungen bei der Kriminalpolizei zu melden.

 DATEN 18.08.2020, Mannheim, Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4682248>

Bewährungsstrafe für Träger eines T-Shirts mit Hakenkreuz-Aufdruck

Weil er im Februar eine Bar in Munderkingen mit einem T-Shirt betrat, auf das ein Hakenkreuz, die Zahl 28 und das Wort „Amok“ aufgedruckt waren, musste sich ein 33 Jahre alter Mann vor dem Ehinger Amtsgericht verantworten. Ein anderer Gast war auf den Mann und seine Bekleidung aufmerksam geworden und rief die Polizei. Weil der mehrfach vorbestrafte 33-Jährige geständig war und zum Zeitpunkt der Verhandlung einer festen Arbeit nachging, plädierten Staatsanwältin und Verteidiger auf eine Haftstrafe zur Bewährung und eine Geldstrafe. Das Urteil des Amtsgerichts lautete auf eine Freiheitsstrafe von vier Monaten, die für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde, und die Zahlung von 500 Euro.

 DATEN 19.08.2020, Ehingen (Alb-Donau-Kreis),
 Internetaufruf: 17.11.2020
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/munderkingen_artikel,-mann-spaziert-mit-hakenkreuz-shirt-in-gaststaette-_arid,11259677.html

Maskenverweigerer zeigt Hitlergruß

Die Bundespolizei machte am Abend des 18. August am Hauptbahnhof Freiburg im Breisgau einen 28-jährigen Deutschen auf die Maskenpflicht aufmerksam. Dieser zeigte daraufhin den Beamten den Hitlergruß und äußerte mehrfach rechtsextreme Parolen. Ein Strafverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde gegen den Mann eingeleitet.

 DATEN 19.08.2020, Freiburg, Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Bundespolizeiinspektion Weil am Rhein
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/116094/4683865>

„Heil Hitler“ Rufe in Isny

Am späten Abend des 18. August rief ein polizeibekannter 41-Jähriger mehrfach lautstark „Heil Hitler“ vor einer gut besuchten ausländischen Gaststätte in Isny. Beim Eintreffen der benachrichtigten Polizei hatte sich der Mann bereits entfernt. Wegen der verbotenen Ausrufe wurde er von der Kriminalpolizei angezeigt.

 DATEN 19.08.2020, Isny (Landkreis Ravensburg),
 Internetaufruf: 02.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4683811>

Maskenverweigerer schreit Nazi-Parolen

Wie die Polizei in einer Pressemitteilung berichtete, wollte ein 68-jähriger Mann am Mittag des 18. August wiederholt ohne

Mund-Nasen-Schutz in ein Meersburger Lebensmittelgeschäft gehen. Dort schrie er Nazi-Parolen und bedrohte die Filialleiterin mit einem Gehstock, als diese ihm den Zutritt ohne Maske verbot. Auch die von der Filialleiterin hinzugerufenen Polizisten beleidigte der Mann als er von ihnen hinausgewiesen wurde und das Geschäft verließ. Wie es in der Pressemitteilung weiter hieß, sollten Strafanzeigen gegen den 68-Jährigen wegen seiner verbotenen Äußerungen sowie wegen Bedrohung und Beleidigung erfolgen.

DATEN 19.08.2020, Meersburg (Bodenseekreis),
Internetaufruf: 02.01.2021

QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4683808>

Antisemitische Schmierereien in Stuttgart

Die Stuttgarter Zeitung berichtet, dass an mehreren Stellen in der Landeshauptstadt mindestens ein Dutzend Schmierereien mit der Aussage „Merkel ist Jüdin“ aufgetaucht sind. Nachdem deshalb Anzeige erstattet wurde, hat die Staatsschutzabteilung der Polizei Ermittlungen wegen der Vorfälle eingeleitet. Der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung beurteilte die Graffiti „eindeutig als antisemitisch“. Sie würden Kanzlerin Angela Merkel gezielt angreifen, „indem sie sie in die Nähe des Mythos um eine jüdische Weltverschwörung“ rückten.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage vom 16. September aus der FDP/DVP-Fraktion listet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration am 9. Oktober 19 antisemitische und antiisraelische Schmierereien zwischen dem 20. Juni und dem 22. August in Stuttgart auf:

Tatzeit	Tatort	Geschädigt	Beseitigung des Schadens
20.–30.06.2020	Stuttgart, Tunnelstraße 2	Stadt Stuttgart	Ja
23.06.2020	Stuttgart, Esslinger Straße, Unterführung B14, Rathaus	Stadt Stuttgart	Ja
22./23.06.2020	Stuttgart, Stuttgarter Straße 32	Unternehmen	Ja
23./24.06.2020	Stuttgart, Nordbahnhofstraße 147	Unternehmen	Ja
24.06.2020	Stuttgart, Rosenbergstraße 7, Hoppenlauffriedhof, Eingang jüdischer Friedhofsteil	Stadt Stuttgart	Ja
04.07.2020	Stuttgart, Stuttgarter Straße 46	Unternehmen	Ja
06.07.2020	Stuttgart, Birkenwaldstraße 24, Erlöserkirche	Evangelische Kirche	Ja

Tatzeit	Tatort	Geschädigt	Beseitigung des Schadens
08./09.07.2020	Stuttgart, Rosenbergstraße 7, Hoppenlauffriedhof	Stadt Stuttgart	Ja
13.07.2020	Stuttgart, Alexanderstraße, Unterführung	Stadt Stuttgart	Ja
23./24.07.2020	Stuttgart, Ostendplatz	Unternehmen	Ja
07.08.2020	Stuttgart, Bosch Areal	Unternehmen	Ja
13.08.2020	Stuttgart, Rosenbergstraße 7, Hoppenlauffriedhof	Stadt Stuttgart	Ja
16.08.2020	Stuttgart, Wiener Platz 1, Tiefgarage	Unternehmen	Ja
17.08.2020	Stuttgart, Hohenheimer Straße, Unterführung Olgaek	Stadt Stuttgart	Ja
17.08.2020	Stuttgart, Konrad-Adenauer-Straße, Unterführung B14	Stadt Stuttgart	Ja
17.08.2020	Stuttgart, Unterführung Staatsgalerie	Stadt Stuttgart	Ja
18.08.2020	Stuttgart, Theodor-Heuss-Straße, Unterführung/Zugang S-Bahn	Staatliches Unternehmen	Ja
21.08.2020	Stuttgart, Unterführung Staatsgalerie	Stadt Stuttgart	Ja
22.08.2020	Stuttgart, Kronenstaffel	Unternehmen	Ja

DATEN 20.08.2020, Stuttgart,
Internetaufruf: 14.01.2021

QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ermittlungen-der-polizei-in-stuttgart-antisemitische-schmiererei-merkel-ist-juedin-in-stuttgart-entdeckt.05751a45-fdf4-4912-9fdc-356c7904d7ed.html>

DATEN 16.09.2020, Stuttgart,
Internetaufruf: 14.01.2021

QUELLE Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 16/8704
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8704_D.pdf

Folgemeldung zu „Antisemitische Schmierereien in Stuttgart“ vom 20.08.2020

Im Zusammenhang mit den antisemitischen Schmierereien in Stuttgart hat die Polizei am 25. August die Wohnung eines 28-jährigen Tatverdächtigen durchsucht. Er soll neben dem Schriftzug „Merkel ist Jüdin“ auch zweimal ein Hakenkreuz aufgesprüht und in einem weiteren Fall öffentlich den Hitlergruß

gezeigt haben. Bei der Durchsuchung wurde umfangreiches Beweismaterial, darunter ein Mobiltelefon, beschlagnahmt.

 DATEN 26.08.2020, Stuttgart,
Internetaufruf: 14.01.2021

 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/wohnung-nach-judenfeindlichen-schmierereien-durchsucht;art19070,4388002>

 DATEN 26.08.2020, Stuttgart,
Internetaufruf: 14.01.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Stuttgart
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110977/4689901>

Mindestens 40 Extremismus-Verdachtsfälle bei der Polizei

Im ersten Halbjahr 2020 gab es, laut einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur bei den Innenministerien von Bund und Ländern, mindestens 40 neue Extremismus-Verdachtsfälle bei der deutschen Polizei. Die Vorfälle waren meist dem rechten Spektrum zuzuordnen.

In Baden-Württemberg sind im ersten Halbjahr laut Innenministerium drei Disziplinarverfahren gegen Polizisten „wegen des Verdachts extremistischer Verhaltensweisen“ eingeleitet worden. Zwei Beamte wurden wegen „rechtsextremistischer, antisemitischer beziehungsweise islamkritischer Äußerungen“ bis auf Weiteres vom Dienst suspendiert. Die Staatsanwaltschaft wurde eingeschaltet, einer der Beschuldigten strafrechtlich verurteilt. Im dritten Fall hat sich der Extremismusverdacht nicht erhärtet, das Verfahren wurde zeitnah eingestellt.

 DATEN 22.08.2020, Baden-Württemberg und gesamte Bundesrepublik, Internetaufruf: 17.09.2020

 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.polizisten-im-zwielicht-dutzende-extremismus-verdachtsfaelle-bei-polizei-im-ersten-halbjahr.140e4afc-6fe5-49a2-ae15-77b8e918b58d.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Pfinztal kam es am 25. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

 DATEN 25.08.2020, Pfinztal

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 25. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch die Androhung von Straftaten § 126 StGB.

 DATEN 25.08.2020, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schwarzach kam es am 27. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB.

 DATEN 27.08.2020, Schwarzach

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Neckarsulm kam es am 28. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 DATEN 28.08.2020, Neckarsulm

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Antiziganistisch motivierte Übergriffe

In Durmersheim kam es am 28. August zu Diskriminierung und Übergriffen gegenüber Sinti und Roma. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.08.2020, Durmersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26932
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926932.pdf>

Nazi-Schmierereien an Pfedelbacher Schule

In der Nacht zum 28. August haben Unbekannte mehrere Gebäude der Pfedelbacher Pestalozzi-Schule beschmiert. Sowohl Hakenkreuze als auch die Ziffer „88“ und der gleichbedeutende Schriftzug „Heil Hitler“ waren zu sehen. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen, der Schaden wurde auf 500 bis 1.000 Euro geschätzt.

 DATEN 28.08.2020, Pfedelbach (Hohenlohekreis),
Internetaufruf: 11.02.2021
 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/polizei/hohenlohe/nazi-schmierereien-an-pfedelbacher-schule;art1494,4388635>

Bewährungsstrafe für jungen Dschihadisten

Ein wegen Terrorismusfinanzierung und Vorbereiten einer schweren staatsgefährdenden Straftat angeklagter 21-Jähriger aus Pforzheim wurde vom Jugendschöffengericht in Ludwigsburg zu einem Jahr und acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Außerdem erhielt er die Auflage, an einem Aussteigerprogramm im Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg teilzunehmen. Für die Planung eines konkreten Anschlags gab es laut der Zeugenaussage eines Pforzheimer Polizisten keine Beweise, auch Enthauptungs- oder Hinrichtungsvideos wurden bei dem Angeklagten nicht gefunden.

Anfang 2020 war der 21-Jährige gemeinsam mit seiner 20-jährigen Ehefrau, die der extremistisch-islamistischen Sammlungsbewegung Hai at Tahrir asch-Scham (HTS) angehört, mit der Bahn über München nach Salzburg und mit dem Auto weiter ins türkische Antalya gereist, mit dem Ziel, sich im Nachbarland Syrien den am dortigen Bürgerkrieg beteiligten extremistisch-islamistischen Milizen anzuschließen. Nach einem Aufenthalt bei einer türkischen Familie brachte ein Schleuser das Ehepaar mit dem Auto ins türkisch-syrische Grenzgebiet. Etwa 15 Kilometer vor Syrien bekam es der Schleuser jedoch mit der Angst zu tun und sie mussten ihren Weg zu Fuß fortsetzen. Dabei wurden sie vom türkischen Militär aufgegriffen und in ein Lager gebracht. Dort sei ihm die Lust auf eine Ausbildung bei der HTS jedoch vergangen. Sie hätten „Todesängste“ ausgestanden, seine Frau sei in einen Raum eingeschlossen und in den Bauch geschlagen worden, ihm gegenüber hätten die türkischen Soldaten Gesten gemacht, als solle sein Kopf rollen, berichtete der Angeklagte vor Gericht.

Sympathie für den Heiligen Krieg entwickelte der Sohn einer Deutschen und eines Jordaniers schon als 15- oder 16-Jähriger. Von da

an geriet er zunehmend in dschihadistische Kreise auf Facebook. Vor seiner eigenen Ausreise hatte er bereits drei Bekannte unterstützt, die zu einer Kämpferausbildung nach Syrien aufgebrochen waren. Einer davon starb im Juli 2019 durch Bombensplitter.

 DATEN 30.08.2020, Ludwigsburg, Internetaufruf: 17.09.2020
 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Nachdem-die-Reise-nach-Syrien-scheiterte-21-jaehriger-Dschihadist-aus-Pforzheim-kaempft-nur-noch-um-B-_arid,1473619.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ehingen kam es am 31. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 31.08.2020, Ehingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 3. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

DATEN 03.09.2020, Ulm
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Zahlreiche Autos mit Hakenkreuzen zerkratzt

Im Freiburger Stadtteil Herdern wurden in der Nacht zum 4. September an mindestens 18 Fahrzeugen Hakenkreuze in die Motorhaube oder Fahrzeugseite geritzt. Die Polizei ging von einem Schaden im fünfstelligen Bereich aus. Weitere Geschädigte oder Zeugen wurden gesucht.

DATEN 04.09.2020, Freiburg, Internetaufruf: 17.12.2020
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/polizei-meldungen/unbekannte-kratzen-hakenkreuze-in-mindestens-18-autos-in-freiburg>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 6. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 06.09.2020, Ulm
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

13-Jähriger und 22-Jähriger sprühen Hakenkreuz und extrem rechte Parolen

Laut einer Mitteilung der Polizei sollen ein 13-Jähriger und ein 22-Jähriger zwischen dem 24. August und dem 1. September in Unterschwarzach und Aglasterhausen verschiedene Straftaten begangen haben. Auf einen Feldweg in Unterschwarzach sollen sie unter anderem ein Hakenkreuz mit dem Zusatz „Ausländer raus“ und den Schriftzug „ACAB“ („All cops are bastards“) gesprüht haben. Auch Diebstähle und Sachbeschädigungen wurden den beiden vorgeworfen.

DATEN 07.09.2020, Schwarzach (Neckar-Odenwald-Kreis), Internetaufruf: 08.12.2020

QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mosbach/polizeibericht-mosbach_artikel,-unterschwarzach-hakenkreuz-schmierer-geschnappt-update-_arid,541338.html

Ermittlungen wegen Antisemitismus bei Heidelberger Burschenschaft

Bei einer Verbindungsfeier der Heidelberger Burschenschaft Normannia am 29. August soll ein 25-jähriger Gast mit Gürteln auf den Rücken und die Beine geschlagen, mit Münzen beworfen und antisemitisch beleidigt worden sein, nachdem er zuvor über seine jüdische Abstammung gesprochen hatte. Der 25-Jährige erstattete noch am selben Tag Strafanzeige.

Wie die Polizei mitteilte, wurde bei einer Durchsuchung im Gebäude der Normannia umfassendes Beweismaterial gefunden. Die Gürtelschläge seien laut Staatsanwaltschaft wahrscheinlich ein gängiges Ritual der Tatverdächtigen, die sogenannte „Gürtelung“.

Die Staatsanwaltschaft hat nach dem Vorfall Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung gegen sieben Männer und eine Frau eingeleitet. Ob die Tat ein antisemitisches Motiv hatte, stand noch nicht fest. Zu den Beschuldigten sollen neben Mitgliedern der Heidelberger Burschenschaft auch Personen aus Studentenverbindungen in Saarbrücken und Köln zählen. Das Opfer selbst gehört einer Leipziger Studentenverbindung an.

Der Antisemitismus-Beauftragte der baden-württembergischen Landesregierung mahnte eine transparente und öffentliche Aufklärung des Vorfalls an, da nach seinen Erkenntnissen „Alte Herren“ der Heidelberger Verbindung bei Justiz und Polizei tätig seien. „Da muss jeder Anschein vermieden werden“, sagt er dazu. Die zu beobachtenden antisemitischen und autoritären Tendenzen in Burschenschaften müssten bekämpft werden. Sie ganz zu verbieten, würde die Mitglieder aber in den Untergrund drängen, nicht ihre Haltungen verändern.

DATEN 08.09.2020, Heidelberg, Internetaufruf: 17.09.2020
QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Antisemitischer-Uebergriff-Mann-soll-von-Burschenschaffern-mit-Guerteln-und-Muenzen-misshandelt-worden-_arid,1476109.html

Folgemeldung zu „Ermittlungen wegen Antisemitismus bei Heidelberger Burschenschaft“ vom 08.09.2020

In der Antwort auf eine am 17. September eingegangene Kleine Anfrage aus der SPD-Fraktion führt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration am 12. Oktober ergänzende Sachverhalte zu dem Vorfall bei der Heidelberger Burschenschaft Normannia Ende August auf.

Die zum Auskunftszeitpunkt noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen richteten sich gegen neun Männer und eine Frau. Nach der Strafanzeige des 25-jährigen Geschädigten hat der Staatsschutz bei der Heidelberger Kriminalpolizei Ermittlungen eingeleitet. Ermittelt wurde wegen des Verdachts der gemeinschaftlich begangenen gefährlichen Körperverletzung und Beleidigung. Bei einer Durchsuchung am 2. September wurden Unterlagen, die Aufschluss über die bei der Tat beteiligten Personen geben können, sowie mögliche Tatwerkzeuge (Gürtel) sichergestellt.

Ein Beschuldigter gehört der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ an und war an verschiedenen Aktionen und Demonstrationen beteiligt. Verbindungen zwischen der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ und der Burschenschaft Normannia waren den Sicherheitsbehörden bekannt. Die Ermittlungen zum Umfeld der anderen Beschuldigten waren zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage noch nicht abgeschlossen. Als Tatmotiv wurde aber eine antisemitische Gesinnung zumindest einzelner Beschuldigter angenommen.

 **DATEN** 17.09.2020, Stuttgart,
Internetaufruf: 14.01.2021

 **QUELLE** Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 16/8771
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8771_D.pdf

Folgemeldung zu „Ermittlungen wegen Antisemitismus bei Heidelberger Burschenschaft“ vom 08.09.2020

Nach den Übergriffen auf einen Gast mit jüdischer Abstammung bei einer Verbindungsfeier in Heidelberg äußerte ein SPD-Landtagsabgeordneter Kritik an der Studentenverbindung Normannia und ihren Führungspersonen, zu denen zum Zeitpunkt des Vorfalls auch der stellvertretende Vorsitzende des Mannheimer CDU-Kreisverbands zählte. Nach der Auskunft des Innenministeriums auf seine Anfrage zu dem Vorfall (siehe oben) erklärte der SPD-Abgeordnete, die Burschenschaft sei aus seiner Sicht ein Fall für den Verfassungsschutz. „Die Burschenschaft Normannia gibt seit Jahren Antisemiten und Rechtsextremisten eine Heimat. Dies wurde von den dortigen Führungspersonen offenkundig geduldet, wenn nicht gar unterstützt“, zitiert ihn der Mannheimer Morgen.

Der stellvertretende CDU-Kreisverbandsvorsitzende und Verbindungsvorstand wies die Vorwürfe zurück. Der Vorstand sei zwar im Sommer 2019 über den Verdacht rechtsradikaler Umtriebe in der Normannia informiert worden, daraufhin eingeleitete interne Ermittlungen hätten die Anschuldigungen jedoch nicht belegt. Man sei deshalb von einem „Racheakt“ eines ehemaligen Verbindungsmitglieds ausgegangen, das die Anschuldigungen erhoben hatte, nachdem ihm wegen wiederholten Drogenkonsums der Austritt nahegelegt worden war. In einem weiteren Fall, bei dem sich ein Verbindungsmitglied bei einem hausinternen An-

ruf mit „Heil Hitler“ gemeldet habe, hätte man sofort gehandelt. Der Student sei daraufhin selbst ausgetreten, um seinem Ausschluss zuvorzukommen. Am zweiten Oktoberwochenende war der stellvertretende CDU-Kreisverbandsvorsitzende selbst aus der Burschenschaft ausgetreten. Eine Notwendigkeit für weitere persönliche Konsequenzen sah er deshalb nicht.

Anders sahen dies die Mannheimer Grünen. In einer Mitteilung erklärten sie: „Der Austritt [...] aus der offenkundig rechtsextremen und antisemitischen Burschenschaft Normannia kam spät und erscheint daher als Distanzierung der dort gelebten Geisteshaltung kaum glaubwürdig.“ Weiter hieß es, der stellvertretende CDU-Kreisverbandsvorsitzende sei „für eine demokratische Partei nicht tragbar“, und man fordere die Mannheimer CDU auf, personelle Konsequenzen zu ziehen.

Der Mannheimer CDU-Kreisverbandsvorsitzende sah hingegen keinen Handlungsbedarf. In „einem langen gemeinsamen Gespräch“ habe ihm sein Stellvertreter erklärt, „dass er auf Grund der Vorkommnisse in der Burschenschaft Normannia seine dortige Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung beendet hat.“ Weiter wollte er sich nicht äußern.

 **DATEN** 14.10.2020, Heidelberg,
Internetaufruf: 28.10.2020

 **QUELLE** Mannheimer Morgen
https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-mannheim-normannia-heimat-fuer-antisemiten-arid,1702709.html

Linksextremisten verschicken Drohbrieffe mit Patronenhülsen

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Bundesinnenminister Horst Seehofer, der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und 14 Landesinnenminister waren die Adressaten von Drohschreiben, denen eine Patronenhülse beigelegt war.

Insgesamt wurden laut einem Bericht des Spiegel über einen längeren Zeitraum mehr als 30 solcher Drohschreiben verschickt, denen Gegenstände wie Reizstoffpatronen, kleine Küchenmesser oder brennbare Flüssigkeiten samt Anzünder beigelegt worden waren. Die ersten Briefe gingen Ende 2019 an die umweltpolitischen Sprecher verschiedener Fraktionen im Bundestag und das Wahlkreisbüro von Ministerpräsident Kretschmann. Ende März 2020 wurden weitere Drohbrieffe an Innenminister Seehofer, das Bundesverfassungs- und das Bundesarbeitsgericht geschickt. Die Briefe einer dritten Versendeaktion um Ostern waren wieder an Umweltpolitiker adressiert. Die letzten 17 Briefe erhielten im Mai 2020 erneut Innenminister Seehofer, der Verfassungsschutz-Präsident, das Bundesverfassungsgericht und mehrere Landesinnenminister. Die Ermittlungen zu den Briefsendungen hat die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe übernommen. Im Verdacht, die Schreiben

verschickt zu haben, stand eine als Terrorvereinigung eingestufte linksextremistische Gruppierung, die sich selbst „Revolutionäre Aktionszellen“ (RAZ) nennt. Die RAZ hatte sich zu Ende August gefundenen Brandsatz-Bestandteilen vor der Villa eines Fleischunternehmers bekannt und zu Brandsätzen bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, von denen einer in der Nacht zum 2. August gezündet worden war, aber von selbst wieder erlosch.

DATEN 09.09.2020, Karlsruhe und gesamte Bundesrepublik, Internetaufruf: 17.09.2020

QUELLE Kreiszeitung Böblinger Bote https://www.krzbb.de/krz_12_111926762-113-_Drohbriefe-mit-Patronenhulsen-gingen-auch-anKretschmann.html

Folgemeldung zu „Linksextremisten verschicken Drohbriefe mit Patronenhülsen“ vom 09.09.2020

Am 30. Oktober hat die Polizei in einer Berliner Wohnung eine 39-jährige Frau und einen 38-jährigen Mann aus Stuttgart festgenommen, die für die Drohbriefe an zahlreiche Politiker wie auch die versuchten Brandanschläge auf die Bundesagentur für Arbeit und einen Fleischfabrikanten verantwortlich sein sollen. Zeitgleich wurden in diesem Zusammenhang drei Wohnungen in Stuttgart durchsucht.

Eine terroristische Vereinigung, wie anfangs vermutet, sowie weitere Täter waren an den Drohbriefserien aus Sicht der Bundesanwaltschaft nicht beteiligt. Die Ermittlungen wurden deshalb kurz vor den Festnahmen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft übertragen. Diese erklärte, das Paar sei zuvor nicht als linksextremistisch aufgefallen. Ein Zusammenhang mit einer früheren Drohbriefserie im Jahr 2009 wurde nicht vermutet.

Politisch engagiert hatte sich das Paar lediglich bei der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), deren baden-württembergischer Landesvorsitzende sich fassungslos zeigte: „Die Nachricht hat mir den Boden unter den Füßen weggezogen“, erklärte er. Bei einem Gespräch mit der 39-jährigen Parteikollegin über extremistische Gewalt seien sie beide der Meinung gewesen, „dass die ÖDP damit nichts zu tun hat“. In einer noch am Abend des 30. Oktober verschickten Erklärung der ÖDP hieß es, die beiden festgenommenen Mitglieder seien nie durch Gewalt oder entsprechende Aufrufe aufgefallen. „Beides wird in der ÖDP auf keinen Fall toleriert.“ Der Bundesvorsitzende kündigte den sofortigen Ausschluss des Paares an, wenn sich der Tatverdacht gegen sie bestätige. Bis dahin ruhe ihre Mitgliedschaft.

Die Vorwürfe gegen die beiden mutmaßlichen Täter lauten auf versuchte Nötigung und versuchte Brandstiftung.

DATEN 31.10.2020, Stuttgart und Berlin, Internetaufruf: 13.11.2020

QUELLE TAZ – Die Tageszeitung <https://taz.de/Festnahmen-nach-linksextremen-Drohschreiben/!5724929/>

Folgemeldung zu „Linksextremisten verschicken Drohbriefe mit Patronenhülsen“ vom 09.09.2020

Ein Abgeordneter der FDP im baden-württembergischen Landtag hat am 5. November eine Kleine Anfrage zu bekannten Beziehungen des festgenommenen Paares in die linksextreme Szene gestellt. Außerdem wird Auskunft darüber verlangt, ob die beiden auch an dem Überfall auf ein Mitglied der rechtsextremen Gewerkschaft „Zentrum Automobil“, am 16. Mai am Rande einer Demonstration von Corona-Skeptikern in Stuttgart-Bad Cannstatt⁷, oder den Krawallen in der Nacht vom 21. zum 22. Juni in der Stuttgarter Innenstadt beteiligt waren.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage bezeichnet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die beiden Festgenommenen als „Randpersonen der linksextremistischen Szene ohne eine Einbindung in gefestigte Strukturen“. Bei einem von ihnen ließen verschiedene Veröffentlichungen aber „eindeutig eine linksextremistische Ideologie erkennen“ und belegten eine „fortschreitende Radikalisierung“. In einem Internetbeitrag zu den Krawallen in Stuttgart in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni werde beispielsweise „in szenetypischer Ausdrucksweise u. a. die Polizei bzw. deren gestiegene Präsenz für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht und eine Überwindung des ‚kapitalistischen‘ Systems propagiert“. Für eine Teilnahme der beiden Tatverdächtigen an den Ausschreitungen lägen aber keine Hinweise vor. Auch für eine Verbindung zu dem Überfall auf das Mitglied der rechtsextremen Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ gebe es keine Erkenntnisse bei den Sicherheitsbehörden.

DATEN 26.11.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 11.01.2021

QUELLE Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 16/9173 <https://www.nico-weinmann.de/wp-content/uploads/2020/12/Antwort-IM-9173-Linke-Terrorzelle-Mieze.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Baden-Baden kam es am 14. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die

7 Vgl. S. 81

Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 14.09.2020, Baden-Baden
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ettlingen kam es am 15. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 15.09.2020, Ettlingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Villingen-Schwenningen kam es am 17. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 17.09.2020, Villingen-Schwenningen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Friedhofskapelle mit Hakenkreuz beschmiert

Unbekannte haben zwischen dem 8. und 15. September ein circa einen Meter hohes und 60 cm breites Hakenkreuz an die Kapelle eines Friedhofs in der Weingartener Innenstadt geschmiert. Laut Polizeiangaben wurde für die Schmiererei rote Farbe verwendet, der entstandene Schaden wurde auf mehrere Hundert Euro geschätzt. Es wurden Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

-  DATEN 17.09.2020, Weingarten (Landkreis Ravensburg),
Internetaufruf: 02.01.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4709734>

Nazi-Flugblätter am Elchinger Flugplatz

Am Morgen des 15. September wurden in einer Zufahrt zum Flugplatz im Neresheimer Ortsteil Elchingen mehrere handgeschrie-

bene Flugblätter mit Naziparolen sowie Hakenkreuzen entdeckt. Wer für die Aktion verantwortlich war, wurde nicht bekannt. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

-  DATEN 18.09.2020, Neresheim (Ostalbkreis),
Internetaufruf: 17.11.2020
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/neresheim_arid,11271140_artikel,-zettel-mit-naziparolen-_bildid,6491531.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 18. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 18.09.2020, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Titisee-Neustadt kam es am 18. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 18.09.2020, Titisee-Neustadt
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Nazi-Schmierereien unter Brücke

In Ummendorf haben Unbekannte Schriftzeichen, die an SS-Runen erinnern, und Hakenkreuze unter die Umlachbrücke geschmiert. Nach dem Hinweis einer Zeugin an die Gemeindeverwaltung hat das Bürgermeisteramt die Schmierereien am 18. September per E-Mail bei der Polizei angezeigt.

-  DATEN 18.09.2020, Ummendorf (Landkreis Biberach),
Internetaufruf: 17.11.2020
-  QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/ummendorf_artikel,-buergermeister-ist-ueber-hakenkreuz-schmierereien-unter-der-bruecke-entsetzt-_arid,11271206.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Aglasterhausen kam es am 19. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 19.09.2020, Aglasterhausen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Baden-Baden kam es am 20. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 20.09.2020, Baden-Baden
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 20. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 20.09.2020, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24774
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/247/1924774.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lauffen kam es am 21. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 21.09.2020, Lauffen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24108
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924108.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Vaihingen kam es am 27. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 27.09.2020, Vaihingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

AfD-Landtagsabgeordneter wird aus Fraktion und Partei ausgeschlossen

Nachdem ein AfD-Abgeordneter am 26. September auf einer Kundgebung in Mainz mit Sätzen wie: „Wir müssen die Regierung zuallererst stürzen, und zwar mit Gewalt“ oder „Jeder von uns muss bereit sein, sein Leben zu geben, damit wir in Freiheit leben“, aufgefallen war, wurde er von seinen Parteikollegen aus der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag ausgeschlossen und seine Mitgliedschaftsrechte wurden ihm entzogen, bestätigte der Landtagssprecher der Partei. In einer Stellungnahme des AfD-Fraktionsvorsitzenden hieß es zu dem Vorfall: „Wer diesen Rechtsstaat in Frage stellt, ja zu seiner gewaltsamen Beseitigung aufruft, hat den Boden dieser Verfassung verlassen und damit auch die Grundlagen der Fraktionsverfasstheit in Frage gestellt.“ Auch die AfD-Landesvorsitzende Alice Weidel verurteilte die Äußerungen des Abgeordneten: „Wer zu einem gewaltsamen Umsturz aufruft, kann nicht länger Teil unserer Fraktion und Partei sein. Ich halte die Entscheidung der Fraktion daher für absolut richtig.“

Der ausgeschlossene Abgeordnete war schon zuvor mehrfach mit fragwürdigen Äußerungen aufgefallen und sei auch an einer Kundgebung vor dem SWR-Gebäude beteiligt gewesen, bei der Anfang Januar zu Gewalt gegen Journalisten aufgerufen wurde, berichtet der Südkurier weiter. Außerdem stelle er die Zahl der Holocaust-Opfer in Frage und habe zum Holocaust-Gedenktag im Januar auf Facebook gepostet: „Schluss mit dem Schuldult.“

Auf eine Anfrage des Südkurier bestätigte die Mainzer Polizei, dass das Fachkommissariat für politisch motivierte Kriminalität die Aussagen des Abgeordneten bei der Kundgebung prüfe und im Falle eines Anfangsverdachts die Staatsanwaltschaft für weitere Ermittlungen hinzuziehen werde. Nach Paragraph 111 des Strafgesetzbuches ist bereits der Aufruf zu einer Straftat selbst eine Straftat.

 DATEN 28.09.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 07.10.2020
 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/raepple-fliegt-aus-der-fraktion-aber-nicht-nur-auf-landesebene-poltert-es-in-der-afd/art417930,10625490>

Folgemeldung zu „AfD-Landtagsabgeordneter wird aus Fraktion und Partei ausgeschlossen“ vom 28.09.2020

Die Präsidentin des baden-württembergischen Landtags Muhterem Aras verkündete am 11. November, die AfD-Fraktion habe mitgeteilt, dass der wegen seiner Äußerungen aufgefallene AfD-Abgeordnete der Fraktion mit sofortiger Wirkung nicht mehr angehöre. Damit sei er fortan offiziell fraktionslos und nicht mehr Teil der AfD-Landtagsfraktion.

 DATEN 11.11.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 13.11.2020

 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/raepple-ausschluss-afd-100.html>

Nazi-Symbole in Autos geritzt

In Alpirsbach haben unbekannte Täter mit einem spitzen Gegenstand SS-Runen und Hakenkreuze in Motorhauben und Beifahrertüren von fünf Fahrzeugen geritzt. Laut einer Polizeimitteilung fand die Tat wahrscheinlich in der Nacht zum 28. September statt, der entstandene Sachschaden wurde auf mehrere Tausend Euro geschätzt. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

 DATEN 29.09.2020, Alpirsbach (Landkreis Freudenstadt), Internetaufruf: 28.10.2020

 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.alpirsbach-hakenkreuze-in-fremde-autos-geritzt.448e3dd4-c226-4dd8-b2a2-981c9144c13f.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Kressbronn kam es am 29. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerber/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern sowie zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.09.2020, Kressbronn

 QUELLE Deutscher Bundestag. Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag. Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Horb kam es am 2. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 **DATEN** 02.10.2020, Horb
 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Hakenkreuz auf Radarfalle

In der Nacht zum 2. Oktober haben unbekannte Täter einen an einer Bundesstraße bei Tettang-Argenhardt als mobiles Radargerät zur Geschwindigkeitsmessung eingesetzten Anhänger und die in ihm verbaute Messoptik mit zwei Hakenkreuzen und beleidigenden Schriftzügen besprüht. Der Polizeiposten Tettang hat die Staatsschutz-Dienststelle der Kriminalpolizeidirektion Friedrichshafen zu den Ermittlungen hinzugezogen und Zeugen gebeten, sich zu melden.

 **DATEN** 02.10.2020, Tettang (Bodenseekreis),
Internetaufruf: 13.11.2020
 **QUELLE** Polizeirevier Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4723717>

Brandanschläge in Marbach

Am frühen Morgen des 3. Oktober warf ein 42-jähriger Mann einen selbst gebauten sogenannten „Molotow-Cocktail“ gegen die Eingangstür des Polizeireviers in Marbach am Neckar. Zur gleichen Zeit wurden ähnlich Brandanschläge gegen ein Mehrfamilienhaus im Innenstadtbereich und die evangelische Kirche gemeldet. Drei Polizisten des Reviers nahmen die Verfolgung des flüchtigen Täters auf. Als sie ihn stellten, bewarf er eine Beamtin mit einer Schnapsflasche. Bei seiner Festnahme beleidigte der 42-jährige Deutsche dann die Polizeibeamten und gab polizei- und fremdenfeindliche Parolen von sich. Außerdem wurde ein Schlagstock bei ihm gefunden.

Während die Brandsätze an der Polizeiwache und der evangelischen Kirche von den Beamten bzw. Ersthelfern selbst gelöscht werden konnten, stand das Mehrfamilienhaus bis zum Eintreffen der Feuerwehr bereits in Vollbrand. Fünf Bewohner wurden ins Freie gebracht. Das Gebäude war durch den Brand einsturzgefährdet und nicht mehr bewohnbar, auch ein Nachbargebäude konnte

wegen der entstandenen Kohlenmonoxidbelastung vorübergehend nicht mehr betreten werden. Vier Bewohner des Mehrfamilienhauses und zwei Ersthelfer wurden leicht verletzt und mussten medizinisch versorgt werden. Außerdem verletzten sich zwei Polizisten leicht. Der Schaden an dem Mehrfamilienhaus wurde von der Polizei auf mindestens 500.000 Euro geschätzt, der Schaden an der Kirche auf circa 10.000 Euro. Zur Höhe der Brandschäden am Polizeirevier lag unmittelbar nach der Tat noch keine Schätzung vor.

Der festgenommene 42-Jährige wurde noch am Nachmittag des 3. Oktober einem Haftrichter beim Heilbronner Amtsgericht vorgeführt, der einen von der Staatsanwaltschaft Heilbronn beantragten Haftbefehl in Vollzug setzte. Anschließend wurde er in eine Justizvollzugsanstalt gebracht.

 **DATEN** 03.+04.10.2020, Marbach (Landkreis Ludwigsburg),
Internetaufruf: 13.11.2020
 **QUELLE** Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/stuttgart-region/nach-brandanschlag-in-marbach-am-neckar-polizei-nimmt-42-jahrigen-tatverdachtigen-fest-arid-264272>

Hakenkreuzschmierereien an Kirche

Im Aalener Teilort Fachsenfeld wurden am Vormittag des 3. Oktober zwei mit unterschiedlichen Farben aufgesprühte Hakenkreuze neben dem Haupteingang der katholischen Kirche entdeckt. Bereits am 27. September war ein Auto mit drei Insassen über eine frisch eingesäte Grünfläche beim Neubau des katholischen Gemeindehauses gefahren. Der entstandene Sachschaden wurde auf mehrere Hundert Euro geschätzt. Ob beide Taten zusammenhängen, war noch nicht bekannt. Die Kriminalpolizei in Aalen hat Ermittlungen aufgenommen.

 **DATEN** 04.10.2020, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 13.11.2020
 **QUELLE** Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/1928750/>

Drohung gegen Universität Passau auf Twitter

Für eine Anfang Juni auf Twitter veröffentlichte Drohung gegen die Universität Passau konnte ein aus Lörrach stammender Mann als einer der Urheber ausgemacht werden. Gemeinsam mit einem Mittäter aus Cuxhaven in Niedersachsen hatte er in einem Tweet eine Gewalttat an der Passauer Universität im Herbst 2020 so geschildert, als hätte diese bereits stattgefunden. Obwohl die beiden Verdächtigen mit gefälschten Accounts und verschiedenen Verschleierungstechniken vorgegangen waren, konnten die Ermittler sie über eine Verbindung der Twitter-Nachricht zu einem Betreiber eines rechtslastigen Podcasts und Radiosenders identifizieren. Anfang Oktober fanden dann Durchsuchungen in mehreren Wohnungen in Passau, Lörrach

und Cuxhaven statt. In zwei Passauer Wohnungen wurden dabei zahlreiche digitale Datenträger und Notizzettel gefunden.

Die Staatsanwaltschaft Passau hat gegen die beiden Tatverdächtigen Strafverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten eingeleitet. Wie die Stuttgarter Nachrichten weiter berichten, habe der Mann aus Baden-Württemberg bei seiner Vernehmung umfangreiche Angaben gemacht und den Twitter-Beitrag als nur ironisch gemeint dargestellt.

DATEN 05.10.2020, Lörrach, Cuxhaven und Passau,
Internetaufruf: 13.11.2020

QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.twitter-drohung-gegen-uni-passau-ein-beschuldigter-kommt-aus-dem-suedwesten.102204cb-951b-41fa-b391-f51e44c7c4e7.html>

Antifa-Anschlag auf das frühere Wohnhaus des Ex-Chefs der „Identitären Bewegung“ Konstanz

Das ehemalige Wohnhaus des Ex-Chefs der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ in Konstanz, in dem dessen Mutter und sein Stiefvater leben, wurde am 4. Oktober Ziel eines Anschlags der Antifa. 60 verummte Aktivisten warfen mit Farbbomben und Eiern auf das Haus und sollen, laut Angaben der Mutter gegenüber dem Südkurier, auch Bengalos gezündet, Raubbomben geworfen und linke Parolen geschrien haben. Der Stiefvater soll, als er den Tätern hinterherlief, von drei Verummten abgedrängt und mit Fäusten geschlagen worden sein. Die Antifa hat sich auf einem Internetportal zu der Tat bekannt. Der frühere Leiter der Ortsgruppe der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ Konstanz lebte zum Tatzeitpunkt nach eigenen Angaben bereits seit mehr als zwei Jahren nicht mehr in dem Haus.

DATEN 06.10.2020, Konstanz, Internetaufruf: 16.12.2020

QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/eierwuerfe-und-farbanschlag-antifa-beschiert-elternhaus-des-ehemaligen-chefs-der-identitaeren-bewegung-in-konstanz;art417930,10632815>

Hitlergruß auf Polizeiwache

In der Nacht zum 6. Oktober randalierte ein alkoholisierte 31-Jähriger in einer Gaststätte am Kornwestheimer Bahnhof. Er warf einen Stuhl in Richtung des Wirts, der daraufhin in einen Nebenraum flüchtete und die Polizei rief. Auch den eintreffenden Polizisten gegenüber verhielt sich der Mann aggressiv. Zur Feststellung seiner Identität brachten die Beamten den Randalierer zum Kornwestheimer Polizeirevier. Dort zeigte und äußerte er mehrfach den Hitlergruß und verweigerte einen Atemalkohol-

test. Nach einer daraufhin angeordneten Blutentnahme und der Feststellung seiner Personalien wurde er mit einem Platzverweis für den Bahnhofsbereich entlassen. Trotzdem ging der 31-Jährige zurück zum Bahnhof, wo er kurz nach fünf Uhr morgens auf einem der Bahnsteige einen 27-Jährigen zuerst schubste und dann zu Boden schlug. Eine Polizeistreife, die ihm gefolgt war, griff ein und brachte ihn erneut zum Polizeirevier, wo er doch noch in einen Atemalkoholtest einwilligte. Dieser ergab einen Wert von knapp vier Promille. Bis zum Vormittag kam er dann in eine Gewahrsamseinrichtung, wo er einen Türspion beschädigte.

Der 31-Jährige muss sich nach seinen Taten wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, Körperverletzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Sachbeschädigung verantworten.

DATEN 06.10.2020, Kornwestheim (Landkreis Ludwigsburg),
Internetaufruf: 28.10.2020

QUELLE Marbacher Zeitung
<https://www.marbacher-zeitung.de/inhalt.31-jaeheriger-kassiert-vier-anzeigen-in-nur-einer-nacht-hitlergruss-pruegelei-und-ein-kaputter-tuerspion.e5d08bb5-3607-44dc-acb1-632d2daae3e7.html>

Nazi-Schmierereien auf Wahlplakaten für Stuttgarter OB-Wahl

Ein parteiloser Kandidat für die Wahl zum Stuttgarter Oberbürgermeister beklagte, dass einige seiner Wahlplakate mit Hitlerbärten und Hakenkreuzen beschmiert wurden.

DATEN 07.10.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 19.11.2020

QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ob-wahl-in-stuttgart-schmierfinken-und-herbstwind-zerstoeren-die-ersten-ob-wahlplakate.ba885020-ebd1-447b-8e6d-b74ca1bc0a93.html>

Hakenkreuze und antisemitische Parolen auf Spielgeräten

Auf einem Spielplatz am Rheinauer See in Mannheim haben Unbekannte Hakenkreuze und antisemitische Parolen auf Spielgeräte geschmiert. Auch Steinpfosten einer Bushaltestelle in der Nähe des Spielplatzes wurden verschandelt. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen aufgenommen, nachdem ein Zeuge die Schmierereien am 7. Oktober gemeldet hatte, und bat um Hinweise zur Tat.

DATEN 08.10.2020, Mannheim, Internetaufruf: 20.12.2020

QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim/polizeibericht-mannheim_artikel,-mannheim-hakenkreuze-auf-spielplatz-gesprueht-_arid,561240.html

Iraner zeigt nach Fastnachtsumzug den Hitlergruß

Ein 27-jähriger Iraner wurde von zwei Polizisten am Faschingsdienstag dabei beobachtet, wie er nach dem Fastnachtsumzug in der Heidelberger Innenstadt zweimal den Hitlergruß gezeigt hat. Das Heidelberger Amtsgericht hat ihn dafür am 8. Oktober zu einer Geldstrafe von 240 Euro verurteilt.

DATEN 09.10.2020, Heidelberg, Internetaufruf: 20.12.2020
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-wann-ist-ein-hitlergruss-ein-hitlergruss-27-jaehriger-hebt-beim-heidelberger-fasching-den-rechten-arm-_arid,561531.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Kappel-Grafenhausen kam es am 11. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

DATEN 11.10.2020, Kappel-Grafenhausen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Geldstrafe für ehemaligen KSK-Soldaten

Weil er mit anderen Männern des inzwischen als rechtsextremer Verdachtsfall vom Verfassungsschutz beobachteten Vereins „Uniter“ bei einem paramilitärischen Training gegen das Waffenrecht verstoßen haben soll, hat das Mosbacher Amtsgericht Strafbefehle gegen einen ehemaligen KSK-Soldaten und die weiteren Beteiligten erlassen. Der Ex-Soldat soll eine Geldstrafe von 80 Tagessätzen bezahlen, die anderen Männer erhielten Geldstrafen von 30 bis 70 Tagessätzen.

Im Sommer 2018 wollte die Gruppe unter Anleitung des ehemaligen KSK-Kämpfers in Mosbach den Umgang mit Sturmgewehren üben. Verwendet wurden dazu täuschend echt aussehende Airsoftwaffen, die aber nur Plastikkugeln verschießen. Dennoch hielt die Staatsanwaltschaft den Gebrauch der Airsoftwaffen für strafbar. Da keine Genehmigung vom Betreiber des Trainingsgeländes vorlag, seien diese „fahrlässig“ unerlaubt benutzt worden. Für den ehemaligen KSK-Soldaten lautete der Tatvorwurf im Strafbefehl deshalb: „vorsätzlich unerlaubtes Führen von Schusswaffen“.

Weil eine Verurteilung ab 60 Tagessätzen in der Regel zum Verlust der „Zuverlässigkeit“ im Sinne des Waffenrechts führt, würde der ehemalige Soldat mit dem Strafbefehl die Erlaubnis verlieren, legal Waffen zu erwerben und zu besitzen, und dürfte auch kein Sicherheitsgewerbe mehr anmelden. Er und die anderen Beteiligten haben laut einer Sprecherin des Amtsgerichts Mosbach Einspruch gegen die Strafbefehle eingelegt.

Bei Hausdurchsuchungen Ende 2019 und Anfang 2020 seien bei zwei der Beschuldigten illegale Gegenstände, wie verbotene Messer, Nebel- beziehungsweise Rauchkartuschen und eine Blendgranate, gefunden worden. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb Vorwürfe wegen „Erwerb und Besitz verbotener Waffen“ und dem „unerlaubten Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen“.

Der ehemalige KSK-Soldat wurde schon Anfang 2020 vom Amtsgericht Böblingen wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt, weil bei ihm unter anderem Übungshandgranaten und Nebelpatronen gefunden worden waren. Das Urteil sei noch nicht rechtskräftig, die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Stuttgart stehe noch aus, berichtet die TAZ weiter.

DATEN 14.10.2020, Mosbach (Neckar-Odenwald-Kreis), Internetaufruf: 13.11.2020
QUELLE TAZ – Die Tageszeitung
<https://taz.de/Paramilitaerisches-Training-von-Uniter/!5719764/>

Waffen in großer Menge beschlagnahmt

Am Morgen des 15. Oktober konnte die Polizei bei einem groß angelegten Einsatz in Baden-Württemberg und Bayern eine so große Menge von Waffen sicherstellen, dass diese teilweise mit Lkws abtransportiert werden mussten. An der Aktion waren rund 400 Beamte des Polizeipräsidiums Ulm in Kooperation mit den Landeskriminalämtern Baden-Württemberg und Bayern, den Polizeipräsidien Einsatz, Aalen, Ravensburg, Reutlingen, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West und München sowie Spezialeinsatzkommandos mehrerer Bundesländer beteiligt. Insgesamt wurden 17 Wohnungen in München, den Landkreisen Augsburg, Biberach, Esslingen, Günzburg, Kempten, Sigmaringen, Tübingen und Ostallgäu, dem Ostalb- und dem Rems-Murr-Kreis nach Beweismitteln durchsucht sowie ein Waldstück in Bad Schussenried.

Anlass der Aktion war ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart aufgrund eines Hinweises, laut dem sich bewaffnete Personen in Wehrmachtsuniformen in einem Gebäude im Landkreis Biberach getroffen haben sollen. Ermittelt wurde daraufhin gegen 19 Männer und Frauen im Alter von 27 bis 77 Jahren. Die Tatverdächtigen sollen weder behördliche Genehmigungen zum Veranlassen dieser Treffen noch zum Führen der Waffen gehabt haben. Außerdem bestand der Verdacht, dass die bei den Treffen mitgeführten Waffen unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen und die beteiligten Personen Kleidungsstücke mit verfassungsfeindlichen Symbolen getragen haben.

Neben den beschlagnahmten Waffen wurden bei den Durchsuchungen auch Computer, Munition, Uniformteile, Fahrzeuge und verfassungsfeindliche Symbole sichergestellt. Für außerdem gefundene Granaten wurden Sprengstoffexperten zur Begutachtung angefordert. Zwei Zündkapseln wurden unter der Aufsicht von Fachkräften kontrolliert gesprengt.

Ob die sichergestellten Waffen echt sind, oder ob es sich um sogenannte Anscheinswaffen handelt, sollte nach der Beschlagnahme von Sachverständigen geprüft werden.

DATEN 15.10.2020, Baden-Württemberg und Bayern, Internetaufruf: 02.11.2020

QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/biberach_artikel,-polizei-beschlagnahmt-bei-grosseinsatz-grosse-anzahl-waffen-_arid,11282334.html

Schule mit Hakenkreuzen beschmiert

Die Fassade der Realschule in Heubach wurde zwischen dem Abend des 14. und dem Morgen des 15. Oktober von Unbekannten mit zwei großen Hakenkreuzen und rechten Parolen beschmiert. Außerdem legten sie Flugblätter mit politischen Parolen vor der Schule aus. Durch die Schmierereien entstand ein Schaden von mehreren Hundert Euro.

DATEN 16.10.2020, Heubach (Ostalbkreis), Internetaufruf: 17.12.2020

QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/home_artikel,-hakenkreuze-an-der-fassade-der-realschule-_arid,11282476.html

Polizist stellt rassistische Inhalte bei Whatsapp ein

Ein Polizist aus Steinheim an der Murr muss sich seit dem 19. Oktober vor dem Heilbronner Amtsgericht verantworten, weil er im Sommer 2019 auf Whatsapp rassistische Inhalte geteilt haben soll. Ein Video eines randalierenden Schwarzen, mit dem Untertitel „Merkels Fachkräfte bei der Arbeit“, und eine Tasse, auf der steht, dass manche Probleme nur mit Waffengewalt zu lösen sind, seien zu sehen gewesen. Der Angeklagte räumte ein, die Dateien in seinem Whatsapp-Status eingestellt zu haben, bestritt jedoch eine rassistische Motivation. Zur Gewalt habe er nicht aufrufen wollen. Die Ermittlungen waren nach einer Anzeige eines Kollegen aufgenommen worden.

DATEN 19.10.2020, Steinheim an der Murr (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 14.12.2020

QUELLE SWR
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/meldung-polizist-wegen-volksverhetzung-in-heilbronn-vor-gericht-100.html>

Hakenkreuze auf Auto und Wohnhaus in Ilshofen

Unbekannte haben am Wochenende des 17. und 18. Oktober neben die Eingangstür eines Ilshofener Wohnhauses Hakenkreuze geschmiert und ein weiteres Hakenkreuz in die Motorhaube eines Autos geritzt. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 19.10.2020, Ilshofen (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 13.12.2020

QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/blaulicht/schwaebisch-hall/polizei-in-ilshofen-hakenkreuz-haus-gemalt-auto-polizei-bericht-meldung-ticker-hohenlohe-nazi-symbol-rechts-52471197.html>

Islamfeindliche Schmierereien auf Schaufenster von türkischer Bäckerei

Nach einer rechten Demo am 17. Oktober wurden mit Filzstift geschriebene Hassparolen und Drohungen gegen Gläubige auf dem Schaufenster einer türkisch geführten Bäckerei in Pforzheim entdeckt. Einer der Redner bei der Demonstration gehörte der rechtspopulistischen und islamfeindlichen Bewegung „Pax Europa“ an. Der Staatsschutz wurde informiert.

DATEN 19.10.2020, Pforzheim, Internetaufruf: 05.01.2021

QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Demos-bringen-Geschaeftsleuten-Verluste-Vandalismus-an-tuerkischer-Baeckerei-_arid,1489642.html

Mutmaßlicher „Reichsbürger“ zeigt Hitlergruß

Ein stark angetrunkenen 53-jähriger Mann beleidigte 21. Oktober im Renninger Teiltort Malmsheim von seinem Balkon aus zwei Passanten und zeigte unter anderem den Hitlergruß. Gegenüber zwei deshalb herbeigerufenen Polizistinnen wollte er sich nicht ausweisen. Er äußerte, dass er nicht wisse, was ein Bundespersonalausweis sei, und auch seine Daten werde er nicht preisgeben. Anschließend beleidigte er die Beamtinnen auf übelste Weise mit Kraftausdrücken und sexuellen Beschimpfungen. Einer zweiten Polizeistreife, die zur Hilfe herbeigerufen worden war, erging es nicht anders. Dem Mann wurden Handschellen angelegt, um ihn nach Ausweisdokumenten zu durchsuchen. Da kein Ausweis gefunden wurde, musste der 53-Jährige zur Feststellung seiner Identität mit auf das Polizeirevier nach Leonberg. Ob es sich bei dem Mann um einen sogenannten „Reichsbürger“ handelt, war zunächst unklar. Ermittlungen in diese Richtung und auch wegen Beleidigung und des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen wurden eingeleitet.

DATEN 22.10.2020, Renningen (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 19.11.2020

QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.vorfall-in-renningen-malmsheim-53-jaehriger-zeigt-hitlergruss-und-beleidigt-polizisten-massiv.0fa67c8b-d322-402e-a020-731680ae9ff8.html?reduced=true>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Villingen-Schwenningen kam es am 22. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

-  DATEN 22.10.2020, Villingen-Schwenningen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Waldenbuch kam es am 23. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 23.10.2020, Waldenbuch
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Farbgläser gegen Mauer geworfen

Eine Grundstücksmauer und eine Garageneinfahrt in Mühlhausen wurden am Abend des 23. Oktober mit Gläsern, welche mit roter Farbe gefüllt waren, beworfen. Da ein Zusammenhang mit politischen Aktivitäten eines Bewohners nicht auszuschließen war, wurde der Staatsschutz eingeschaltet. Außerdem wurden Schutzmaßnahmen hinsichtlich des Anwesens und der dortigen Bewohner abgestimmt.

-  DATEN 24.10.2020, Mühlhausen (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 18.12.2020
-  QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/farbglaeser-gegen-mauer-geworfen-staatsschutz-ermittelt;art19070,4409169>
-  DATEN 24.10.2020, Mühlhausen (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 12.02.2021
-  QUELLE Polizeipräsidium Mannheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/4743417>

Indischer Staatsbürger zeigt „Hitlergruß“ und greift Zivilpolizisten an

Ein 26-jähriger indischer Staatsangehöriger griff am 24. Oktober am Forum in Ludwigsburg einen Polizeibeamten in Zivil an. Der 26-Jähriger war diesem aufgefallen, weil er den Hitlergruß gezeigt und „Heil Hitler“ in Richtung der Polizeiwache gerufen hatte. Als der Mann dann auch noch Passantinnen belästigte, nahm der Beamte zu Fuß die Verfolgung auf und verständigte seine Kollegen. Die Verstärkung schnitt dem 26-Jährigen den Weg ab, der Zivilbeamte verstellt ihm den Rückweg. Bei der anschließenden gemeinsamen

gegriffen, brachte diesen jedoch schnell zu Boden. Der als Mehrfach- und Intensivtäter bekannte 26-Jährige wurde in eine psychiatrische Einrichtung gebracht.

-  DATEN 26.10.2020, Ludwigsburg, Internetaufruf: 19.11.2020
-  QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.vorfall-in-ludwigsburg-hitlergruss-gezeigt-und-polizist-angegriffen.c72eb2af-1ee1-44f2-bcee-6e45e299b801.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 29. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 29.10.2020, Heidelberg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 29. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 29.10.2020, Stuttgart
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Remseck kam es am 30. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

-  DATEN 30.10.2020, Remseck
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 31. Oktober zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 31.10.2020, Sersheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

20-jähriger Deutscher unter Terrorverdacht

Gegen einen 20-jährigen Deutschen aus Lahr wurden Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat eingeleitet. Wie die Sonntagsausgabe der Welt berichtet, habe der Verdächtige von weiteren Anschlägen im Kontext der jüngsten islamistischen Terroranschläge in Frankreich gesprochen und seine Bereitschaft erklärt, selbst dabei mitzumischen. Als Anschlagziel soll er dabei vorrangig Frankreich genannt haben.

Am frühen Morgen des 30. Oktober wurden bei einer Durchsichtung der Wohnung des Mannes Drogen, Datenträger und weitere Beweismittel sichergestellt, die noch ausgewertet werden mussten. Waffen und konkrete Anschlagplanungen haben die Beamten laut der Staatsanwaltschaft Karlsruhe bei der Durchsichtung nicht gefunden. Aufgrund des dringenden Tatverdachts auf Drogenhandel wurde der 20-Jährige festgenommen und kam in Untersuchungshaft.

„Deutschland und Westeuropa sind weiterhin im Fadenkreuz radikaler Islamisten“, zitiert die Welt am Sonntag den deutschen Generalbundesanwalt Peter Frank, der davor warnt, die Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus zu unterschätzen, weil es 2020 in Deutschland keine komplexen Anschläge gab. Bis November wurden circa 320 Verfahren wegen islamistisch motivierter Vorfälle eingeleitet, der Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus nahm damit immer noch den meisten Teil der Arbeit der Generalbundesanwaltschaft in Anspruch. Rund 620 Personen galten als islamistische Gefährder.

DATEN 01.11.2020, Lahr (Ortenaukreis), Internetaufruf: 09.12.2020
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/terrorverdacht-20-jaehriger-aus-lahr-festgenommen--197565148.html>

DATEN 01.11.2020, Lahr (Ortenaukreis), Internetaufruf: 30.11.2020
QUELLE Welt am Sonntag
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article219081678/Generalbundesanwalt-320-neue-Verfahren-gegen-Islamisten.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Friedrichshafen kam es am 2. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 02.11.2020, Friedrichshafen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Schmierereien in Ulm

In der Nacht zum 30. Oktober haben Unbekannte das Clubhaus des Ulmer Bogensportvereins mit einem Hakenkreuz und einem SS-Zeichen beschmiert. Außerdem wurde die Aussage „AfD wählen“ an die Fassade gesprüht. Der Vorsitzende des Vereins hat die Schmierereien bei der Polizei angezeigt und anschließend selbst entfernt.

Auch die Ulmer Polizei selbst war kurz darauf das Ziel von Sprayern. Am Wochenende des 31. Oktober und 1. November wurde der Polizeiposten im Stadtteil Wiblingen mit dem Kürzel „ACAB“ und der Zahlenkombination „1312“ besprüht. Beides steht für die polizeifeindliche Parole „All Cops Are Bastards“, die sowohl von Rechtsextremisten als auch von Linksextremisten verwendet wird.

DATEN 02.11.2020, Ulm, Internetaufruf: 17.11.2020
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-drohparolen-an-polizei-und-vereinsgebaeude-_arid,11289378.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Biberach kam es am 3. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 03.11.2020, Biberach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Großerlach kam es am 3. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 03.11.2020, Großerlach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Spieler der TSG Hoffenheim rassistisch beleidigt

Ein als Leihspieler von Tottenham Hotspur an die TSG 1899 Hoffenheim ausgeliehener englischer Fußball-Profi ist in sozialen

Netzwerken rassistisch beleidigt worden. Die TSG verurteilte die Angriffe gegen ihren Spieler in der Nacht nach dem Montagspiel, das am 2. November gegen den 1. FC Union Berlin stattgefunden hatte, auf Twitter mit dem Kommentar: „Die #TSG steht für Toleranz, Integration und Respekt. Wir lehnen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung ab und sagen #NoToRacism!“ Auch die Gäste aus Berlin schlossen sich der Stellungnahme aus Hoffenheim mit einem Tweet an: „Was die @tsghoffenheim sagt! Klare Kante gegen Rassismus!“ Der Spieler selbst schrieb in einer Instagram-Story zu den Beleidigungen: „Das Verrückteste ist, dass ich nicht einmal mehr überrascht bin“, und nannte die Aussagen „widerlich“.

 DATEN 03.11.2020, Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 30.11.2020

 QUELLE Mannheimer Morgen
http://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-1899-hoffenheim-tsg-hoffenheim-verurteilt-rassistische-beleidigungen-gegen-sessegnon-_arid,1711653.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Hüfingen kam es am 4. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 04.11.2020, Hüfingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Wieder rechtsextreme Internetposts von Polizeischülern

Wie schon bei einem ähnlichen Vorfall im Februar⁸ hat die Polizeihochschule in Villingen-Schwenningen erneut angehende Polizisten wegen der Verbreitung rechtsextremer Inhalte in den Sozialen Medien von der Ausbildung ausgeschlossen.

Laut eines Berichts des Südkurier wurden Kriminalbeamte bei der Auswertung eines im Rahmen einer strafrechtlichen Ermittlung sichergestellten Mobiltelefons auf eine Chatgruppe aufmerksam, in der drei Polizeikommissaranwärter Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und rechtsextremistische Inhalte geteilt haben sollen. Die drei angehenden Beamten wurden am 5. November vom Studienbetrieb ausgeschlossen und die Führung ihrer Amtsgeschäfte wurde ihnen aufgrund der gezeigten erheblichen charakterlichen Mängel mit sofortiger Wirkung untersagt.

Unabhängig von dem Vorfall sei bereits einige Tage zuvor ein Auszubildender für den mittleren Polizeivollzugsdienst vom Ausbildungsbetrieb der Polizeihochschule und von der Führung seiner Amtsgeschäfte ausgeschlossen worden, weil er öffentlich zugänglich auf seinem Account in einem sozialen Netzwerk ein Bild mit rechtsextremem Gedankengut eingestellt haben soll.

Alle vier Polizeianwärter sollten aufgrund der Vorfälle endgültig aus dem Polizeidienst entfernt werden. In der Polizei sei kein Platz für Gedankengut, das den obersten Grundwerten unserer Demokratie widerspricht. Es gebe hier keinerlei Spielraum, bei solchen Fällen werde sofort und konsequent gehandelt, teilte die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg zu den Vorfällen mit.

 DATEN 06.11.2020, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 30.11.2020

 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/schwarzwald/villingen-schwenningen/rechtsextreme-chatgruppe-polizeihochschule-stellt-vier-angehende-beamte-von-der-ausbildung-frei;art372541,10659988>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Althütte kam es am 8. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 08.11.2020, Althütte

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Spaichingen kam es am 10. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 10.11.2020, Spaichingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

8 Vgl. S. 56

Ruhestörer zeigt Polizisten den „Hitlergruß“

Polizeibeamte aus Offenburg wurden in der Nacht zum 11. November wegen einer nächtlichen Ruhestörung gegen Mitternacht nach Schutterwald gerufen. Trotzdem sie zwei 45 und 53 Jahre alte Männer, aus deren Wohnung die überlaute Musik kam, auf Konsequenzen bei einer erneuten Anfahrt aufmerksam machten, mussten sie bereits eine halbe Stunde später wieder wegen zu hoher Lautstärke zu den beiden Männern fahren. Dieses Mal schlug der 45-Jährige unbeeindruckt von einer Belehrung die Haustüre zu und zeigte dabei den Hitlergruß. Deshalb sollte laut Polizeibericht neben einer Anzeige wegen Ruhestörung auch ein Strafverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet werden.

DATEN 11.11.2020, Schutterwald (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 07.12.2020

QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/naechtlicher-ruhestoerer-zeigt-polizeibeamten-den-hitlergruss--197926274.html>

Infotafel an KZ-Gedenkstätte beschädigt

Unbekannte haben in Vaihingen an der Enz eine Informations- und Gedenktafel für die Insassen des Konzentrationslagers der Stadt im Dritten Reich beschädigt. Die Tafel befindet sich an einem erst kurz vor der Tat eingeweihten Radweg und markiert den Ort, an dem KZ-Häftlinge mit der Bahn in Vaihingen ankamen. Insbesondere waren die Angaben zerkratzt, wie viele jüdische Häftlinge und Zwangsarbeiter in das Konzentrationslager gebracht wurden und ums Leben kamen. Der Staatsschutz bei der Ludwigsburger Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen und bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 18.11.2020, Vaihingen an der Enz (Landkreis Ludwigsburg),
Internetaufruf: 09.12.2020

QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.staatsschutz-ermittelt-kz-gedenkstaette-infotafel-ruiniert.15314531-f3ea-4e70-9c8b-f1f6d8092c44.html>

Folgemeldung zu „Infotafel an KZ-Gedenkstätte beschädigt“ vom 18.11.2020

Durch einen Zeugenhinweis konnte die Ludwigsburger Kriminalpolizei einen 15-Jährigen als Verursacher der Beschädigungen an der KZ-Gedenktafel in Vaihingen an der Enz ermitteln. Nachdem die Beamten zuerst von einer politischen motivierten Tat ausgegangen waren, gelangte der Staatsschutz nach der Befragung des Jugendlichen zu der Auffassung, dass es sich um einen Dumme-Jungen-Streich gehandelt habe, sagte eine Polizeisprecherin. Der 15-Jährige habe die Tat gestanden und bereue sie. Hinweise auf ein politisches Motiv gab es nicht, hieß es weiter.

DATEN 27.11.2020, Vaihingen an der Enz (Landkreis Ludwigsburg),
Internetaufruf: 09.12.2020

QUELLE Ludwigsburger Kreiszeitung
https://www.lkz.de/lokales/blaulicht_artikel,-tat-an-kz-gedenkstaette-aufgeklaert-_arid,615831.html

Rechte Schmierereien in Friesenheim

Gebäude der katholischen und der evangelischen Kirchengemeinden in Friesenheim sowie weitere Gebäude im Ort werden immer wieder zum Ziel von Schmierereien – unter anderem auch mit rechtsradikalen und nationalsozialistischen Aussagen, teilweise mit Hakenkreuzen. Die Höhe der dadurch entstandenen Schäden an Evangelischer Kirche und Gemeindehaus wurden vom Gemeindepfarrer mit circa 5.000 Euro angegeben. Für die Beseitigung eines Hakenkreuzes und weiterer Graffiti an der Katholischen Kirche wurden Kosten von circa 1.100 Euro veranschlagt.

DATEN 20.11.2020, Friesenheim (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 07.01.2021

QUELLE Lahrer Zeitung
<https://www.lahrer-zeitung.de/inhalt.friesenheim-sprayer-beschmieren-kirche-und-container.3dc744a5-d83a-4c10-a74a-7529ada6b957.html>

DATEN 04.12.2020, Friesenheim (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 08.12.2020

QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/fassade-der-laurentius-kirche-in-friesenheim-mit-hakenkreuz-beschmiert--198582756.html>

Islam- und ausländerfeindliche Aufkleber vor Moschee in Sulz

Auf einem Laternenpfahl vor der Sulzer Moschee wurden nach dem Freitagsgebet am 20. November ein Aufkleber mit der Aufschrift „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!“ und ein weiterer mit einer obszönen Mohammed-Karikatur entdeckt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen, der Staatsschutz wurde informiert.

DATEN 22.11.2020, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil),
Internetaufruf: 05.01.2021

QUELLE Schwarzwälder Bote
https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.polizei-ermittelt-rechte-slogans-vor-sulzer-moschee.2499c617-a014-4427-b528-c9ad37c404d2.html?fbclid=IwAR14yayuw0zxcW2rww8v0ECe8XXm7bL_3CG7WfVHAeP4o5Yr0uUCdWB5zs4

Gegen Personen gerichtete Schmierereien im Kreis Calw

Im Zeitraum vom 26. bis zum 29. November haben im Kreis Calw Unbekannte mehrere Straßen und Häuser beschmiert. Die abfälligen Botschaften hätten laut Polizei auf an den Orten der Schmierereien wohnende politisch aktive Menschen und deren Familien sowie einen Unternehmer abgezielt. Welchem Spektrum die Botschaften zuzuordnen waren, stand zuerst noch nicht fest. Der Staatsschutz bei der Kriminalpolizei Pforzheim hat die Ermittlungen übernommen.

 DATEN 30.11.2020, Altensteig, Simmersfeld und Nagold, Internetaufruf: 18.12.2020

 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/unbekannter-beschmiert-haeuser-im-kreis-calw;art19070,4422753>

 DATEN 30.11.2020, Altensteig, Simmersfeld und Nagold, Internetaufruf: 12.02.2021

 QUELLE Polizeipräsidium Pforzheim
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/137462/4777539>

 DATEN 30.11.2020, Göppingen, Internetaufruf: 18.12.2020

 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Disziplinarverfahren-gegen-17-Polizisten-aus-Baden-Wuerttemberg-wegen-Chatgruppe-eingeleitet-_arid,1503169.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Baden-Baden kam es am 30. November zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 30.11.2020, Baden-Baden

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Polizisten teilen rassistische und nationalsozialistische Bilder in Chatgruppe

Gegen 17 baden-württembergische Polizisten wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, weil sie in einer Chatgruppe rechtsextreme Inhalte geteilt haben sollen. Ermittler stießen bei der Auswertung eines sichergestellten Mobiltelefons auf die Chatgruppe, in der, laut dem Polizeipräsidium Einsatz in Göppingen, auch Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen geteilt worden sein sollen. Ein Beamter soll drei Bilder mit nationalsozialistischem Hintergrund, ein weiterer drei Bilder mit vermeintlich rassistischem Hintergrund geteilt haben. Die anderen 15 Polizisten hätten dies kommentarlos hingenommen, hieß es weiter. Zehn der Beamten sollen bei der Bereitschaftspolizei in Bruchsal, die anderen sieben bei den Polizeipräsidien in Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim beschäftigt sein.

Linke Schmierereien am Blauen Rathaus in Donaueschingen

Am Abend des 30. November beobachtete ein Zeuge, wie ein unbekannter Mann den äußeren Treppenaufgang und die Empore zum Haupteingang des Blauen Rathauses in Donaueschingen mit linken Parolen beschmierte und anschließend flüchtete. Der Täter war schwarz gekleidet und trug einen schwarzen Mundschutz. Das Polizeirevier Donaueschingen bat Zeigen um Hinweise.

DATEN 01.12.2020, Donaueschingen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 16.12.2020

QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/schwarzwald/donaueschingen/farbschmierereien-am-blauen-rathaus-schwarz-gekleideter-mann-beschmiert-haupteingang-mit-politische-botschaften;art372512,10679888>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Tuttlingen kam es am 1. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 01.12.2020, Tuttlingen
QUELLE Deutscher Bundestag. Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Mutmaßliche „Reichsbürger“ bei der Bundeswehr in Ulm

Seit Ende 2019 ermittelte der Militärische Abschirmdienst (MAD) aufgrund von internen Hinweisen gegen acht zivile Mitarbeiter der Bundeswehr in Ulm. Sie standen im Verdacht, den sogenannten „Reichsbürgern“ oder Selbstverwaltern anzugehören und waren alle in der Regionalstelle für Qualitätsmanagement in Ulm tätig. Das Amt prüft die Qualität von Waffen und Waffensystemen und befindet sich auf dem Gelände einer Ulmer Rüstungsfirma. Am Abend des 1. Dezember wurden die Verdächtigen vom MAD befragt, den Hauptverdächtigen wurde anschließend der Zutritt zu ihren Arbeitsstätten untersagt, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Angeführt würde die mutmaßliche „Reichsbürger“-Gruppe vom Leiter der Dienststelle, der Sportschütze sei, ein Waffenarsenal besäße und Kontakte mit „gleichgesinnten Verschwörern in anderen

Sicherheitsorganen“ unterhalte. Geprüft würden insbesondere Verbindungen zu sogenannten „Reichsbürgern“ beim Bundesnachrichtendienst (BND), zitiert der Südwestrundfunk (SWR) einen Bericht der Bild-Zeitung.

DATEN 01.12.2020, Ulm, Internetaufruf: 07.01.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ermittlungen-reichsbuerger-100.html>

DATEN 03.12.2020, Ulm, Internetaufruf: 18.12.2020
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/suizid-bei-bundeswehr-nach-bekanntwerden-von-mad-ermittlungen--198554682.html>

Folgemeldung zu „Mutmaßliche ‚Reichsbürger‘ bei der Bundeswehr in Ulm“ vom 01./03.12.2020

Wie der SWR am Abend des 2. Dezember weiter berichtete, nahm sich der als Hauptverdächtiger geltende Leiter der Ulmer Dienststelle nur wenige Stunden nach der Mitteilung des Verteidigungsministeriums das Leben. Der Mann erschoss sich am Vormittag des 2. Dezember in der Nähe seines Wohnorts Krumbach in Bayern.

DATEN 02.12.2020, Ulm, Internetaufruf: 07.01.2021
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/hauptverdaechtiger-reichsbuerger-ulm-tot-100.html>

Folgemeldung zu „Mutmaßliche ‚Reichsbürger‘ bei der Bundeswehr in Ulm“ vom 01./03.12.2020

Am 9. Dezember befasste sich das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags in einer geheimen Sondersitzung mit den MAD-Ermittlungen gegen die acht Mitarbeiter der Bundeswehr in Ulm, wegen deren mutmaßlicher Zugehörigkeit zu den sogenannten „Reichsbürgern“. Wie Spiegel und SWR berichten, waren mehrere Ungereimtheiten und Pannen bei der Operation bekannt geworden. Bereits Tage vor der Durchsuchung sei eine Journalistin mit Details über die geplanten Vernehmungen und die verdächtigen Personen versorgt worden. Außerdem sei der hauptverdächtige Dienststellenleiter am 2. Dezember vom MAD überwacht worden. Kurz vor seinem Suizid brachen die Beamten die Observation jedoch ab, um nicht von ihm entdeckt zu werden. Zuvor konnte der Mann noch an verschiedenen Stellen Beweismaterialien entsorgen. Hinweise auf seinen Selbstmord gab es laut dem MAD-Überwachungsteam nicht.

Weitere Ermittlungen zu dem Vorfall wurden angekündigt. Bei zwei weiteren Hauptverdächtigen schien laut dem SWR sicher zu sein, dass sie der „Reichsbürger“-Szene zuzurechnen sind. Der verstorbene Leiter der Dienststelle hatte bis 2004 für den

Bundesnachrichtendienst gearbeitet und soll auch danach noch Kontakte zu drei Mitarbeitern des Geheimdienstes gehabt haben.

 DATEN 09.12.2020, Ulm, Internetaufruf: 07.01.2021
 QUELLE Der Spiegel
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/razzia-wegen-reichsbuerger-verdachts-geheimdienstkontrolleure-laden-mad-chefin-vor-a-5ae40ed4-f849-434d-8a88-b6752149047b>

 DATEN 10.12.2020, Ulm, Internetaufruf: 07.01.2021
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/nachspiel-reichsbuerger-razzia-100.html>

Hakenkreuzschmierereien in Mochenwangen

Unbekannte Täter haben in der Nacht von 28. zum 29. November ein circa vier auf vier Meter großes Hakenkreuz auf einen Weg am Sportplatz des Wolpertswender Teilorts Mochenwangen geschmiert. Ein zweites, unfertiges Hakenkreuz befand sich unweit davon an einer Kreuzung desselben Wegs. Die Höhe des entstandenen Sachschadens war noch nicht bekannt. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen eingeleitet und Zeugen gebeten, sich zu melden.

 DATEN 01.12.2020, Wolpertswende (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 03.12.2020
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/wolpertswende_artikel,-hakenkreuz-auf-mochenwangener-strasse-gesprueht-_arid,11300383.html
 DATEN 30.11.2020, Wolpertswende (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 05.01.2021
 QUELLE Polizeipräsidium Ravensburg
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/4778128>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bopfingen kam es am 3. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 03.12.2020, Bopfingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Friedrichshafen kam es am 7. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundes-

tagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 07.12.2020, Friedrichshafen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927020.pdf>

Verfassungsschutz beobachtet „Querdenken“-Bewegung

Wegen zunehmender Aktivitäten von Anhängern der „Reichsbürger“-Bewegung und von Rechtsextremen bei den Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg als erstes in Deutschland beschlossen, die „Querdenken“-Bewegung unter Beobachtung zu stellen.

Laut Innenminister Thomas Strobl und der Leiterin der Behörde liegen „hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung“ der Bewegung vor. Die Verfassungsschutzpräsidentin sprach von einer gezielten Vernetzung von „Querdenken“ mit Rechtsextremisten und sogenannten „Reichsbürgern“. Als ein Beispiel nannte sie ein „Arbeitstreffen“ der „Querdenken“-Gruppe mit einem prominenten Vertreter der „Reichsbürger“-Bewegung in Thüringen. Reden bei den Demonstrationen hätten häufig einen „antisemitischen Einschlag“ und die Redner riefen zum Widerstand auf. Die Stuttgarter Gruppe „Querdenken 711“, von der die ersten Demonstrationen ausgingen, bezeichnete Innenminister Strobl als „Epizentrum des Phänomens“. Es gebe eine „toxische Mischung“ bei der Bewegung und Rechtsextremisten gäben „staatsverachtende Impulse“.

Beobachtet werden sollen die Organisatoren der Gruppe „Querdenken 711“ in Stuttgart und ihre regionalen Ableger. Die Zahl der Personen läge „im niedrigen zweistelligen Bereich“. Einen „Generalverdacht“ gegen die Demonstrierenden gebe es aber nicht, und „die meisten Demonstranten sind keine Extremisten“, sagte Thomas Strobl, ergänzte aber, die Teilnehmenden an den Demos sollten schon schauen, wer mit ihnen läuft und welche Fahnen diese schwenkten.

 DATEN 09.12.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 18.12.2020
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/ueberregional/politik_artikel,-querdenker-im-visier-des-verfassungsschutzes-_arid,11303759.html
 DATEN 09.12.2020, Stuttgart, Internetaufruf: 08.01.2021
 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.baden-wuerttemberg-macht-den-anfang-verfassungsschutz-beobachtet-querdenken-bewegung.4529009e-1eeb-4abc-81ad-b544868b107f.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 15. Dezember zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 15.12.2020, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sontheim an der Brenz kam es am 18. Dezember zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gemeinschädliche Sachbeschädigung §304 StGB.

 DATEN 18.12.2020, Sontheim an der Brenz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/26358
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Schloßstr. 23

74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42/83 17 47

Fax: 0 70 42/83 17 40

E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de

www.demokratiezentrum-bw.de